



Nr. 277 | 19.01.2023

Ukraine-Analysen

- Ländliche Gemeinden
- Landnutzungsänderung

■ ANALYSE

Ländliche Gemeinden und europäische Integration der Ukraine:
Entwicklungspolitische Aspekte 2
Roman Korinets (Nationale Assoziation der landwirtschaftlichen
Beratungsdienste der Ukraine, Kyjiw),
Mariya Yaroshko (Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog, Kyjiw)

■ ANALYSE

Monitoring der Landnutzungsänderung in der Ukraine am Beispiel der Region
Schytomyr 7
Petro Pyvovar (Nationale Universität Polissia, Schytomyr), Inna Levkovich
(IAMO, Halle)

■ CHRONIK

26. September – 08. Januar 2023 15

Ländliche Gemeinden und europäische Integration der Ukraine: Entwicklungspolitische Aspekte

Roman Korinets (Nationale Assoziation der landwirtschaftlichen Beratungsdienste der Ukraine, Kyjiw),
Mariya Yaroshko (Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog, Kyjiw)

DOI: 10.31205/UA.277.01

Zusammenfassung

Am 23. Juni 2022 hat der EU-Rat den Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine verliehen. Das erfordert insbesondere im Bereich der landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung eine intensive öffentliche Diskussion und ein aktives Vorgehen der ukrainischen Stakeholder, um das weitere Voranschreiten der Ukraine auf dem Weg der europäischen Integration zu ermöglichen und die Umsetzung der Bestimmungen des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU voranzutreiben.

Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, dass ländliche Gemeinden bereit und in der Lage sind, eigene Ressourcen zu mobilisieren, um Prozesse der europäischen Integration zu beschleunigen.

Dies ist jedoch eine große Herausforderung vor dem Hintergrund, dass es in der Ukraine seit 2015 kein strategisches Programm für die landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung gibt. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Hindernissen im ukrainischen Agrarsektor und bei der Entwicklung des ländlichen Raums in Vorbereitung auf die europäische Integration. In diesem Artikel werden einige der drängendsten Herausforderungen im Zusammenhang mit der europäischen Integration der Ukraine diskutiert und analysiert, um ein besseres Verständnis dafür zu entwickeln, wie sie auf dem Weg zur europäischen Integration der ländlichen Gebiete der Ukraine überwunden werden können.

Einleitung

Die Auswirkungen mehrerer wichtiger infrastruktureller und institutioneller Probleme müssen berücksichtigt werden, um die Herausforderungen für die europäische Integration des ukrainischen ländlichen Raums, die in den Bereich der Agrar- und ländlichen Entwicklungspolitik fällt, zu verstehen. Bisherige Studien analysierten diese Probleme eher einzeln, was kein ganzheitliches Bild der Situation ermöglichte. Daher zielt dieser Artikel, der auf den Forschungen und Beratungstätigkeiten der Autor:innen basiert, darauf ab, in Form einer Bestandsaufnahme der Hindernisse für die europäische Integration des ländlichen Raums diese Lücke zu beheben.

Informations- und Ressourcenmangel in den Gemeinden

Langjährige Erfahrungen der Autor:innen im Umgang mit territorialen Gemeinden zeugen davon, dass die meisten Führungs- und Fachkräfte in ländlichen Gemeinden über europäische Integrationsprozesse nur wenig informiert sind. Noch weniger sind sie mit Dokumenten und Regelungen im Bereich der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung vertraut, aber auch mit praktischen Erfahrungen im Bereich der ländlichen Entwicklung.

Bei einer 2019 von dem Verfasser des vorliegenden Beitrags durchgeführten Befragung unter rund 200 Vorsitzenden territorialer Gemeinden wurde ihre Einschätzung der Relevanz der EU-Politik für die Bevölkerung

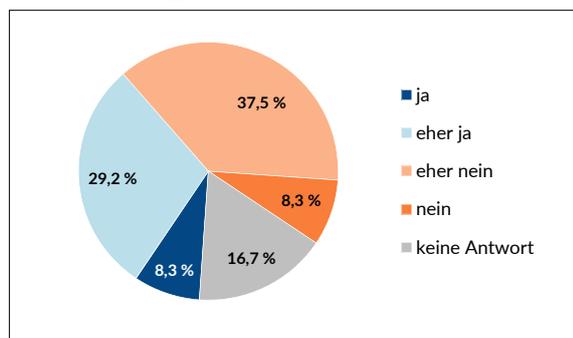
in ihren Gemeinden abgefragt. Dabei zeigte sich aus der Sicht der Gemeindevorsitzenden, dass EU-Erfahrungen im Bereich der ländlichen Entwicklung, des lokalen Vereinswesens und der ländlichen Entwicklungsagenturen als die am wenigsten interessanten und bekanntesten Themen für die Dorfbewohner:innen eingestuft wurden (im Durchschnitt vergaben sie 1 von 5 möglichen Punkten).

Es ist auch bemerkenswert, dass die Leitungen und Fachkräfte in den territorialen Gemeinden relativ wenig tun, um das Interesse der Bevölkerung für die Themen europäischer Integration zu wecken. Eine der Ursachen mag darin bestehen, dass mit der Dezentralisierungsreform, die darauf abzielt, den lokalen Gemeinden mehr Zuständigkeiten einzuräumen und sie finanziell zu stärken, erst 2014 begonnen wurde, so dass Fachkräfte in den Gemeinden sich noch nicht als Schlüsselakteure der lokalen wirtschaftlichen Entwicklung sehen. Sie sind u. a. nicht bereit, Probleme der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung anzupacken.

Als nächste Herausforderung ist der Mangel an Ressourcen der Gemeinden für den Aufbau des Unternehmertums als sozioökonomische Grundlage für die Entwicklung der Gemeinde zu nennen. Im Rahmen einer weiteren, 2020 von der Nationalen Assoziation der landwirtschaftlichen Beratungsdienste der Ukraine in 24 Gemeinden der Region Tscherkassy durchgeführten Umfrage, haben nur 8,3 Prozent der Vertreter:innen von territorialen Gemeinden die Frage, ob ihre Gemeinde 2020 die Umsetzung von Entwicklungsprojekten im

Agrarsektor beabsichtigte, mit »ja« beantwortet und 29,2 Prozent mit »eher ja«.

Grafik 1: Absichten der Gemeinden zur Realisierung von Entwicklungsprojekten im Agrarsektor (%)



Quelle: http://nbuv.gov.ua/UJRN/E_apk_2020_11_13

Es lässt sich vor allem eine relativ geringe Einschätzung der eigenen Ressourcen für die umfassende Entwicklung der Gemeinden feststellen sowie ein Informationsmangel über externe Finanzierungsquellen für Entwicklungsprojekte, einschließlich der Ansiedlung von Unternehmen in ländlichen Räumen. Die meisten territorialen Gemeinden gehen davon aus, dass ihre eigenen Projekte aus Fördermitteln finanziert werden können (90,9 Prozent). Diese Annahme kann als ein besorgniserregendes Signal betrachtet werden, denn Projekte, die ohne Eigenmittel der Gemeinden umgesetzt werden, stellen sich als nicht nachhaltig heraus, nachdem die Unterstützung durch die Geldgeber beendet wird.

Grafik 2: Gewinnung von Ressourcen für Umsetzung eigener Projekte aus der Sicht der Fachkräfte in Gemeinden (%)

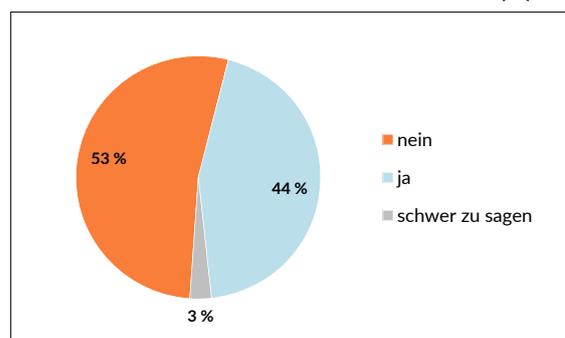


Quelle: http://nbuv.gov.ua/UJRN/E_apk_2020_11_13

Zwar neigen die meisten territorialen Gemeinden dazu, ihre eigenen Projekte aus Mitteln der Geldgeber zu finanzieren. Doch 63,3 Prozent der Befragten erklären sich bereit, zusätzlich auch Eigenmittel in derartige Projekte zu investieren, wenn es um eine aktive Teilnahme der Gemeinden an der Ansiedlung oder Gründung der Unternehmen vor Ort geht.

Die Ergebnisse einer weiteren Untersuchung des Verfassers dieses Beitrags, die 2022 in Kooperation mit der Nationalen Assoziation der Vereinigten Territorialen Gemeinden durchgeführt wurde, haben gezeigt, dass die meisten Gemeinden (53 Prozent) bis jetzt über keinen Plan für die Ansiedlung bzw. Gründung von Unternehmen (u. a. auch Agrarunternehmen) an ihren Standorten verfügen.

Grafik 3: Verfügt Ihre Gemeinde über ein Programm/einen Plan für die Entwicklung des lokalen Unternehmertums? (%)



Quelle: eigene Untersuchung

Unzureichende Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und zentralen Exekutivbehörden

Die Landwirtschaft spielte schon immer eine wichtige Rolle in der ländlichen Entwicklung der Ukraine und tut dies auch heute noch. Doch bislang wurden die Gemeinden vom Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine *de facto* nicht als Partner bei der Gestaltung und Umsetzung der Agrarpolitik betrachtet. *De jure* wurden jedoch einige Schritte unternommen. So wurden in dem durch die Verordnung des Ministerkabinetts vom 23. September 2015 beschlossenen Konzept der ländlichen Entwicklung folgende Gründe für die schwierige soziale, wirtschaftliche und ökologische Situation in ländlichen Räumen genannt:

- eine umfassende und konsequente Politik, die auf eine komplexe Entwicklung der ländlichen Räume ausgerichtet wäre und die sich an den Bedarfen der territorialen Gemeinden orientieren würde, ist nicht vorhanden;
- territoriale Gemeinden sind nicht bereit, Projekte ihrer Standortentwicklung anzuregen und daran teilzunehmen.

Daher ist die Schaffung von organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Gemeinden ein wichtiges Mittel, um Ziele des Konzepts zu erreichen. Im Konzept wurden u. a. folgende Schritte vorgesehen:

- stärkere Beteiligung der territorialen Gemeinden an Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur besseren Entwicklung in ländlichen Räumen;
- Förderung öffentlich-privater Partnerschaften im Bereich der ländlichen Entwicklung und Gewinnung von Investitionen;
- Gründung eines Fonds für ländliche Entwicklung;
- Innovationsförderung durch Entwicklung eines Systems von Beratungsdiensten für Agrarproduzenten;
- Benennung und Ausbildung von Fachkräften zur Erarbeitung von Projekten im Bereich der ländlichen Entwicklung.

Die Regierung hat 2017 auch einen Maßnahmenplan für die Umsetzung des Konzepts der ländlichen Entwicklung beschlossen. Dort sind allerdings weder ein klar definierter Zeitrahmen, noch klare finanzielle Verpflichtungen und Instrumente der Kooperation zwischen kommunalen Selbstverwaltungsorganen und zentralen Exekutivbehörden enthalten. Daher wurde das Papier gleich nach seinem Erlass zu einer reinen Formsache: territoriale Gemeinden zeigten kein Interesse daran, und es hatte keine praktischen Auswirkungen auf ihre Entwicklung.

Geschichtlich haben territoriale Gemeinden engere Kontakte zum Ministerium für Entwicklung von Gemeinden und Territorien der Ukraine (wie auch zu den Vorgängern dieses Ministeriums), das für die Strategie der regionalen Entwicklung und den Maßnahmenplan für deren Umsetzung zuständig ist. Gemäß der Verordnung über das Ministerium für Entwicklung von Gemeinden und Territorien der Ukraine, nimmt das Ministerium die Aufgabe der Gesamtkoordinierung der ländlichen Entwicklung wahr, arbeitet Programme der ländlichen Entwicklung in Kooperation mit anderen Exekutivbehörden und kommunalen Selbstverwaltungsorganen aus und sorgt für ihre Umsetzung, erarbeitet und setzt Maßnahmen um, die auf eine komplexe Entwicklung in ländlichen Räumen ausgerichtet sind, und legt diesbezügliche Vorschläge dem Ministerkabinett der Ukraine zur Prüfung vor.

Die ukrainische Praxis der Verteilung von Zuständigkeiten im Ministerium steht mit der europäischen Praxis in Widerspruch, wo Landwirtschaftsministerien als Schlüsselakteure im Bereich der ländlichen Entwicklung agieren und die ländliche Entwicklung ein unveräußerlicher Bestandteil der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist. Eine derartige agrarpolitische Dissonanz, zu der es unter diesen Umständen kommt, wird auch dadurch verstärkt, dass die ländliche Entwicklung

dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Entwicklung von Gemeinden und Territorien der Ukraine nicht zugewiesen ist, und das Direktorat für ländliche Entwicklung bei einer Reform des Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung in 2019 abgeschafft und im neu gegründeten Ministerium nicht wieder eingeführt wurde.

Die vorherige Auflösung des Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine im Jahr 2019, das auch für die Politik im Bereich ländlicher Entwicklung zuständig war, hat sich negativ auf die Kommunikation zwischen verschiedenen Ebenen der Gestaltung und Umsetzung der Politik ausgewirkt. Mit der Reduzierung der Anzahl von Mitarbeitenden, die mit der Entwicklung der Landwirtschaft in staatlichen Gebietsverwaltungen betraut waren und mit der Auflösung der agrarwirtschaftlichen Abteilungen in den Landkreisen wurde die Stimme der lokalen Stakeholder bei der Umsetzung der Politik der ländlichen Entwicklung nicht mehr vollständig wahrgenommen, weil sie durch die Auflösung der obengenannten Behörden wichtige Kommunikationskanäle zur Formulierung eigener Bedürfnisse und Positionen verloren haben.

Heute wird in der Ukraine erneut über eine Umstrukturierung der Ministerien im Sinne der Konsolidierung und der Einsparung öffentlicher Ausgaben nachgedacht. Eines der möglichen Szenarien ist wiederum die Zusammenlegung des Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine mit dem Wirtschaftsministerium. Derzeit ist es unklar, ob die Auflösung des separaten Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine zu noch stärkeren negativen Auswirkungen auf die ländliche Entwicklung führen würde. Dieser Schritt könnte die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung noch stärker voneinander separieren.

Herausforderungen und Perspektiven durch den Krieg

Es dürfte klar sein, wie schwierig es ist, europäische Integrationsmaßnahmen unter den Bedingungen des russischen Angriffskrieges umzusetzen. Zugleich ist die Ukraine dazu angesichts der Verleihung des EU-Beitrittskandidatenstatus verpflichtet.

Im April 2022 wurde vom Präsidenten der Ukraine der »Nationale Rat für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg« ins Leben gerufen (siehe dazu Ausgabe 273 der Ukraine-Analysen). Im Juli 2022 hat die Regierung Entwürfe der einzelnen Abschnitte des Aktionsplans für den Wiederaufbau und die Nachkriegsentwicklung der Ukraine zur öffentlichen Diskussion publik gemacht.

Dieses Papier besteht aus 23 Bereichen, darunter dem Bereich »Neue Agrarpolitik«. Es zeigt sich, dass in diesem Papier europäische Ansätze zur Gestaltung

und Umsetzung der Agrarpolitik mit Ausrichtung auf ländliche Entwicklung, die für ländliche Gemeinden von extrem wichtiger Bedeutung ist, nicht präsent sind. Auch gibt es kaum Verbindungen zum Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU sowie zum Aktionsplan für die Umsetzung der durch dieses Abkommen vorgesehenen Maßnahmen.

Der Entwurf wurde zwar zur breiten Diskussion veröffentlicht. Doch wie die Änderungsvorschläge ausgewählt wurden und letztlich in die finale Version Eingang fanden, ist für die meisten Vertreter:innen des Agrarsektors nicht nachvollziehbar (zur Kritik dazu siehe auch diesen Beitrag von Transparency International Ukraine).

Die Organisation solcher öffentlicher Diskussionen unter Kriegsbedingungen ist gewiss eine schwierige Aufgabe, doch wenn sie nicht oder intransparent durchgeführt werden, kann dies in Zukunft zu noch größeren Problemen führen.

Europäische Programme als Chance

Für EU-Beitrittskandidaten besteht die Möglichkeit, das Instrument der EU-Heranhilfshilfe (IPARD) zu nutzen. Über IPARD stellt die EU den Empfängern finanzielle und technische Hilfe bereit, um:

- den Agrarsektor des jeweiligen Landes und ländliche Räume nachhaltig zu entwickeln und resilient zu machen;
- die dahingehenden Bemühungen mit der gemeinsamen Agrarpolitik der EU abzustimmen.

IPARD-Programme schließen Maßnahmen ein, die auf europäischer Ebene festgelegt sind. Eine dieser Maßnahmen heißt »Investments in the rural public infrastructure« und ist auf wirtschaftliche, soziale und räumliche Entwicklung in ländlichen Räumen durch Aufbau der Infrastruktur ausgerichtet, um bessere Lebensstandards der ländlichen Bevölkerung und die allgemeine Attraktivität der ländlichen Standorte zu sichern. Diese Maßnahmen können aus EU-Mitteln finanziert werden, was gerade für finanzschwache ländliche Gemeinden attraktiv ist.

Jedes Land legt seine Programme der ländlichen Entwicklung der EU-Kommission zur Prüfung vor. Wird eine positive Entscheidung getroffen, werden die Beitrittskandidaten durch nationale Stellen und IPARD-Agenturen begleitet und unterstützt. Sie tragen für die Umsetzung von Programmen und die Überweisung von Mitteln an Antragsteller Verantwortung. Das trägt zum Ausbau der institutionellen Kapazitäten und zur besseren Verwaltung in den ländlichen Räumen bei.

Die EU-Kommission hat seit 2014 für fünf Beitrittskandidaten Programme der ländlichen Entwicklung im Rahmen des IPARD-Programms mit einem Gesamtvolumen von 1,1 Mrd. Euro beschlossen. Die Ukraine als

jüngster Beitrittskandidat (neben der Republik Moldau) ist in diesem Programm bislang noch nicht vertreten. Es stellt sich nun eine Mammutaufgabe: unter Kriegsbedingungen ein ukrainisches Programm der ländlichen Entwicklung in einer Qualität auszuarbeiten, dass es von der EU-Kommission bewilligt werden kann, sowie eine nationale IPARD-Stelle oder -Agentur einzurichten. Es ist offensichtlich, dass diese Aufgabe ohne angemessene agrarpolitische Unterstützung kaum zu bewältigen ist.

Dabei muss das eingangs angesprochene Problem der geringen Informiertheit der ländlichen Gemeinden der Ukraine über die Instrumente der EU-Politik im Bereich ländlicher Entwicklung gelöst werden. Beispielsweise ist ein weiteres Maßnahmenprogramm der EU für die Stärkung lokaler Akteure im ländlichen Raum – LEADER/CLLD (LEADER steht für »Liaison Entre Actions de Développement de l'Économie Rurale« / »Verbindung zwischen Tätigkeiten zur Entwicklung der Wirtschaft im ländlichen Raum«; CLLD steht für »Community-Led Local Development«) – für die meisten ländlichen Gemeinden in der Ukraine Terra incognita. Dementsprechend könnte eine bessere Informationspolitik über die Praxis der ländlichen Entwicklung in der EU einen mentalen Wandel in den ländlichen Gemeinden der Ukraine insgesamt und in der Einstellung ihrer führenden Fachkräfte im Einzelnen bewirken.

Fazit und Vorschläge

Die europäische Integration der Ukraine ist ein langwieriger und mühevoller Prozess, der unterschiedlich gestaltet werden kann: Man kann passiv die Entscheidungen und Maßnahmen der zentralen Exekutivbehörden abwarten, oder sich pro-aktiv von der Gemeindeebene aus auf Europa zubewegen. Die zweite Option macht den Integrationsprozess nachhaltiger, ausgewogener und effizienter, weil er in diesem Fall von der Öffentlichkeit und nicht nur von der Regierung mitgestaltet und mitgetragen wird.

Wissensdefizite in ländlichen Gemeinden sind eine der größten Hürden auf dem Weg zur »landwirtschaftlichen« und »ländlichen« europäischen Integration. Um diesen Wissensmangel zu überwinden, müssen alle verfügbaren Instrumente wie Schulungen für Führungs- und Fachkräfte der gemeindlichen Verwaltungsorgane, Aufklärungsmaßnahmen für ländliche Bevölkerung etc. eingesetzt werden.

Die Gemeinden können eine zentrale Rolle bei der Vermittlung von Informationen im ländlichen Raum übernehmen, auch in Bezug auf spezielle landwirtschaftliche Themen. Unsere Analyse der Verwaltungsstrukturen in territorialen Gemeinden zeugt jedoch davon, dass Gemeinden meistens über keine Fachkräfte verfügen, die Agrarproduzenten bei der Lösung ihrer Probleme begleitend unterstützen könnten.

Eine Lösungsoption könnte eine weitere Entwicklung des Netzwerks von landwirtschaftlichen Beratungsdiensten (der Ko-Autor vertritt die Nationale Assoziation der landwirtschaftlichen Beratungsdienste der Ukraine) werden. Das Gesetz der Ukraine »Über landwirtschaftliche Beratung« sieht die Mitwirkung und die Unterstützung der Entwicklung und Aufrechterhaltung eines derartigen Netzwerks durch Gemeinden vor. Dort ist auch der Anspruch der Gemeinden auf diese Beratung verankert. »Die Unterstützung der Innovation durch Forschung und Förderung von Beratungsdiensten für landwirtschaftliche Erzeuger« ist eine der Aufgaben, die auch im Artikel 404 des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine aufgelistet sind, wobei die Praxis in den Mitgliedsstaaten unterschiedlich ist. Der Aktionsplan zur Umsetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine schreibt ebenfalls »Die Schaffung des Beratungsdienstes für ländliche Gemeinden des Nationalen Koordinierungszentrums der landwirtschaftlichen Beratungsdienste« vor. Allerdings wurden viele Jahre lang keine Schritte unternommen, um dieses Ziel zu erreichen. Mit Blick auf die russische Aggression und den deutlich gestiegenen staatlichen Ausgaben für Militärzwecke ist die Schaffung dieses Netzwerks in absehbarer Zeit ohne Unterstützung von außen kaum möglich.

Kommunikationsprobleme haben ein wachsendes Misstrauen in die Agrarpolitik und Politik der ländlichen Entwicklung seitens ihrer potenziell Begünstigten sowie zunehmende agrarpolitische Ineffizienz zur Folge. Das führt zu Problemen bei der Prioritätensetzung und der Vorgehensweise im Bereich der agrarpolitischen europäischen Integration.

Die Einführung europäischer Instrumente zur Entwicklung der lokalen Wirtschaft unter Beteiligung von Gemeinden sowie der Erfahrungsaustausch in diesem Bereich könnten europäische Integrationsprozesse von unten stärken.

Danksagung

Der Beitrag wurde in Rahmen des Projektes »Bodenreform in der Ukraine: neue Perspektiven und Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung des Agrarsektors und der ländlichen Räume« verfasst. Das Projekt ist gefördert durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) aus Mitteln des Auswärtigen Amts (AA).

Über die Autor:innen:

Roman Korinets – Master of Public Administration und zertifizierter landwirtschaftlicher Berater; verfügt über mehr als 25 Jahre Erfahrung in der Beratung von staatlichen Behörden, ukrainischen und internationalen Agrarinstitutionen, internationalen Projekten, Agrarunternehmen und territorialen Gemeinden. Er ist einer der Gründer der Nationalen Assoziation der landwirtschaftlichen Beratungsdienste der Ukraine.

Mariya Yaroshko – Master of Business Administration; verfügt über mehr als 15 Jahre Erfahrung in Management von internationalen Projekten in den Bereichen landwirtschaftliche Produktion und Ausbildung, Agrarpolitik, Agrarhandelspolitik und ländliche Entwicklungspolitik.

Für ländliche Gemeinden ist es schwierig, Wissenslücken bezüglich der europäischen Integration selbstständig zu füllen. Daher ist die Partnerschaft mit Exekutivbehörden, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, NROs und Projekten der internationalen technischen Hilfe von besonderer Bedeutung.

Um Prozesse der europäischen Integration effizient zu gestalten, sollten ländliche territoriale Gemeinden in diese Prozesse einbezogen werden, wozu zunächst die Struktur der Exekutivbehörden in der Ukraine geprüft werden muss (Stichwort: Zuständigkeiten in den Ministerien).

Die Politik der ländlichen Entwicklung in den EU-Staaten baut in erster Linie auf der Gemeinsamen Agrarpolitik auf. Sie ist langfristig angelegt und schafft Planbarkeit. Die Beteiligung der Gemeinden an deren Ausgestaltung und Umsetzung ist ein wichtiges Element und durch entsprechende Prozeduren untermauert. Die Einführung eines solchen Ansatzes in der Ukraine würde die Beziehungen zwischen Behörden und Bürger:innen sowie zwischen Gemeinden und EU-Strukturfonds nach dem EU-Beitritt der Ukraine erleichtern.

Auch das Wissen über Instrumente der Heranführung an die EU-Mitgliedschaft, u. a. IPARD, könnte das Interesse der Gemeinden für europäische Integrationsprozesse vor dem Hintergrund ihrer Mitwirkung steigern.

Gemeinden wären gut beraten, die ukrainische Regierung möglichst bald davon zu überzeugen, die Einführung von IPARD für die Ukraine anzustoßen und das Nationale Programm der ländlichen Entwicklung vorzubereiten, zu beschließen und zur Prüfung und Bewilligung an die Europäische Kommission weiterzuleiten sowie eine Nationale Stelle und IPARD-Agentur einzurichten. Mit Blick auf den EU-Beitrittsprozess und die Ressourcenknappheit unter Kriegsbedingungen ist die Unterstützung der europäischen Partner bei der Bewältigung dieser Aufgaben von größter Relevanz.

Lesetipps:

- Directorate-General for Agriculture and Rural Development. (2022). European Commission will support agriculture and rural development in the pre-accession countries with over €900 million. News article. European Commission, 23 March 2022. https://agriculture.ec.europa.eu/news/european-commission-will-support-agriculture-and-rural-development-pre-accession-countries-over-2022-03-23_en.
- Korinets, R.J. (2020). Beurteilung der Zukunftsaussichten der Unterstützung vom Unternehmertum in territorialen Gemeinden. In: Korinets, R.J., Pererva, G.L. (Hrsg.): *Ekonomika APK*, 11(13), S. 99–107. http://nbuv.gov.ua/UJRN/E_apk_2020_11_13. [auf Ukrainisch].
- Rat für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg. (2022). Aktionsplan für den Wiederaufbau der Ukraine. Materialien der Arbeitsgruppe »Neue Agrarpolitik«. <https://www.kmu.gov.ua/storage/app/sites/1/recoveryrada/ua/new-agrarian-policy.pdf>. [auf Ukrainisch].

ANALYSE

Monitoring der Landnutzungsänderung in der Ukraine am Beispiel der Region Schytomyr

Petro Pyvovar (Nationale Universität Polissia, Schytomyr), Inna Levkovych (IAMO, Halle)

DOI: 10.31205/UA.277.02

Zusammenfassung

Die Landnutzung unterliegt laufend Veränderungen und wird durch zahlreiche Faktoren beeinflusst. Die Nutzung neuer Technologien macht das Monitoring der Landnutzungsänderungen fast in Echtzeit möglich und ist heutzutage für nachhaltiges Bodenmanagement unverzichtbar. Insbesondere ist Landnutzungsmonitoring im Rahmen der Implementierung der Boden- und Dezentralisierungsreformen in der Ukraine ein wichtiges Kontroll- und Planungsinstrument und bietet eine Basis für die politische Entscheidungsfindung auf allen Ebenen. Der vorliegende Artikel betrachtet die Veränderungen in der Landnutzung in der Ukraine am Beispiel von der Region Schytomyr in den Jahren 2016–2022 mit Hilfe des »Dynamic World Tool«. Darüber hinaus werden mögliche Faktoren, die sich auf die Landnutzung in der Region auswirken, diskutiert.

Einleitung

Die effiziente und nachhaltige Nutzung des Bodens ist nicht nur entscheidend für die Entwicklung der Agrar- und Ernährungswirtschaft, sondern für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Ukraine. Schon jetzt trägt der Agrarsektor fast 11 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Ukraine bei und ist für knapp 40 Prozent der Gesamtexporte des Landes verantwortlich. Die Ausgestaltung eines funktionsfähigen Bodenmarktes, der im Idealfall eine effektive Nutzung des Bodens ermöglicht, verlief in der Vergangenheit allerdings äußerst schleppend. Bis vor kurzem mangelte es nicht nur an einer Bodenmarktpolitik, die den Kauf und Verkauf landwirtschaftlicher Flächen ermöglicht, sondern auch an einer funktionsfähigen Infrastruktur für die Bodenmarktgestaltung. Dazu zählt beispielsweise ein Bodenkataster, das Informationen über die Zweckbestimmung, mögliche Nutzungseinschränkungen, qualitative Merkmale oder Eigentumsverhältnisse enthält.

Die Landnutzung unterliegt laufend Veränderungen und wird durch zahlreiche Faktoren beeinflusst. In der Ukraine war es bisher nicht möglich, die Landnutzung und deren Änderungen in Echtzeit zu verfolgen. Die Nutzung neuer Technologien macht dies jedoch möglich. Das Monitoring der Landnutzungsänderungen gibt politischen Entscheidungsträgern und Wirtschaftsakteuren die Möglichkeit, Engpässe festzustellen und schnell zu reagieren bzw. Anpassungen im Blick auf geänderte Rahmenbedingungen und eigene Ziele vorzunehmen. Daher sind aktuelle Informationen über die Landnutzung ein wichtiger Baustein für ein nachhaltiges Bodenmanagement. Relevant ist aktuelles Wissen über Landnutzungsänderungen in der Ukraine vor allem für die neu gegründeten Territorialgemeinden (Hromadas), die nun lernen müssen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Flächen effizient

zu verwalten. Ein Landnutzungsmonitoring ist hier ein zuverlässiges Instrument für die regionale und kommunale Flächennutzungsplanung.

Dieser Beitrag illustriert am Beispiel der westlich von Kyjiw gelegenen Oblast Schytomyr die Veränderungen in der Landnutzung in den Jahren 2016–2022 und gibt einen ersten Einblick, wie sich die verschiedenen Nutzungsansprüche und damit verbundene Herausforderungen auf die Flächennutzung auswirken.

Durch die russische Aggression ist die Oblast Schytomyr stark betroffen, insbesondere der nördliche Teil, der schon in den ersten Kriegstagen besetzt wurde. Infolge des Beschusses wurden dort mindestens 769 zivile Infrastrukturobjekte beschädigt. Daher werden im Beitrag auch kurz die Effekte des Krieges thematisiert.

Einflussfaktoren für den Landnutzungswandel

Die Landnutzung und damit auch deren Wandel werden durch zahlreiche Faktoren wie natürliche Standortfaktoren (wie Boden, Klima bzw. Klimawandel), institutionelle Rahmenbedingungen, wirtschaftliche Entwicklung usw. beeinflusst. Beispielsweise wird die landwirtschaftliche Bodennutzung sowohl durch natürliche Bedingungen als auch die Agrar- und Umweltpolitik geprägt.

Rechtliche Grundlagen

Das wichtigste Dokument, das die Bodennutzung in der Ukraine regelt, ist der sogenannte »Bodenkodex«. Dieser präzisiert die verfassungsrechtlichen Normen zur Regelung der Bodenverhältnisse und bestimmt fast alle Institutionen des Bodenrechts. Durch zwei grundlegende Reformen – die Bodenreform 2021 und die Dezentralisierungsreform ab 2014 – wurden umfassende Anpassungen in der ukrainischen Gesetzgebung, unter anderem auch im bereits erwähnten »Bodenkodex«, vorgenommen. Insbesondere diese beiden Reformen prägen maßgeblich die rechtlichen Rahmenbedingungen der Landnutzung in der Ukraine der letzten Jahre, wie nachfolgend näher dargestellt wird.

Gesetz der Ukraine Nr. 552-IX »Über die Einführung von Änderungen zu bestimmten Gesetzen der Ukraine über den Agrarbodenverkehr« stärkt Eigentumsrechte und schafft Voraussetzungen für die Entwicklung des funktionierenden landwirtschaftlichen Bodenmarktes. Mit diesem Gesetz wurde eine schrittweise Öffnung (»regulierte Öffnung«) des landwirtschaftlichen Bodenmarktes beschlossen. Seit dem 1. Juli 2021 dürfen ukrainische Bürger landwirtschaftliche Flächen bis zu 100 Hektar pro Person kaufen. Erst ab 2024 können unter bestimmten Voraussetzungen auch juristische Personen landwirtschaftlichen Boden erwerben. Ob ausländische Personen den Agrarboden erwerben dürften wird erst ab 2024 am gesamtukrainischen Referendum beschlossen. Neben den erwarteten wirtschaftlichen Effekten wird die Liberalisierung des landwirtschaftlichen Bodenmarktes und die Privatisierung der staatlichen landwirtschaftlichen Flächen für die nächsten Jahrzehnte die landwirtschaftliche Bodennutzung prägen.

Seit 2014 läuft in der Ukraine außerdem eine umfassende Dezentralisierungsreform bzw. Kommunalreform. Dabei handelt es sich sowohl um eine territoriale als auch administrative Umstrukturierung. Die kleinen Kommunen schließen sich zu so genannten Territorialgemeinden (Hromadas) zusammen, die erweiterte politische, administrative und finanzielle Kompetenzen erhalten. Vor allem bekommen die Hromadas erweiterte Kompetenzen in der Verwaltung ihrer kommunalen Flächen. Das im Mai 2021 verabschiedete Gesetz № 2194 regelt unter anderem die Übergabe von Böden staatlichen Eigentums außerhalb von Siedlungen ins kommunale Eigentum.

Am 24. Juli 2021 trat weiterhin das Gesetz der Ukraine № 711-IX »Über die Änderungen des Bodengesetzes der Ukraine und anderer Gesetzgebungsakte zur Flächennutzungsplanung« in Kraft, welches Raumplanung, Bestimmung und Zweckänderung von Grundstücken ändert und neue Anforderungen für die Zwangsveräußerung von Grundstücken aus Gründen des öffentlichen Bedarfs aufstellt. Die gesetzlichen Anpassungen sind unter anderem mit der Entwicklung der Hromadas verbunden. Dies äußert sich in der Einführung einer erweiterten Planungshoheit der vereinigten Hromadas. So können die Hromadas nun transparente Ansätze im Bereich der Landbewirtschaftung und der Raumplanung einführen.

Das Thema »ökologische Nachhaltigkeit« gewinnt in der Ukraine zunehmend an Bedeutung. Zur Erreichung der UN-Klimaschutzziele und im Rahmen des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union hat sich die Ukraine verpflichtet eine Reihe von Maßnahmen im Bereich Umweltschutz, Artenschutz, Biodiversitätsverpflichtungen zu implementieren. So soll etwa bei der Planung und Durchführung von Infrastruktur-, Bergbau oder einigen Landwirtschaftsprojekten eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden. Die ökologischen Aspekte der Bodennutzung werden in dem Gesetz der Ukraine № 962-IV »Über Bodenschutz« festgehalten. Das Gesetz legt die rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen des Bodenschutzes fest, um effiziente Nutzung, die Reproduktion und Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit, die Erhaltung der ökologischen Funktionen der Bodenbedeckung und den Umweltschutz zu gewährleisten. An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass in der Ukraine die umweltbezogenen Maßnahmen nicht an die agrarpolitischen Instrumente geknüpft bzw. nicht im Rahmen der Agrarpolitik vorgese-

hen sind. Die Agrarsubventionen zielen vor allem auf die Steigerung der Produktion, z. B. Programme zur Unterstützung der Kleinbauern, Viehzucht, der Obst-, Wein- und Hopfenbau, Erstattung von Kreditzinsen für Agrarproduzenten oder Steuervergünstigungen ab.

Regionale Voraussetzungen und Klimawandel

Die Oblast Schytomyr befindet sich im Norden der Ukraine. Dieses Gebiet ist durch ein flaches Tiefland und großflächige Mischwälder aber auch Feuchtgebiete gekennzeichnet.

Der weltweite Klimawandel beeinflusst auch hier die Landflächennutzung wobei die Intensität des Klimawandels in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen hat. Bereits jetzt sind Temperatur- und Niederschlagänderungen sowie Wetterextreme in der gesamten Ukraine und auch in der Region Schytomyr zu beobachten (siehe [Ukraine-Analysen 210](#)). Nach Berechnungen von Schierhorn et al. stiegen die jährlichen Durchschnittstemperaturen von 1985 bis 2018 in der Ukraine um 2,1 °C. Zudem sind die Hitzeperioden im Sommer länger und intensiver geworden und zukünftig ist mit größeren Temperaturanstiegen und stärkeren Extremwetterereignissen in der Ukraine zu rechnen. Wie Schierhorn et al. festgestellt haben, kann die Intensität des Klimawandels in der Ukraine regional unterschiedlich ausfallen. In Bezug auf die Agrarproduktion würde beispielsweise der Norden der Ukraine, wo auch die Region Schytomyr liegt, weniger vom Klimawandel benachteiligt. So würden beispielsweise die durchschnittlichen Weizenträge im Norden steigen, während in südlichen Regionen mit Ertragseinbußen zu rechnen ist. Dies könnte dazu führen, dass Agrarflächen in der Oblast Schytomyr ausgedehnt und intensiver genutzt werden könnten.

Agrarstrukturwandel

Bis ungefähr zum Jahr 2000 erfolgte die Restrukturierung und Privatisierung des Agrarsektors der Ukraine nur schleppend und hatte eher einen formalen Charakter. Mangelnde Reformen, intransparente Regulierungen sowie finanzielle Krisen haben dazu geführt, dass sich immer mehr Agrarunternehmen verschuldeten. Die schlechte finanzielle Lage der Unternehmen führte auch zu einem rückläufigen Einsatz von Betriebsmitteln. Die Agrarunternehmen waren auch nicht in der Lage, die bestehenden Meliorationssysteme, beispielsweise für die Entwässerung, instand zu halten. Viele Agrarflächen konnten nicht bewirtschaftet werden und fielen brach.

Die Reformen der Jahre 2000–2001 zielten auf eine verbesserte Ausübung der bis dahin stark eingeschränkten Eigentumsrechte. Das Privateigentum bei landwirtschaftlichen Flächen wurde anerkannt und entsprechend dokumentiert. Bodeneigentümer erhielten das Recht, entweder eigene landwirtschaftliche Betriebe zu gründen oder das Land zu verpachten und daraus ein Einkommen zu erzielen. Im Zuge des Privatisierungsprozesses hat sich der Staat aus dem unternehmerischen Entscheidungsprozess zurückgezogen. Die Unternehmensschulden aus planwirtschaftlicher Zeit wurden abgebaut bzw. umgeschuldet. Darüber hinaus wurden landwirtschaftliche Unternehmen steuerlich begünstigt. Diese Entwicklungen ermöglichten u. a. das Wachstum von sehr großen integrierten landwirtschaftlichen Unternehmen – sogenannten »Agroholdings«, die heute teilweise über 500.000 Hektar bewirtschaften. Die Agroholdings bewirtschaften ihre Flächen in erster Linie über Pachtverträge. Ihr enorm schnelles Flächenwachstum wurde vor allem durch die Akquisition anderer Agrarunternehmen ermöglicht. Somit gewannen die Agroholdings immer weiter an Bedeutung in der Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen und wurden, zusammen mit den individuellen Hauswirtschaften, zu den Hauptagrarproduzenten. Nach Schätzung des Ukrainian Agribusiness Club bewirtschafteten die Agroholdings 2018 bis zu 29 Prozent der ukrainischen Agrarfläche. Der Anteil der individuellen Hauswirtschaften an der gesamten Landwirtschaftsfläche betrug 36 Prozent im Jahr 2018.

Daten und Methode: Dynamic Word Data für das Monitoring von Landnutzung

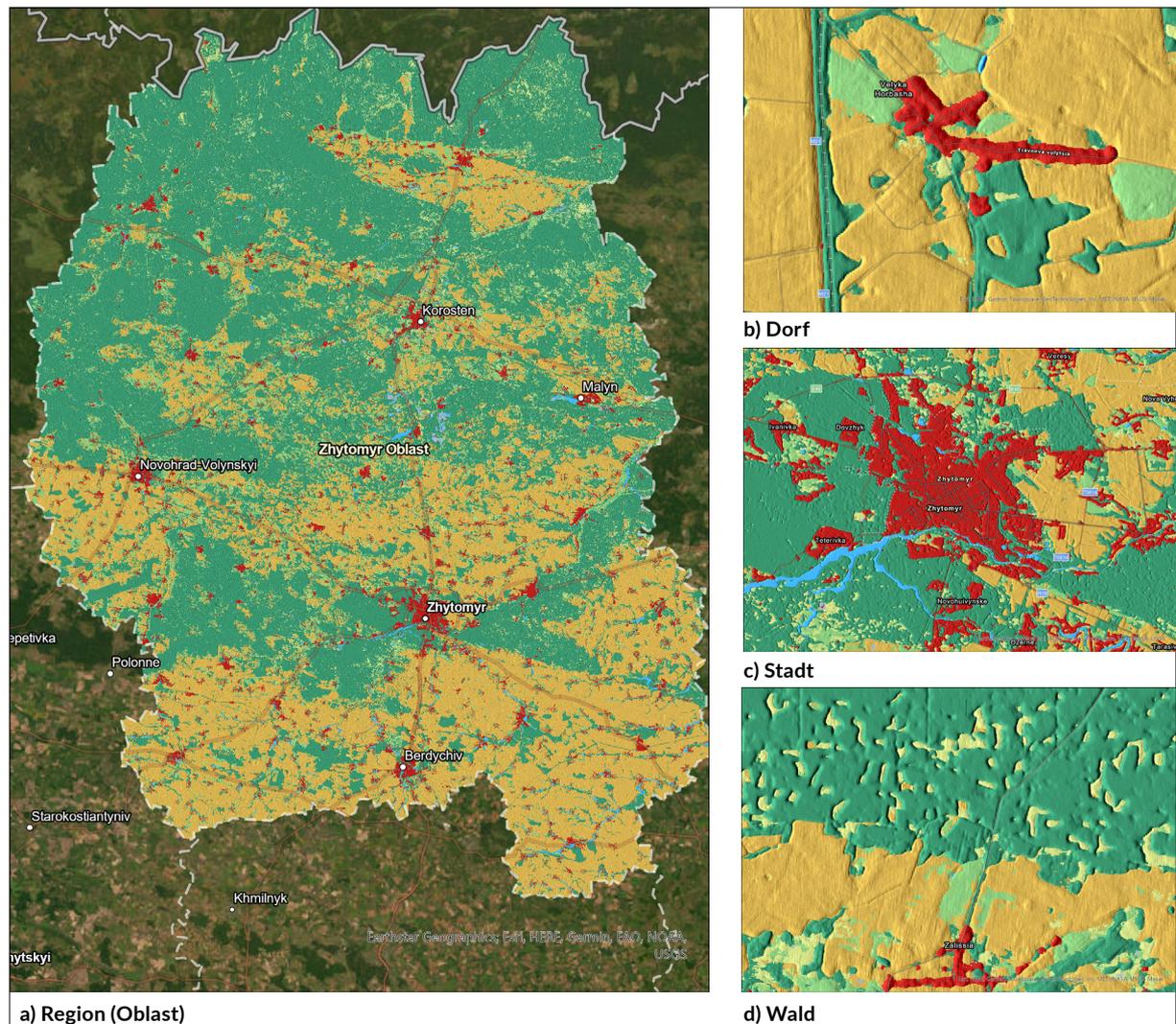
Die Anwendung von Bildererkennungssoftware vereinfacht und beschleunigt die Erfassung der Landnutzung. In Zusammenarbeit mit dem World Resources Institute (WRI) stellt Google das sogenannte »Dynamic World Tool« zur Verfügung. Dynamic World ist ein offener und frei verfügbarer Datensatz und kann von Wissenschaftlern, Regierungen und Unternehmen gleichermaßen genutzt werden.

Die Datensätze für die Region Schytomyr wurden auf der Google Earth Engine mit dem GOOGLE/DYNAMICWORLD/V1 für den Zeitraum 2016 bis 2022 (Stand Oktober 2022) generiert. Aufgrund der Satellitenbilder bietet Dynamic World detaillierte Echtzeitdaten über den Zustand und die Nutzung von Boden mit einer Auflösung von zehn Metern. Damit lässt sich mit Dynamic World der Zustand und die Veränderungen in der Landbedeckung in einer Region binnen kurzer Zeit quantifizieren und analysieren. Das Dynamic World V1 bietet in der sogenannten »Land use land cover classification« (LULCC) Informationen über folgende Bodenbedeckungstypen: Wasser, Bäume (oder Wald), Gras (Grünland), überschwemmte Vegetation, Feldfrüchte (oder Ackerflächen), Sträucher und Gebüsch, bebaute Flächen, unbedeckter Boden, Schnee und Eis.

Struktur der Landnutzung in der Region

Abbildung 1 verdeutlicht, dass 52 Prozent der Fläche der Oblast Schytomyr von Wäldern bedeckt ist, die sich hauptsächlich im nördlichen und im zentralen Teil der Region entlang des Flusses Teteriw konzentrieren.

Abb. 1: Klassifizierung der Bodenbedeckung in der Oblast Zhytomyr nach der Methodik von Google Dynamic World



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Dynamic World Data

Landbedeckungsklassen nach der Methodik der Google Dynamic World

LULC* Typ	Farbe	Beispiele
Wasser		Ständige und saisonale Gewässer
Bäume		Umfasst Primär- und Sekundärwälder sowie großflächige Plantagen
Gras		Naturrasen, Viehweiden und Parks
Überschwemmte Vegetation		Mangroven und andere überschwemmte Ökosysteme
Feldfrüchte		Enthalten Reihenkulturen und Reisfeldfrüchte
Sträucher&Gebüsch		Spärliche bis dichte offene Vegetation bestehend aus Sträuchern
Bebaute Gebiete		Gebäude mit geringer und hoher Dichte, Straßen und städtische Freiflächen
Unbedeckter Boden		Wüsten und freiliegende Felsen
Schnee und Eis		Permanente und saisonale Schneedecke

* Land use Land cover (LULC)

Quelle: Brown, C.F., Brumby, S.P., Guzder-Williams, B. et al. Dynamic World, Near real-time global 10 m land use land cover mapping. *Sci Data* 9, 251 (2022). doi:10.1038/s41597-022-01307-4

34 Prozent des Landes in der Region wird für Pflanzenbau genutzt. Das kultivierte Land verteilt sich hauptsächlich auf drei Gebiete: 1) der südliche Teil der Region (um den Bezirk Berdytschiw); 2) ein zentraler Gürtel mit einer Breite von 40–60 km und 3) im Norden der Oblast Schytomyr – der Owrukyj-Kamm.

4,4 Prozent der Fläche der Oblast wird von Sträuchern und Büschen bedeckt, welche sich vor allem entlang von Straßen und Gewässern, als auch am Feldrand und am Rande von Siedlungen befinden. Fast 5 Prozent des Territoriums ist von Grünland bedeckt. Der Anteil der bebauten Flächen beträgt 3,7 Prozent. Diese beinhaltet Gebäude, Asphalt- und Betonfläche, sowie Gewächshäuser.

Veränderungen der Landnutzung nach Zweckbestimmung

Der Tabelle 1 ist die Dynamik der Bodennutzung nach Bodenbedeckungsklassen in den Jahren 2016–2022 in der Region Schytomyr zu entnehmen. Die größten Veränderungen traten bei der Kategorie »Feldfrüchte« auf. Innerhalb von 6 Jahren sind die Ackerflächen auf 234 000 Hektar fast um ein Drittel gestiegen. Dagegen sind die Grasflächen, Sträucher und Gebüsch im Laufe der Jahre um 46 Prozent bzw. 39 Prozent gesunken.

Tabelle 1: Dynamik der Landbedeckungsveränderungen in der Oblast Zhytomyr 2016–2022

Typ	Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022*	Änderungen 2016/2022	
									Tsd. ha	%
Unbedeckter Boden, Tsd. ha		4,1	2,9	3,3	5,2	5,1	3,6	4,4	0,3	7,6
Änderung, zum Vorjahr%		-	-28,2	11,6	59,8	-2,8	-29,7	23,1	-	-
Bebaute Gebiete, Tsd. ha		117,8	115,6	115,2	114,3	110,3	112,8	108,1	-9,7	-8,2
Änderung, %		-	-1,8	-0,3	-0,8	-3,5	2,3	-4,2	-	-
Feldfrüchte, Tsd. ha		777,6	857,4	907,5	921,9	950,0	969,5	1012,4	234,8	30,2
Änderung, %		-	10,3	5,8	1,6	3,0	2,1	4,4	-	-
Überschwemmte Vegetation, Tsd. ha		1,3	1,2	1,3	1,3	1,3	1,1	1,9	0,7	53,1
Änderung, %		-	-4,1	8,8	-3,9	-0,2	-15,2	80,6	-	-
Gras, Tsd. ha		270,5	247,7	206,8	191,3	160,8	153,7	145,4	-125,1	-46,2
Änderung, %		-	-8,4	-16,5	-7,5	-16,0	-4,4	-5,4	-	-
Sträucher & Gebüsch, Tsd. ha		214,3	123,8	105,9	137,8	148,7	119,4	130,3	-84,0	-39,2
Änderung, %		-	-42,2	-14,5	30,1	7,9	-19,7	9,1	-	-
Bäume, Tsd. ha		1551,3	1594,6	1601,3	1569,3	1565,8	1582,0	1537,5	-13,9	-0,9
Änderung, %		-	2,8	0,4	-2,0	-0,2	1,0	-2,8	-	-
Wasser, Tsd. ha		17,2	17,5	18,8	18,7	17,7	18,5	18,6	1,4	8,3
Änderung, %		-	2,1	7,3	-0,8	-5,2	4,3	0,7	-	-
Gesamt, Tsd. ha		2954,0	2960,7	2960,1	2959,8	2959,5	2960,6	2958,6	-4,6	-0,2
Änderung, %		-	0,23	0,02	0,01	0,01	0,03	-0,1	-	-

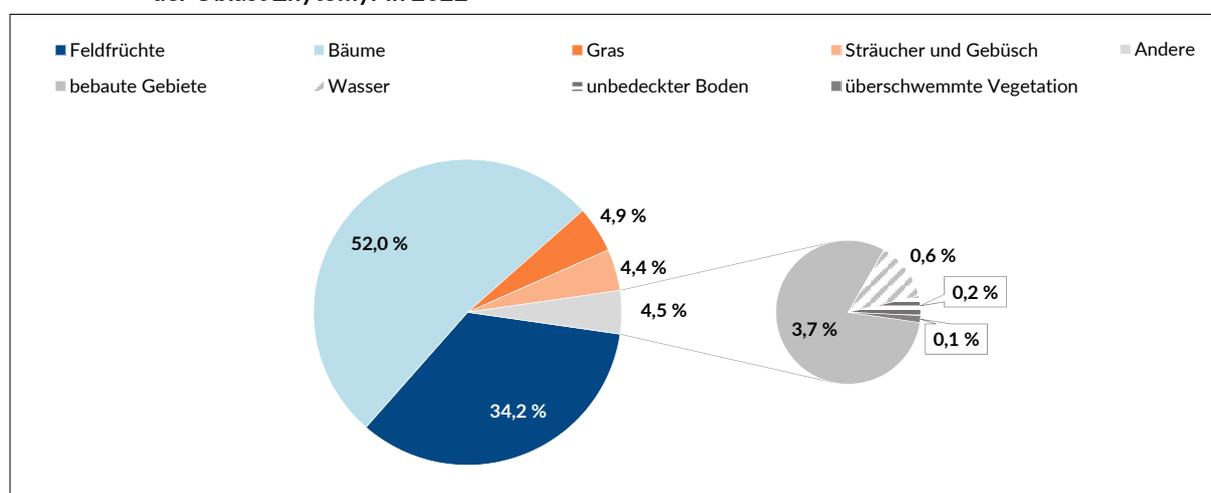
Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Google Dynamic World

Der steigende Anteil der Ackerflächen in der Bodennutzungsstruktur ist auf zwei Entwicklungen zurückzuführen: Erstens sind die Rinderbestände in der Region Schytomyr zurückgegangen. Dies führte zu einem geringeren Bedarf an Futtermitteln und beförderte darüber hinaus die Umwandlung von Grünland in Ackerland. Zweitens beeinflusste die weltweit steigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln die Erweiterung von Ackerflächen, vor allem für Getreide, Ölsaaten und Mais. Nach Angaben der lokalen Stakeholder bewegten die steigende Flächenkonkurrenz um landwirtschaftlichen Boden und die deutlich höheren Pachtpreise in den ackerbaulichen Gunstandorten der Zentralukraine die großen Agrarunternehmen zur Expansion nach, mit weniger geeignetem Ackerland ausgestatteten, »Norden«. Das spiegelt sich auch in der rasanten Steigerung der Exportkulturen, wie Mais und Sonnenblumen. Nach Angaben des Ukrainischen Statistischen Amtes zeigt sich in der Region Schytomyr eine Vergrößerung der Anbauflächen von Sonnenblumen von 60 600 Hektar in 2015 auf 155 000 Hektar im Jahr 2021. Die Anbauflächen von Mais haben sich im selben Zeitraum fast verdoppelt (von 144 200 Hektar im Jahr 2015 auf 273 000 Hektar in 2021).

Werden die Veränderungen in der Landnutzung aus der Perspektive städtischer und ländlicher Gemeinden betrachtet, ist festzustellen, dass in der Oblast Schytomyr der größte Anstieg der Anbauflächen (um 37,2 Prozent) in den städtischen Gemeinden zu verzeichnen ist. Lokale Experten weisen darauf hin, dass diese Tendenz unter anderem auf die infrastrukturellen Rahmenbedingungen zurückzuführen ist. Die großen landwirtschaftlichen Unternehmen entscheiden sich bevorzugt für Investitionen in Gebiete mit gut ausgebauter Infrastruktur. Vor allem eine gute Anbindung zum Straßen- und Schienennetz mit entsprechenden Lagerungsmöglichkeiten ist bedeutsam, was mit den Logistikkosten der Unternehmen für den Transport von Waren und Ausstattung zusammenhängt. Im Vergleich zum südlichen Teil der Oblast, der über eine relativ gute Bodenqualität verfügt, werden die vergleichsweise geringeren Gewinne aus der landwirtschaftlichen Produktion im nördlichen Teil der Oblast unter anderem durch niedrigere Transportkosten kompensiert.

Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, nimmt das Grünland in der Struktur der Bodennutzung der Region Schytomyr ab. Der Rückgang betrug in dem Zeitraum von 2016 bis 2021 durchschnittlich 10 Prozent pro Jahr. Allerdings wurde im Jahr 2022 dieser Trend gestoppt (Abb. 2).

Abb. 2: Struktur der Landnutzung und Bodenbedeckung nach Google Dynamic World nach Klassifikation in der Oblast Zhytomyr in 2022



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Dynamic World Data

Nach Interviews mit lokalen Vertretern im Sommer 2022 lässt sich diese Dynamik auf zwei Faktoren zurückführen: Zum einen haben viele ländliche Haushalte in diesem Jahr ihre Ackerflächen in weniger arbeitsintensives Grasland umgewandelt, weil infolge der russischen Aggression die Männer für die ukrainischen Streitkräfte mobilisiert wurden.

Zum anderen hat die russische Aggression zu einer Verknappung bestimmter Nahrungsmittel und zu einem erheblichen Preisanstieg bei einigen Lebensmitteln geführt. Um die eigene Versorgung mit tierischen Produkten zu gewährleisten bzw. um ein zusätzliches Einkommen zu erzielen, entscheiden sich viele ländliche Haushalte die Jungtiere zu behalten. Da die Zunahme des Rinderbestands mehr Futtermittel erfordert, werden mehr Ackerflächen in Grünland umgewandelt.

Bei näherer Betrachtung der Veränderungen der Bodenbedeckung im gesamten Zeitraum zeigt sich, dass nur 31 Prozent der grasbewachsenen Flächen im Jahr 2016 gegenüber dem Jahr 2022 unverändert blieben und 58 Prozent in Ackerflächen umgewandelt wurden. Dieser Trend zeigt eine steigende Intensivierung der Flächennutzung auf.

In den letzten Jahren ist die Fläche der offenen Gewässer um 8,3 % gestiegen. Nach Angaben der lokalen Behörden hängt diese Entwicklung vor allem mit der Niederschlagszunahme in der Region zusammen. Auch auf den Satellitenbildern ist zu erkennen, dass solche Ereignisse, wie das Austrocknen von Flüssen und Bächen, in der Region in den letzten Jahren seltener vorgekommen sind.

Auch die Flächen mit Überschwemmungsvegetation (dazu zählen insbesondere Moorflächen) haben sich in den letzten Jahren und insbesondere im Jahr 2022 um insgesamt 7000 Hektar vergrößert. Diese Entwicklung ist ein positives Zeichen für den Klima- und Umweltschutz, da Moore eine besonders effektive Kohlenstoffspeicher sind und eine reiche Biodiversität aufweisen können. So konnten Wissenschaftler der Nationalen Universität Polissia in den Jahren 2021 und 2022 südliche Tier- und Pflanzenarten erfassen, die vorher in der Oblast Schytomyr noch nie beobachtet wurden.

Bewaldete Gebiete sind die Flächen, deren Anteil der Baumbedeckung mindestens 10 Prozent beträgt. Hohe Waldflächenanteile finden sich in siedlungsarmen als auch für eine intensivere Landwirtschaft weniger geeigneten Teilen der Oblast, insbesondere im Norden und Nord-Westen (siehe Abbildung 1). Bei den Waldflächen lässt sich kein eindeutiger Trend über den Analysezeitraum festzustellen. Allerdings ist im Jahr 2022 ein Rückgang der bewaldeten Fläche um 3 Prozent in Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen.

Diese Entwicklung ist auf die rasant steigenden Energiepreise und auf die instabile Versorgungslage mit Gas, Brennholz und Strom zurückzuführen. Da in ländlichen Räumen die Holzheizung eine verbreitete Heizungsart ist, begann die Bevölkerung mit einer kostenlosen und leicht zugänglichen »Holzernte« nach Selbstversorgungsprinzip.

Auch wenn illegaler Holzeinschlag in den Wäldern in der Ukraine ein großes Thema ist, haben sowohl die Satellitenbilder als auch die Überprüfung vor Ort gezeigt, dass es sich nicht um die Entwaldung der offiziellen Wälder handelt. Es kam in erster Linie zur Rodung von aus der Nutzung genommener Obstgärten. Auch Feldgehölze und »bewaldete« Hecken entlang von Straßen, Gleisen, Bewässerungskanälen wurden zu einer Beschaffungsquelle für Brennholz. (siehe Abbildung 3). Allerdings kann die weitere Verschärfung der Energieversorgungslage zu einem unkontrollierten Abholzen von Waldflächen führen.

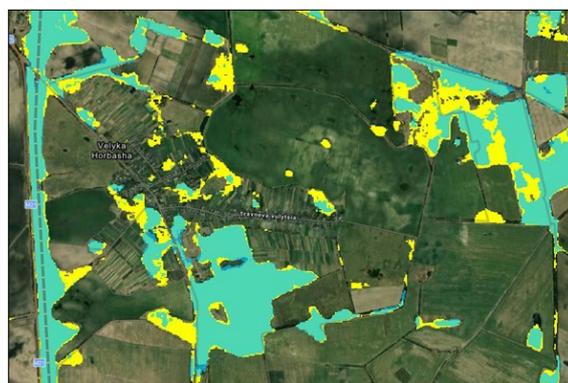
Die Abholzung durch die Landbevölkerung erfolgte in den meisten Fällen auf dem Gebiet des kommunalen Eigentums oder Eigentum der staatlichen Wasser- und Energiewirtschaft.

Da die Gemeinden nicht genug finanzielle Mittel für die regelmäßige Gehölzpflege entlang der Straßen oder Energiesystemanlagen haben, wird die Abholzung z. B. brüchiger Bäume nach Meinung der lokalen Stakeholder positiv gesehen. Allerdings ist diese Entwicklung sehr bedenklich aus der Sicht des Naturschutzes und zeigt auch mangelndes Problembewusstsein und Kenntnis auf lokaler Ebene. Die »bewaldeten« Feldhecken und alte Obstbäume tragen im hohen Maße zum Biodiversitätsschutz und Erhalt der Artenvielfalt bei.

Als sichtbare Folge des regionalen Strukturwandels sind die bebauten Flächen in der Region Schytomyr im Betrachtungszeitraum um 10 Prozent zurückgegangen (siehe Abbildung 4).

Besonders ausgeprägt zeigt sich dieser Rückgang in den ländlichen Gemeinden. Während in den Städten bedingt durch Betriebsaufgaben ehemalige Gewerbe- und Industriekomplexe brachgefallen sind und langsam von Büschen und

Abb. 3: Beispiel für die Veränderung der bewaldeten Fläche im Jahr 2022 im Vergleich zu 2021

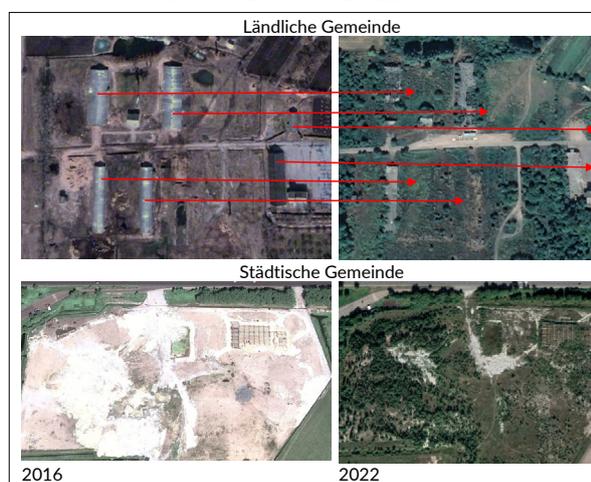


Gelb – bewaldete Flächen im Jahr 2021

Blau – bewaldete Flächen im Jahr 2022

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Dynamic World Data; Beispiel des Dorfes Velyka Horbasha, Gebietskörperschaft der Siedlung Cherynyakhivska, Region Zhytomyr

Abb. 4: Die Veränderung in den bebauten Flächen städtischer und ländlicher Gemeinden von 2016 bis 2022



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Dynamic World Data

Bäumen überwuchert werden, sind es in den ländlichen Räumen vor allem ehemals kollektive landwirtschaftliche Gebäude und Anlagen, für die keine Verwendung mehr gefunden wurde.

Ausblick

Am Beispiel der Oblast Schytomyr zeigt sich, dass die Agrarmarktentwicklung, der Strukturwandel und die wirtschaftliche Situation die treibenden Kräfte in der regionalen Landnutzungsänderung in den letzten Jahren zu sein scheinen. So könnten für den Zeitraum 2016–2022 insbesondere die kontinuierlich steigende globale Lebensmittelnachfrage und damit verbundene Preissteigerungen ein wesentlicher Treiber für die Erweiterung der Anbauflächen sein. Zusätzlich sind für das Jahr 2022 kurzfristige und kriegsbedingte Landnutzungsveränderungen zu beobachten, wie etwa die größere Abnahme der Gehölze, die vermutlich zu Heizungszwecken verwendet wurden.

Faktoren, wie der laufende Krieg und wirtschaftliche Entwicklungen, werden die Landnutzungsveränderungen vorerst weiterprägen. Das Ausmaß der Landnutzungsänderungen und deren sozioökonomische Effekte sind jedoch schwer einzuschätzen. Betrachtet man beispielweise landwirtschaftliche Nutzung ist es ungewiss, ob der Anteil der Ackerflächen weiter steigen wird. Schon jetzt stellt sich die Frage, ob Agrarproduzenten in der Lage sein werden, im Frühjahr alle zur Verfügung stehenden Agrarflächen zu bearbeiten. Die größte Herausforderung ist hier nicht nur Säuberung oder Wiederherstellung von kontaminierten Flächen, sondern auch die Beschaffung von Produktionsmitteln und Arbeitskraft, welche aufgrund der sich verschlechternden finanziellen Lage der Agrarproduzenten immer problematischer wird. Angesichts dieser Problematik und den möglichen strukturellen Anpassungen ist es auch fraglich, ob die großen Agrarbetriebe, wie Agroholdings, weiter ihre derzeit bewirtschaftete Flächen beibehalten werden.

Die gegenwärtige sowie die erwartete Verschlechterung der finanziellen Situation der Agrarunternehmen wird sich auch negativ auf die ländlichen Gemeinden auswirken. Die sinkenden Einnahmen von Steuern und Pachtpreisen im Lokalbudget werden z. B. Leistungserbringungen in den Bereichen wie Bildung, Medizin und Infrastruktur deutlich erschweren, was zur Verschärfung sozialer Probleme führen kann.

Für die Hauswirtschafter und Kleinbauern würde die Stilllegung ihrer Anbauflächen aufgrund von Mangel an Finanzen und/oder Arbeitskräften deutliche Einbußen im Einkommen bedeuten. Das gefährdet nicht nur die Sicherung des Lebensunterhalts der ländlichen Haushalte, sondern trägt zur Verschlechterung der Ernährungssicherheit des Landes bei. Immerhin wird bis zu 50 Prozent der Agrarproduktion in der Ukraine von Hauswirtschaftern hergestellt.

Die oben genannten Probleme können die Struktur der Landnutzung ernsthaft beeinflussen indem sich der Landnutzungszweck in Richtung weniger effizienter oder auch weniger nachhaltiger Nutzung (beispielsweise womöglich steigende Abholzung) verändert. Das kann sich negativ auf das Wohlergehen von Gemeinden aber zum Teil auch auf die biologische Vielfalt auswirken. Für die Behebung der negativen sozioökonomischen und ökologischen Folgen würde man Jahre brauchen.

Danksagung

Der Beitrag wurde im Rahmen des Projektes »Bodenreform in der Ukraine: neue Perspektiven und Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung des Agrarsektors und der ländlichen Räume« erfasst. Das Projekt ist durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) aus Mitteln des Auswärtigen Amtes gefördert.

Über die AutorInnen:

Inna Levkovych ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO). Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der Agrar- und Handelspolitik und des internationalen Handels mit Fokus auf der Ukraine und EU-Ländern, sowie auf der Analyse der Wettbewerbsfähigkeit der Agrar- und Nahrungsmittelwertschöpfungsketten. Im Jahr 2010 promovierte sie zum »Außenhandel der Ukraine mit Produkten der Agrar- und Ernährungswirtschaft« an der Martin-Luther-Universität.

Petro Pyvovar ist Leiter des wissenschaftlichen Bildungszentrums für Weltraum- und Geoinformationstechnologien an der Nationalen Universität Polissia (PNU), Schytomyr und außerordentlicher Professor der Abteilung für Computertechnologien und Systemmodellierung. Er forscht auf dem Gebiet der Transformation ländlicher Gebiete. Seine neueste Forschung verbindet GIS-Technologien und die sozioökonomische Entwicklung ländlicher Gebiete. Unter seiner Leitung wurde das Konzept der Geoinvestitionsportale für territoriale Gemeinden entwickelt und getestet.

Weitere Lesetipps:

- Brown, C.F., Brumby, S.P., Guzder-Williams, B. (2022): Dynamic World, Near real-time global 10 m land use land cover mapping. *Sci Data* 9, 251, doi:10.1038/s41597-022-01307-4
- Schierhorn, F., Müller, D., Hoffmann, M. (2018): Der Klimawandel gefährdet den boomenden Getreidesektor in der Ukraine, *Ukraine-Analysen* Nr. 210 vom 13.12.2018, S. 2–6
- Schierhorn, F.; Hofmann, M.; Müller, D (2021): Wie beeinflussen Wetterextreme und Klimatrends die Weizen-erträge in der Ukraine? *IAMO Jahresszahl* 23: S. 29–38
- SSSU (2022): Statistisches Jahressbuch »Pflanzenanbau in der Ukraine«, Staatlicher Statistischer Dienst der Ukraine, Statistische Veröffentlichung, Kyiv, pp. 183

26. September – 08. Januar 2023

26.09.2022	US-Außenminister Antony Blinken sagt gegenüber dem Nachrichtensender CBS News, die USA hätten Russland deutlich gemacht, dass die Konsequenzen eines russischen Einsatzes von Atomwaffen schrecklich wären. Blinken teilt nicht mit, wie die USA reagieren würden, sagt aber, die Regierung habe einen Plan.
26.09.2022	Das Einsatzkommando »Süd« der ukrainischen Streitkräfte meldet russischen Beschuss militärischer Ziele in der Region Odesa, bei dem Munition explodiert und ein Großbrand ausgelöst worden ist.
26.09.2022	Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geht davon aus, dass sich das weltweite Wirtschaftswachstum bis 2023 auf 2,2 Prozent verlangsamen wird. Das sind 2,8 Billionen US-Dollar weniger als vor der umfassenden russischen Invasion in die Ukraine von der OECD prognostiziert wurde.
27.09.2022	Nachdem der Pipeline-Betreiber am Vortag einen Druckabfall gemeldet hatte, entdecken dänische Behörden Lecks an drei Röhren der Gaspipelines Nord Stream 1 und 2. Das schwedische Nationale Seismische Netzwerk teilt mit, es habe zuvor zwei Explosionen registriert, die laut den dänischen und polnischen Ministerpräsidenten auf mögliche Sabotage hindeuten. Durch Nord Stream 1 hatte Russland bis zum 31. August 2022 Erdgas nach Deutschland geliefert, während Nord Stream 2 wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine nicht in Betrieb genommen worden war.
27.09.2022	Die ukrainischen Streitkräfte befreien Kupjansk-Wuslowyj in der Oblast Charkiw, wie der Gouverneur Oleh Synjehubow mitteilt. Der Ort ist ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt am linken Ufer des Flusses Oskil. Nach Angaben von Synjehubow sind noch 6 Prozent der Charkiwer Oblast unter russischer Kontrolle.
27.09.2022	Die von Russland eingesetzten Besatzungsverwaltungen geben die Ergebnisse der Scheinreferenden bekannt, die vom 23.–27. September 2022 in den besetzten Gebieten der Oblaste Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja durchgeführt worden sind. Die staatlich kontrollierte russische Nachrichtenagentur RIA behauptet unter Berufung auf die Besatzungsverwaltungen, dass im Gebiet Donezk 99 Prozent, im Gebiet Luhansk 98 Prozent, im Gebiet Cherson 87 Prozent und im Gebiet Saporischschja 93 Prozent für den Anschluss an Russland gestimmt hätten. Die örtliche Bevölkerung war teils unter Androhung von Waffengewalt zur Stimmabgabe gezwungen worden.
27.09.2022	US-Außenminister Antony Blinken sagt laut dem Nachrichtensender CNN, die Ukraine könne von den USA gelieferte Waffen einsetzen, um durch Russland besetztes Territorium zurückzuerobern. Darunter sind auch die Gebiete, in denen gerade die Scheinreferenden für den illegalen Anschluss an Russland abgehalten worden sind.
28.09.2022	Wie erwartet worden war rufen die Leiter der russischen Besatzungsverwaltungen im Gebiet Luhansk, Leonid Passetschnik, und Cherson, Wladimir Saldo, den russischen Präsidenten Wladimir Putin auf, ein Dekret über den Anschluss der Gebiete an Russland zu erlassen. Das berichtet die staatlich kontrollierte russische Nachrichtenagentur RIA, nachdem am Vortag die Ergebnisse der Scheinreferenden in mehreren von Russland besetzten Gebieten bekannt gegeben worden waren.
28.09.2022	Das US-Verteidigungsministerium kündigt ein neues Militärhilfepaket für die Ukraine im Wert von 1,1 Milliarden US-Dollar an, das unter anderem 18 weitere HIMARS-Mehrfachraketenwerfer, die dazugehörige Munition und Systeme zur Abwehr von Drohnenangriffen beinhaltet.
28.09.2022	Nach Angaben des britischen Geheimdienstes rücken die ukrainischen Streitkräfte auf mindestens zwei Achsen jenseits der Flüsse Oskil und Siwerskyj Donez nach Osten vor, wo die sich die russischen Truppen angesichts der erfolgreichen ukrainischen Gegenoffensive Anfang September um eine Festigung der Verteidigungslinien bemüht hatten. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs veröffentlicht das britische Verteidigungsministerium regelmäßig Analysen zum Kriegsverlauf.
28.09.2022	Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet ein Gesetz, das die Verbrauchsteuer auf Kraftstoffe mit Ausnahme von Kraftstoff für den Bedarf des Militärs wiedereinführt.
29.09.2022	Ein Vertreter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte, Oleksij Hromow, teilt mit, dass in Russland seit der Ankündigung der Teilmobilmachung am 21. September schon etwa 100.000 Menschen einberufen worden sind. Er gehe außerdem davon aus, dass die angekündigte Zahl von 300.000 Menschen nicht endgültig ist.
29.09.2022	Im Rahmen eines weiteren Gefangenenaustauschs kehren vier Marinesoldaten und zwei Zivilisten aus russischer Gefangenschaft in die Ukraine zurück, wie der Leiter des Präsidentenbüros, Andrij Jermak, mitteilt. In diesem Monat konnten insgesamt 235 Personen aus russischer Gefangenschaft zurückkehren.

29.09.2022	Sowohl der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell als auch der Generalsekretär der NATO Jens Stoltenberg erklären, dass sie Sabotage als Ursache für die Lecks an den Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 für wahrscheinlich halten. Kremlsprecher Dmitri Peskow spricht unterdessen von »Terrorakten«. Seit dem 26. September 2022 sind vier Lecks entdeckt worden, Berichten der CNN zufolge hatten sich Boote der russischen Marine in der Nähe aufgehalten.
30.09.2022	In einer im russischen Staatsfernsehen übertragenen Rede kündigt der russische Präsident Wladimir Putin die Annexion der ukrainischen Oblaste Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja an und unterzeichnet danach die entsprechenden Dekrete. Die Oblaste sind teilweise von Russland besetzt, vom 23.–27. September 2022 waren dort Scheinreferenden für den Anschluss an Russland durchgeführt worden.
30.09.2022	Russland legt im UN-Sicherheitsrat sein Veto gegen eine Resolution ein, mit der die russische Annexion ukrainischer Gebiete als Völkerrechtsbruch verurteilt werden soll. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte zuvor vier ukrainische Oblaste zu russischem Staatsgebiet erklärt.
30.09.2022	Bei einem Raketenangriff auf Zivilist:innen in der Oblast Saporischschja werden nach Angaben der ukrainischen Polizei mindestens 30 Menschen getötet und 88 weitere verletzt. Der Gouverneur der Oblast Saporischschja Oleksandr Staruch teilt mit, russische Truppen hätten außerdem eine Kolonne ziviler Autos auf dem Weg in von Russland besetztes Gebiet beschossen. Bei einem Angriff auf Dnipro werden drei Personen getötet und fünf weitere verletzt.
30.09.2022	Laut einem Sprecher der ukrainischen Streitkräfte rücken die ukrainischen Truppen weiter auf die strategisch wichtige Stadt Lyman in der Oblast Donezk vor und kesseln dort die russischen Truppen ein. Der US-Think Tank »Institute for the Study of War« (ISW) hatte am 28. September 2022 mit Verweis auf pro-russische Militärblogger berichtet, dass den russischen Truppen bei Lyman die Einkesselung bevorsteht.
30.09.2022	Der US-Kongress stimmt dafür, die Ukraine über den 16. Dezember 2022 hinaus mit 12,4 Milliarden US-Dollar an militärischen und ökonomischen Hilfen zu unterstützen.
30.09.2022	In einer Videobotschaft verkündet der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, dass die Ukraine den Antrag auf einen beschleunigten Beitritt zur NATO eingereicht hat.
01.10.2022	Die ukrainischen Streitkräfte erobern die strategisch wichtige Stadt Lyman in der Oblast Donezk zurück, wie Präsident Wolodymyr Selenskyj in seiner täglichen Videoansprache verkündet. Das russische Verteidigungsministerium hatte zuvor den Rückzug seiner Truppen aus der Stadt angekündigt, wo ihnen die Einkesselung durch die ukrainischen Truppen bevorstand.
01.10.2022	Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht reist zum ersten Mal seit Beginn des russischen Angriffskriegs am 24. Februar 2022 in die Ukraine. In Odesa trifft sie ihren ukrainischen Amtskollegen Oleksij Resnikow und sagt zu, dass die erste Einheit des versprochenen Luftabwehrsystems IRIS-T SLM innerhalb weniger Tage geliefert werde.
01.10.2022	In den sozialen Netzwerken werden von dem wichtigen russischen Militärflugplatz Belbek auf der annektierten Halbinsel Krim Explosionen gemeldet. Laut dem von Russland eingesetzten Gouverneur von Sewastopol Michail Raswoschajew sei dort ein Flugzeug von der Landebahn abgekommen und habe Feuer gefangen.
01.10.2022	Nach Angaben des Gouverneurs der Oblast Charkiw schießen russische Truppen in der Nähe von Kupjansk auf einen zivilen Konvoi und töten mindestens 24 Menschen. Erst am Vortag waren bei Beschuss eines Autokonvois bei Saporischschja 30 Zivilist:innen getötet worden.
01.10.2022	Das ukrainische staatliche Atomenergieunternehmen Enerhoatom teilt mit, der Leiter des besetzten Atomkraftwerks Saporischschja, Ihor Muraschow, sei am 30. September 2022 von russischen Truppen entführt worden.
02.10.2022	Die Staats- und Regierungschef:innen der neun NATO-Mitgliedsstaaten Tschechien, Estland, Lettland, Litauen, Nordmazedonien, Montenegro, Polen, Rumänien und die Slowakei sprechen sich für einen Beitritt der Ukraine zu dem Bündnis aus. Laut dem Nationalen Sicherheitsberater der USA Jake Sullivan solle das Beitrittsverfahren allerdings zu einer anderen Zeit wieder aufgenommen werden. Die Ukraine hatte am 30. September 2022 den beschleunigten Beitritt zur NATO beantragt.
02.10.2022	Papst Franziskus fordert eine sofortige Waffenruhe in der Ukraine und appelliert an den russischen Präsidenten Wladimir Putin die »Spirale der Gewalt und des Todes« zu beenden.
02.10.2022	Dem US-Think Tank »Institute for the Study of War« (ISW) zufolge ist der Rückzug russischer Truppen aus der strategisch wichtigen Stadt Lyman in der Oblast Donezk auf eine Entscheidung des Präsidenten Wladimir Putin zurückzuführen. Er deutet darauf hin, dass Putin mehr daran liegt, die Besatzungsregime in den süd-ukrainischen Oblasten Cherson und Saporischschja aufrechtzuerhalten.

03.10.2022	Der Leiter des besetzten Atomkraftwerks Saporischschja Ihor Muraschow ist wieder freigelassen worden, wie der Leiter der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) Rafael Grossi auf Twitter mitteilt. Muraschow war am 30. September 2022 von russischen Truppen entführt worden.
03.10.2022	Im Zuge ihrer Gegenoffensive erobern die ukrainischen Streitkräfte die Orte Archanhelske und Myrołjubiwka in der südukrainischen Oblast Cherson zurück, wie der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in einer Videoansprache verkündet. Auch in der ostukrainischen Oblast Charkiw rücken die Streitkräfte nach ihrem Erfolg bei Lyman weiter vor und befreien den Ort Borowa östlich des Flusses Oskil.
03.10.2022	Laut dem Pressesprecher des russischen Präsidenten Dimitri Peskow halten die russischen Behörden »Konsultationen mit der lokalen Bevölkerung« ab, um die Grenzen der annektierten Oblaste Cherson und Saporischschja festzulegen.
04.10.2022	Die US-Regierung kündigt ein weiteres Militärlieferpaket für die Ukraine im Wert von 625 Millionen US-Dollar an, das unter anderem vier HIMARS-Mehrfachraketenwerfer, die dazugehörige Munition, 155 mm-Haubitzen und gepanzerte Fahrzeuge enthält.
04.10.2022	Beide Häuser des russischen Parlaments sowie das russische Verfassungsgericht stimmen der völkerrechtswidrigen Annexion der ukrainischen Oblaste Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja zu, die am 30. September 2022 vom russischen Präsidenten Wladimir Putin verkündet worden war.
04.10.2022	Das Einsatzkommando »Süd« der ukrainischen Streitkräfte meldet die Befreiung weiterer 8 Ortschaften in der Region Cherson von russischer Besatzung.
04.10.2022	Der verspätete Beginn der jährlichen Einberufung von etwa 120.000 Wehrpflichtigen in Russland deutet dem britischen Geheimdienst zufolge darauf hin, dass der russische Staat zunehmend mit der Bereitstellung von Ausrüstung und Training einer großen Zahl an Rekruten überfordert ist.
05.10.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet das Gesetz zur völkerrechtswidrigen Annexion der ukrainischen Oblaste Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja, die zuvor von ihm verkündet und vom russischen Parlament gebilligt worden war. Aus russischer Sicht sind die vier ukrainischen Territorien nun offiziell Teil der Russischen Föderation. Die Ukraine erkennt die Entscheidung ebenso wie die internationale Staatengemeinschaft nicht an.
05.10.2022	In seiner täglichen Videoansprache verkündet der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj die Rückeroberung weiterer Ortschaften in der Oblast Cherson. Auch aus anderen Oblasten werden Geländegewinne gemeldet. Die zurückeroberten Gebiete gehören teilweise zu den Oblasten, deren Annexion der russische Präsident Wladimir Putin gerade unterzeichnet hat.
05.10.2022	Der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs der Ukraine Wsewolod Knjasjew entlässt den stellvertretenden Vorsitzenden Bohdan Lwiw, nachdem der ukrainische Sicherheitsdienst bestätigt hatte, dass Lwiw einen russischen Pass besitzt.
06.10.2022	Bei einem erneuten Besuch in Kyjiw sagt der Leiter der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) Rafael Grossi, ein Atomunfall im Kernkraftwerk Saporischschja sei immer noch eine sehr klare Möglichkeit. Er kündigt an, dass die IAEA-Mission vor Ort von zwei auf vier Personen aufgestockt werde.
06.10.2022	Zwei Tage nach seinem überraschenden Rücktritt »aus gesundheitlichen Gründen« bestätigt die Werchowna Rada offiziell die Entlassung des ehemaligen Chefs der ukrainischen Nationalbank, Kyrylo Schewtschenko. Daraufhin leiten das Nationale Antikorruptionsbüro (NABU) und die Spezialisierte Antikorruptionsstaatsanwaltschaft (SAP) ein Verfahren wegen Unterschlagung gegen ihn ein.
06.10.2022	Bei mehreren Raketeneinschlägen in Saporischschja werden dem Gouverneur der gleichnamigen Region Oleksandr Staruch zufolge mindestens drei Menschen getötet und zwölf weitere verletzt.
06.10.2022	Nach den Scheinreferenden für den Anschluss an Russland in den besetzten ukrainischen Gebieten beschließen die EU-Mitgliedsstaaten ein neues Sanktionspaket. Es umfasst Einfuhrverbote im Wert von 7 Milliarden Euro und legt die Grundlage für die Einführung eines Ölpreisdeckels für russisches Öl, heißt es in der Erklärung der Europäischen Kommission.
06.10.2022	Laut dem Leiter des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats Oleksij Danylow ist die Zahl der russischen Bürger, die Russland innerhalb der letzten zehn Tage verlassen haben, doppelt so hoch wie die Zahl der Bürger, die einberufen worden sind. Die Anordnung einer Teilmobilmachung am 21. September 2022 hat zu einer massenhaften Flucht russischer Wehrpflichtiger ins Ausland geführt.
06.10.2022	Die Sprecherin des Einsatzkommandos »Süd« der ukrainischen Streitkräfte Natalija Humenjuk berichtet, in der Region Cherson seien seit Anfang Oktober 2022 mehr als 400 Quadratkilometer zurückerobert worden. Die Ukraine meldet seit Tagen Geländegewinne in den von Russland annektierten Gebieten in der Süd- und Ostukraine.

07.10.2022	In der von ukrainischen Truppen zurückeroberten Stadt Lyman in der Oblast Donezk wird nach Angaben des Gouverneurs Pawlo Kyrylenko eine Grabstätte mit mehr als 200 Gräbern sowie ein Massengrab gefunden. Am 2. September 2022 hatte Präsident Wolodymyr Selenskyj die Rückeroberung des Ortes verkündet.
07.10.2022	Der Friedensnobelpreis des Jahres 2022 wird an den inhaftierten Aktivisten Ales Bjalzki aus Belarus, die russische Menschenrechtsorganisation Memorial und die ukrainische Menschenrechtsorganisation »Zentrum für bürgerliche Freiheiten« vergeben, wie das Komitee in Oslo mitteilt.
07.10.2022	Die Werchowna Rada ernennt den ehemaligen Leiter der Oschadbank, Andrij Pyschnyj, zum neuen Leiter der ukrainischen Nationalbank. Der bisherige Leiter Kyrylo Schewtschenko war am 4. Oktober 2022 »aus gesundheitlichen Gründen« zurückgetreten.
08.10.2022	Auf der Krim-Brücke, die seit 2018 das russische Festland mit der annektierten Krim verbindet, ereignet sich eine Explosion, bei der ein Zug in Brand gerät und Fahrbahnteile der Auto- und Eisenbahnbrücke ins Wasser stürzen. Die Brücke hat für Russland einen hohen Symbolwert und ist zudem eine wichtige Versorgungsroute für die von Russland besetzten Gebiete der Krim und der Südukraine. Die Reparaturarbeiten sollen Monaten dauern, ein Verkehr über die Brücke ist nur eingeschränkt möglich.
08.10.2022	Im Gebiet Cherson ordnet die russische Besatzungsverwaltung die Evakuierung von kleinen Kindern, deren Eltern und älteren Menschen an. Ukrainische Streitkräfte sind bei einer Gegenoffensive in der Region derzeit auf dem Vormarsch.
08.10.2022	Der Befehlshaber der russischen Luftwaffe, General Sergej Surowikin, ist zum Kommandeur aller in der Ukraine kämpfenden russischen Truppen ernannt worden, wie das russische Verteidigungsministerium mitteilt.
09.10.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin macht den ukrainischen Geheimdienst (SBU) für die Explosion auf der Krim-Brücke verantwortlich. Dies sei »ein Terrorakt, der auf die Zerstörung kritischer ziviler Infrastruktur der Russischen Föderation ausgerichtet war«, zitiert die staatliche russische Nachrichtenagentur TASS den Präsidenten. Die Krim-Brücke war am Vortag schwer beschädigt worden, nachdem dort russischen Angaben zufolge eine LKW-Bombe explodiert war.
09.10.2022	Das Atomkraftwerk Saporischschja wird der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zufolge wieder an das Stromnetz angeschlossen, nachdem die Stromleitung durch Beschuss ausgefallen war und das Atomkraftwerk drei Tage über Notfall-Dieselegeneratoren versorgt worden war.
09.10.2022	Bei einem Raketenangriff auf die Stadt Saporischschja werden mindestens 12 Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt. Zuvor hatte der ukrainische staatliche Norddienst mitgeteilt, dass die Zahl der Todesopfer des russischen Raketenangriffs auf die Stadt vom 6. Oktober 2022 auf mindestens 17 gestiegen ist.
10.10.2022	Nach dem größten Raketenangriff auf die Ukraine seit Beginn des russischen Angriffskriegs am 24. Februar 2022 gibt es in fast allen Landesteilen Luftalarm. Explosionen werden unter anderem aus der Hauptstadt Kyjiw, Charkiw, Krywyj Rih, Dnipro, Krementschuk sowie den westukrainischen Großstädten Lwiw, Ternopil, Chmelnyzkyj und Schytomyr gemeldet. Nach Angaben des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte wurden insgesamt 84 Marschflugkörper und 24 Kamikaze-Drohnen auf die Ukraine abgefeuert, von denen 43 bzw. 13 abgeschossen werden konnten. Bei dem Angriff werden nach Angaben des Innenministeriums mindestens 14 Menschen getötet und weitere 97 verletzt.
10.10.2022	Nach dem russischen Raketengroßangriff auf die Ukraine, bei dem laut Premierminister Denys Schmyhal in 11 Regionen sowie der Hauptstadt Kyjiw kritische Energieinfrastruktur getroffen wird, kommt es im ganzen Land zu Stromausfällen. Die Bevölkerung wird aufgerufen, den Stromverbrauch zu reduzieren und die ukrainischen Stromexporte werden vorübergehend gestoppt, um die Stabilität des Stromnetzes aufrecht zu erhalten. Am Morgen waren aus zahlreichen ukrainischen Großstädten Explosionen gemeldet worden.
10.10.2022	In Reaktion auf den massiven Raketenangriff auf die Ukraine sagt Präsident Wolodymyr Selenskyj in einer Videobotschaft, die Angriffe hätten absichtlich zur Hauptverkehrszeit stattgefunden und die Zivilbevölkerung und die Energieversorgung zum Ziel gehabt. Der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg verurteilt die Angriffe in einer Twitter-Nachricht. Ähnliche Reaktionen kommen aus den Hauptstädten der westeuropäischen Staaten und den USA.
10.10.2022	Die EU-Kommission hat den besonderen Schutz für ukrainische Geflüchtete um ein Jahr bis März 2024 verlängert, wie die Kommissarin Ylva Johansson mitteilt. Der Status, den die Mitgliedstaaten kurz nach der russischen Invasion in der Ukraine erstmals aktiviert haben, kann für bis zu drei Jahre vergeben werden und gewährt Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Sozialleistungen und zum Arbeitsmarkt.
10.10.2022	Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko kündigt laut Berichten der staatlichen Nachrichtenagentur BelTA an, eine gemeinsame regionale Militäreinheit der Streitkräfte seines Landes mit der russischen Armee zu bilden und Tausende russischer Soldaten in Belarus zu stationieren.

11.10.2022	Der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Rafael Grossi, fordert bei einem Treffen mit Russlands Präsidenten Wladimir Putin eine Schutzzone um das ukrainische Atomkraftwerk Saporischschja. Putin warnt bei dem Treffen offenbar vor einer übermäßigen Politisierung nuklearer Angelegenheiten.
11.10.2022	Im Rahmen eines Gefangenen austauschs kehren nach Angaben des Leiters des Präsidentenbüros, Andrij Jermak, 32 Militärangehörige aus russischer Kriegsgefangenschaft in die Ukraine zurück. Außerdem sei der Leichnam des israelischen Staatsbürgers und Soldaten Dmytro Fialka überstellt worden.
11.10.2022	Nach einer Videokonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj verurteilen die Staats- und Regierungschefs der G7 den gestrigen russischen Raketenangriff auf die ukrainische Zivilbevölkerung und Energieinfrastruktur. Sie werden den russischen Präsidenten Wladimir Putin zur Rechenschaft ziehen, heißt es in ihrer gemeinsamen Erklärung.
11.10.2022	Einem Bericht des »Spiegel« zufolge erhalten die ukrainischen Streitkräfte das erste IRIS-T-Luftabwehrsystem aus Deutschland. Bei ihrem Besuch in der Ukraine am 1. Oktober 2022 hatte Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht die Lieferung angekündigt. Laut dem ukrainischen Verteidigungsminister Oleksij Resnikow kommen außerdem vier weitere HIMARS-Mehrfachraketenwerfer aus den USA in der Ukraine an.
11.10.2022	Das ukrainische staatliche Atomenergieunternehmen Enerhoatom teilt mit, der stellvertretende Leiter des besetzten Atomkraftwerks Saporischschja, Walerij Martynjuk sei von russischen Truppen entführt worden und werde an einem unbekanntem Ort festgehalten. Erst am 1. Oktober 2022 war der Leiter des Atomkraftwerks Ihor Muraschow entführt und nach Verhören wieder freigelassen worden.
12.10.2022	Die UN-Vollversammlung stimmt mit überwältigender Mehrheit für eine Resolution, in der die völkerrechtswidrige Annexion von vier ukrainischen Oblasten verurteilt wird und Russland dazu aufgefordert wird, diese zurückzunehmen. Die Resolution erhält mit 143 Stimmen dafür bei 5 Gegenstimmen und 35 Enthaltungen noch breitere Unterstützung für die Ukraine als die vorangegangenen drei Resolutionen, die seit Beginn des russischen Angriffskriegs beschlossen wurden.
12.10.2022	Bei einem russischen Angriff auf einen Markt in der ostukrainischen Stadt Awdjiwka werden nach Angaben des Gouverneurs der Oblast Donezk mindestens sieben Menschen getötet und acht verletzt.
13.10.2022	Im Rahmen eines weiteren Gefangenen austauschs können nach Angaben des Leiters des Präsidentenbüros, Andrij Jermak, 20 Soldaten aus russischer Kriegsgefangenschaft in die Ukraine zurückkehren.
13.10.2022	Die Ukraine erhält nach Angaben des Premierministers Denys Schmyhal vom Internationalen Währungsfonds (IWF) einen Kredit zur Notfinanzierung in Höhe von 1,3 Milliarden US-Dollar. Das Geld werde zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit, Zahlung von Renten und Sozialprogrammen sowie zur Unterstützung der Wirtschaft verwendet. Im März 2022 hatte der IWF der Ukraine bereits eine Notfinanzierung in Höhe von 1,4 Milliarden US-Dollar gewährt.
14.10.2022	Der belarussische Außenminister Wladimir Makej erklärt in einem Interview mit der Zeitung »Iswestija«, dass Belarus angesichts einer angeblichen Bedrohung aus den Nachbarstaaten die Streitkräfte im Rahmen eines »Antiterror-Einsatzes« in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt hat. Zuvor hatte Präsident Alexander Lukaschenko angekündigt, eine gemeinsame regionale Militäreinheit mit der russischen Armee zu bilden. Berichten belarussischer Medien zufolge hat Lukaschenko mit einer verdeckten Mobilmachung begonnen.
14.10.2022	Elon Musk informiert das US-Verteidigungsministerium, sein Unternehmen SpaceX sei nicht bereit, für die weitere Finanzierung des Satellitensystems »Starlink« in der Ukraine aufzukommen. Der Internetzugang über Starlink war kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine aktiviert worden und wird auch vom ukrainischen Militär genutzt.
15.10.2022	Elon Musk sagt, dass sein Unternehmen SpaceX das Satellitensystem Starlink in der Ukraine doch auch in Zukunft finanzieren werde. Die Ankündigung kommt einen Tag nachdem er per Twitter die Weiterfinanzierung in Frage gestellt hatte, was für große Kritik sorgte.
15.10.2022	Nach erneuten russischen Raketenangriffen in mehreren Regionen der Ukraine berichtet der staatliche Energiekonzern Ukrenerho von schweren Schäden an Energieinfrastruktur im Raum Kyjiw und ruft die Bevölkerung zum Stromsparen auf.
15.10.2022	Das belarussische Verteidigungsministerium bestätigt die Ankunft erster russischer Soldaten in Belarus, nachdem Präsident Alexander Lukaschenko am 10. Oktober 2022 die Bildung einer gemeinsamen Militäreinheit aus belarussischen und russischen Streitkräften angekündigt hatte.
15.10.2022	US-Präsident Joe Biden kündigt ein weiteres Militärhilfepaket für die Ukraine im Wert von 725 Millionen US-Dollar an, das unter anderem zusätzliche Munition für die HIMARS-Mehrfachraketenwerfer, andere Munition und Fahrzeuge enthält.

16.10.2022	Der ukrainische Militärgeheimdienst (HUR) setzt 100.000 US-Dollar Kopfgeld aus für die Ergreifung des russischen ehemaligen FSB-Agenten Igor Girkin, der auch unter dem Decknamen Strelkow bekannt ist. Er hatte 2014 den pro-russischen Aufstand im Donbas angeführt und wird beschuldigt, am Abschuss des Passagierflugzeugs MH17 der Malaysia Airlines beteiligt gewesen zu sein.
16.10.2022	In seiner täglichen Videoansprache sagt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, dass derzeit heftige Kämpfe in den Städten Bachmut und Soledar im Gebiet Donezk stattfinden.
17.10.2022	Im Rahmen eines Gefangenenaustauschs kehren 108 Ukrainer:innen aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück, wie der Leiter des Präsidentenbüros, Andrij Jermak mitteilt. Bei den Frauen handelt es sich überwiegend um Militärangehörige.
17.10.2022	Bei einem russischen Angriff mit Kamikaze-Drohnen werden in der Hauptstadt Kyjiw Wohnhäuser getroffen und vier Menschen getötet, wie der Bürgermeister Witalij Klytschko mitteilt. In Sumy werden laut dem Gouverneur Dmytro Schywyzkji bei Einschlägen mindestens drei Menschen getötet und weitere verletzt. Aus den Gebieten Dnipropetrowsk und Odesa werden ebenfalls Angriffe gemeldet. Bei den Drohnen handelt es sich mutmaßlich um solche des Typs Shahed-136 aus iranischer Produktion.
17.10.2022	Der Rat der Außenminister:innen der EU beschließt eine militärische Ausbildungsmission »EU Military Assistance Mission« (EUMAM) für die Ukraine, wie aus einer Erklärung des Rates hervorgeht. Sie ist die bisher größte Ausbildungsmission der EU für ein Drittland und hat zum Ziel, zur Verbesserung der Fähigkeiten der ukrainischen Streitkräfte beizutragen. Bis zu 5.000 ukrainische Soldat:innen sollen in Deutschland ausgebildet werden.
17.10.2022	Die iranische Regierung bestreitet erneut die Lieferung von Kamikaze-Drohnen an Russland, wie aus einer Erklärung des iranischen Außenministers hervorgeht. Russland hatte laut dem ukrainischen Innenminister Denys Monastyrskyj die Ukraine am heutigen Tag mit etwa 40 Drohnen angegriffen, die mutmaßlich aus iranischer Produktion stammen.
18.10.2022	Das ukrainische staatliche Atomenergieunternehmen Enerhoatom teilt mit, das zwei weitere ranghohe Mitarbeiter des besetzten Atomkraftwerks Saporischschja von russischen Truppen entführt worden seien und an einem unbekanntem Ort festgehalten werden. Während der bereits zuvor entführte Leiter des Werks Ihor Muraschow wieder freigelassen wurde, wird sein ebenfalls entführter Stellvertreter Walerij Martynjuk weiterhin festgehalten.
18.10.2022	Der neue Befehlshaber der russischen Armee in der Ukraine, Sergej Surowikin, erwartet einen ukrainischen Gegenangriff auf Cherson und schließt im weiteren Vorgehen »schwierige Entscheidungen« nicht aus. Der Leiter der russischen Besatzungsverwaltung in Cherson, Wladimir Saldo, ordnet die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus einigen Regionen am rechten Ufer des Dnipro an. Die ukrainischen Streitkräfte rücken seit einigen Wochen immer weiter auf die südukrainische Stadt Cherson vor.
18.10.2022	Deutschland übergibt der Ukraine weitere fünf Bergepanzer, sieben Brückenlegesysteme sowie Winteruniformen und Ausrüstung, wie aus der aktualisierten Liste der militärischen Unterstützung der Bundesregierung hervorgeht.
18.10.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erklärt auf Twitter, seit dem 10. Oktober seien durch russischen Beschuss rund 30 Prozent der ukrainischen Elektrizitätswerke zerstört worden, was zu massiven Stromausfällen im ganzen Land geführt hätte. Russland hatte am Morgen seine Angriffe auf ukrainische Energieinfrastruktur fortgesetzt. In Kyjiw wurden laut Bürgermeister Witalij Klytschko bei einer Explosion drei Mitarbeiter:innen getötet.
18.10.2022	Laut Premierminister Denys Schmyhal erhält die Ukraine die erste Tranche von 2 Milliarden Euro einer am 20. September 2022 vom Rat der EU beschlossenen Makrofinanzhilfe von insgesamt 5 Milliarden Euro. Dies stelle die zweite Phase eines Hilfspakets der EU in Höhe von 9 Milliarden Euro für die Ukraine dar, heißt es in der Pressemitteilung des Rates vom September.
18.10.2022	Laut dem Leiter des ukrainischen Militärgeheimdienstes (HUR), Kyrjlo Budanow, befindet sich der frühere russische FSB-Agent und Anführer des pro-russischen Aufstandes im Jahr 2014 im Donbas Igor Girkin, genannt Strelkow, auf dem besetzten Gebiet der Ukraine. Auf seine Ergreifung hatte der HUR zwei Tage zuvor 100.000 US-Dollar Kopfgeld ausgesetzt.
18.10.2022	Der Bauunternehmer und ehemalige Abgeordnete Maksym Mykytas wird bei dem Versuch, den Bürgermeister von Dnipro Borys Filatow mit mehreren Millionen US-Dollar zu bestechen, festgenommen, teilt das Nationale Antikorruptionsbüros (NABU) mit.
19.10.2022	Ein russischer Raketenangriff auf das Wärmekraftwerk Burschtyn in der Region Iwano-Frankiwsk führt zum Ausbruch eines Feuers. Verletzte werden nicht gemeldet.

19.10.2022	Da russische Streitkräfte bei verstärktem Beschuss in der Nacht erneut die Energieinfrastruktur der Ukraine getroffen haben, fordert das Präsidentsamt die Ukrainer:innen in allen Regionen auf, so wenig Strom wie möglich zu verbrauchen, um Stromausfälle zu vermeiden.
19.10.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erteilt den Auftrag, mobile Stromversorgungsstellen für kritische Infrastrukturen zu schaffen, da die Behörden die vollständige Abschaltung des ukrainischen Energiesystems nicht ausschließen. Es sollen beispielsweise mobile Versorgungsstellen in Gebäuden von Krankenhäusern, Entbindungskliniken, Regierungsbehörden und kritischen Unternehmen installiert werden.
19.10.2022	Das ukrainische Volk erhält den Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2022. Die Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola erklärt, dieser Preis sei für die Ukrainer:innen, die in ihrem Land kämpfen, für diejenigen, die gezwungen waren zu fliehen, für diejenigen, die Angehörige und Freunde verloren haben und für alle, die aufstehen und für das kämpfen würden, woran sie glaubten. Die Vergabe des Sacharow-Preises, auch EU-Menschenrechtspreis genannt, findet am 14. Dezember in Straßburg statt.
19.10.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin kündigt in einem Dekret an, das Kriegsrecht in den von Russland annektierten ukrainischen Regionen Cherson, Saporischschja, Donezk und Luhansk einzuführen. Dem Dekret zufolge werden in den Gebieten die öffentliche Ordnung verschärft, Bewohner:innen vorübergehend in sichere Gebiete umgesiedelt, eine besondere Ein- und Ausreiseregelung eingeführt, die Bewegungsfreiheit und der Verkehr eingeschränkt.
19.10.2022	Für ukrainische Geflüchtete, die sich seit langem in Polen aufhalten, wird die finanzielle Unterstützung schrittweise eingeschränkt. Personen, die seit dem 1. Januar länger als 120 Tage in Notunterkünften untergebracht sind, müssen 50 Prozent der Unterkunftskosten von nun an selbst tragen.
20.10.2022	Die Einwohner:innen von Kyjiw beginnen, die Stromversorgung abzuschalten, um eine Überlastung des Energiesystems zu vermeiden. In der Hauptstadt werden Busse anstelle einiger Trolleybusse eingesetzt. Die Abschaltung soll nicht länger als 4 Stunden dauern, kann aber nach 8 Stunden wiederholt werden.
20.10.2022	Der ukrainische Stromnetzbetreiber Ukrenerho teilt mit, dass es am 21. Oktober in der gesamten Ukraine zu vorübergehenden Einschränkungen der Stromlieferungen kommen werde.
20.10.2022	Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte erklärt, dass die Gefahr einer erneuten Offensive der russischen Armee gegen die Ukraine aus Belarus wachse.
20.10.2022	Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte teilt mit, dass Russland in den vergangenen zehn Tagen 154 Raketen auf die Ukraine abgefeuert hat. Das ist fast siebenmal mehr als in den ersten zehn Tagen des Monats. 64 Prozent der Raketen wurden von der ukrainischen Luftabwehr abgeschossen. Das ukrainische Energieministerium erklärt, dass Russland seit dem 10. Oktober etwa 300 Angriffe auf das ukrainische Energiesystem mit verschiedenen Waffen durchgeführt habe.
20.10.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erlässt Dekrete zur Einführung des Beschlusses des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates über Sanktionen gegen russische Oligarchen, Unternehmen, Mitarbeiter:innen und Künstler:innen. Laut Nationalem Sicherheits- und Verteidigungsrat betreffen die Sanktionen insgesamt mehr als 3.600 juristische und natürliche Personen, darunter 256 Oligarchen.
20.10.2022	Die Nationalbank der Ukraine gibt Prognosen für das kommende Jahr heraus. Sie geht davon aus, dass das ukrainische BIP im Jahr 2022 um etwa 32 Prozent schrumpfen und von 2023 bis 2024 jährlich um 4–5 Prozent wachsen werde.
20.10.2022	Amnesty International erklärt, dass die russischen Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur »Kriegsverbrechen« gleichkämen.
21.10.2022	In der Ost- und Südukraine finden weiterhin aktive Kampfhandlungen statt. Erfolge vermeldet das ukrainische Militär in der Region Cherson. Dort seien bereits insgesamt 88 Siedlungen durch ukrainisches Militär von russischen Besatzungstruppen befreit worden.
21.10.2022	Die Staats- und Regierungschef:innen der EU-Staaten geben ihre Zustimmung für einen Plan zur finanziellen Unterstützung der Ukraine. Dieser Plan sieht bis zum Jahr 2023 monatlich 1,5 Milliarden Euro für die Ukraine vor. Der Gesamtbetrag der Hilfe beläuft sich auf 18 Mrd. Euro. Die Finanzminister:innen der EU-Staaten werden damit beauftragt, einen geeigneten Mechanismus zur Beschaffung der Mittel zu entwickeln.
21.10.2022	Die Situation im Zusammenhang mit der »Getreide-Initiative« ist zunehmend angespannt. Weit mehr als 100 Schiffe warten darauf, die ukrainischen vertraglichen Verpflichtungen zur Lieferung von Agrarerzeugnissen zu erfüllen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erklärt, dass die Ukraine während der Laufzeit des Getreideabkommens rund 3 Mio. Tonnen Lebensmittel zu wenig exportiert hat, weil Russland die Kontrollen verzögere. Dies entspricht dem Jahresverbrauch von 10 Millionen Menschen.

22.10.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet einen Gesetzentwurf über die freiwillige militärische Einberufung von Frauen. Frauen mit Berufen, die für die militärische Ausbildung relevant sind, können sich nun aus freien Stücken zum Wehrdienst melden. Gleichzeitig müssen sich weibliche Sanitäterinnen zum Wehrdienst melden.
22.10.2022	In Kyjiw und 4 Oblasten kommt es zu vorübergehenden Stromausfällen.
22.10.2022	Das Berufungsgericht des Obersten Gerichtshofs der Ukraine weist eine Berufung der Sozialistischen Partei der Ukraine, die damit ihrem Verbot entgehen wollte, zurück. Damit sind nun 12 pro-russische Parteien in der Ukraine vollständig verboten.
23.10.2022	Das ukrainische Militär versucht weiterhin, Gebiete in der Region Cherson zu befreien, während die russischen Truppen ihre Kräfte zunehmend am linken Ufer des Dnjepr konzentrieren.
23.10.2022	Die G7-Staaten geben eine Erklärung ab, in welcher sie die Entführung der Leitung und von Personal des Kernkraftwerks Saporischschja durch russische Besatzungstruppen verurteilen. Sie forderten Russland auf, der Ukraine die volle Kontrolle über das AKW zurückzugeben.
23.10.2022	Der ukrainische Stromnetzbetreiber Ukrenerho schränkt die Energieversorgung in der Hauptstadt Kyjiw sowie den Regionen Kyjiw, Tschernihiw, Tscherkassy und Schytomyr ein. Dies sei notwendig, um eine Überlastung des Netzes in diesen Regionen zu vermeiden. Im ganzen Land sind 70 Reparaturteams des Unternehmens mit der Instandsetzung der Infrastruktur nach den jüngsten Raketenangriffen beschäftigt.
23.10.2022	Das Niederländische Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass die Niederlande über die Europäische Friedensfazilität 500 Millionen Euro für militärische Ausrüstung zur Unterstützung der Ukraine bereitstellen werden.
24.10.2022	Der ukrainische Stromnetzbetreiber Ukrenerho schränkt am Morgen die Stromversorgung der Verbraucher in Kyjiw und sieben weiteren Oblasten der Ukraine ein.
24.10.2022	Die Streitkräfte der Ukraine melden die Befreiung von Siedlungen in der Region Luhansk und in der Region Donezk.
24.10.2022	Das Nationale Antikorruptionsbüro setzt den ehemaligen Präsidenten der ukrainischen Nationalbank, Kyrylo Schewtschenko, wegen des Verdachts auf Diebstahl von 200 Millionen Hrywnja der Ukrhasbank auf die Fahndungsliste.
24.10.2022	Das ukrainische Wirtschaftsministerium schätzt, dass die Arbeitslosigkeit in der Ukraine Ende 2022 bei 30 Prozent liegen wird.
24.10.2022	Eine vom Internationalen Institut für Soziologie in Kyjiw am 21. und 23. Oktober durchgeführte Umfrage ergibt, dass 86 Prozent der befragten Ukrainer:innen es für notwendig halten, den bewaffneten Kampf gegen die russische Truppen fortzusetzen, auch wenn der verheerende Beschuss der russischen Angriffe auf die ukrainische Infrastruktur anhält.
25.10.2022	Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier trifft in der Ukraine ein, um seine Unterstützung für das Land zum Ausdruck zu bringen. Es ist sein erster Besuch seit Ausbruch des Krieges. Medienberichten zufolge kündigt er neue Militärhilfen für die Ukraine an: zwei MARS-Mehrfachraketen und vier Haubitzen. Deutschland würde auch weiterhin Luftabwehrsysteme liefern.
25.10.2022	Arbeitslose können sich der ukrainischen »Wiederaufbauarmee« anschließen. Sie erhalten für die gemeinnützige Arbeit den Mindestlohn, der 6.700 Hrywnja beträgt (ca. 186 Euro). Die Regierung geht davon aus, dass die Arbeitslosenquote bis Ende des Jahres bei etwa 30 Prozent liegen wird. Daher hat das ukrainische Ministerkabinett einen Mechanismus vorgeschlagen, mit dem vorübergehend Arbeitslose für dringende Arbeiten in den Regionen einbezogen werden können.
25.10.2022	Die Weltbank stellt der Ukraine zusätzliche 500 Millionen US-Dollar zur Verfügung. Die Finanzierung wird durch Darlehensgarantien des Vereinigten Königreichs in derselben Höhe unterstützt. Die Mittel sollen zur »Unterstützung wesentlicher öffentlicher Dienstleistungen« verwendet werden, ohne dass diese näher bezeichnet sind.
25.10.2022	Die stellvertretende Regierungschefin der Ukraine, Iryna Wereschtschuk, fordert Ukrainer:innen, die gezwungen waren ins Ausland zu gehen, auf, wegen des russischen Beschusses kritischer Infrastrukturen über den Winter nicht in ihre Heimat zurückzukehren.
26.10.2022	In der Nacht beschießen russische Truppen die Region Saporischschja: Die Stadt Orechow und das nahe gelegene Dorf Preobraschenka gerieten unter Beschuss.
26.10.2022	Die Bundesrepublik Deutschland übergibt der Ukraine zwei MARS II-Mehrfachraketenwerfer und vier Panzerhaubitzen 2000.

26.10.2022	Die Ukraine richtet in den von den russischen Besatzern befreiten Gebieten sowie in anderen ukrainischen Städten Heizzentralen für Herbst und Winter ein.
26.10.2022	US-Waffenhersteller Raytheon übergibt zwei NASAMS-Luftabwehrsysteme an die Vereinigten Staaten, die demnächst an die Ukraine geliefert werden sollen.
27.10.2022	Die internationale Atomenergiebehörde (IAEA) äußert Bedenken zur Sicherheit in dem von russischen Truppen kontrollierten Atomkraftwerk Saporischschja. Aufgrund der Anwesenheit russischer Techniker im AKW könne es zu Unklarheiten über die Befehlskette in der Anlage kommen, was sich negativ auf die nukleare Sicherheit auswirken könne. IAEA-Generaldirektor Rafael Grossi betont, er betrachte das AKW als ukrainische Anlage.
27.10.2022	Der ukrainische Sicherheitsdienst (SBU) teilt mit, dass er seit Beginn der Invasion bereits 33 Verdachtsfällen auf russische Unterstützung durch Vertreter der Ukrainisch Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats (UOK) nachgehe. Russland wird verdächtigt, über die UAK Einfluss auf die Ukraine zu nehmen.
27.10.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet ein Gesetz, das eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben um 386,9 Mrd. Hrywnja im Jahr 2022 vorsieht. Die erhöhten Ausgaben sollen es ermöglichen, dringende Aufgaben im Bereich der nationalen Sicherheit und der Verteidigung sowie Maßnahmen zur Abwehr einer bewaffneten Aggression Russlands durchzuführen und die staatlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Gehältern an Soldat:innen zu erfüllen.
27.10.2022	In der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw sind mehr als 40 Ortsbezeichnungen umbenannt worden, deren Namen mit Russland oder der sowjetischen Vergangenheit verbunden waren. Dies gab der Bürgermeister der Hauptstadt bekannt.
28.10.2022	Im Osten und Süden der Ukraine wird weiterhin gekämpft. In der Nacht nehmen russische Besatzungstruppen die Region Saporischschja unter Beschuss.
28.10.2022	In der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw dauern die Notstromausfälle länger als in den vergangenen Tagen; Verbraucher:innen müssen mit bis zu 6 Stunden Stromausfall rechnen.
28.10.2022	Das ukrainische Energieministerium teilt mit, dass der Strompreis für Haushalte bis zum Ende der Heizperiode, d. h. bis Ende März 2023, unverändert bleiben werde.
28.10.2022	Das US-Verteidigungsministerium kündigt an, dass es der Ukraine neue Militärhilfen im Wert von 275 Millionen US-Dollar zur Verfügung stellen werde. Das Paket enthält zusätzliche Munition, insbesondere für HIMARS-Mehrfachraketenwerfer.
29.10.2022	Russland setzt das Getreideabkommen aus. Damit erschwert sich der Export von Getreide für die Ukraine erneut. Das Abkommen war von der Türkei und der UNO vermittelt worden und ermöglichte es der Ukraine, Getreide, eines der wichtigsten Exportprodukte, auf dem Seeweg zu exportieren.
29.10.2022	In einem weiteren Gefangenenaustausch kehren 52 Ukrainer:innen aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück. Unter ihnen befinden sich Militärangehörige sowie ein Arzt, der sich im Aowstal-Werk in Mariupol befunden hatte.
29.10.2022	Slowenien übergibt 28 M-55S-Panzer an die Ukraine. Es handelt sich um modernisierte sowjetische T-55-Panzer, die nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt wurden. Dafür erhält Slowenien 35 schwere Lastwagen und fünf Wassertankwagen aus Deutschland.
30.10.2022	Am Morgen beschließen russische Besatzungstruppen das Industriegebiet von Enerhodar in der Region Saporischschja. Ein großer Teil der Stadt, in der sich das größte Atomkraftwerk Europas befindet, ist ohne Strom. Auch das Gebiet Mykolajiw wird beschossen.
30.10.2022	Nach Angaben des ukrainischen Infrastrukturministeriums hat der Rückzug Russlands aus dem Getreideabkommen dazu geführt, dass der Verkehr von 218 Frachtschiffen de facto blockiert wird. Die Ukraine sei gezwungen, die Getreideexporte über die Schwarzmeerhäfen auszusetzen. UN-Generalsekretär António Guterres und die Türkei, die das Abkommen vermittelt hatten, führen Gespräche zur Wiederaufnahme mit Russland. Die EU fordert Russland auf, die Aussetzung zurückzunehmen. Der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis fordert eine militärische Eskorte für Schiffe mit ukrainischem Getreide.
30.10.2022	Die New York Times berichtet, dass sich die Lage an der Front im Süden der Ukraine in den letzten Monaten verändert habe. Mit westlichen Waffen und eigenen Drohnen habe sich die Ukraine einen Artillerievorteil gegenüber den russischen Besatzern in der Region verschafft.
31.10.2022	Am Morgen beschießt Russland mehrere Regionen der Ukraine massiv. Die Infrastruktur in den Gebieten Kyjiw, Poltawa, Saporischschja, Charkiw, Tscherkassy, Czernowitz und anderen Regionen wird beschädigt. Drohnen und Raketen beschädigen insgesamt 18 Einrichtungen in 10 Regionen, die meisten davon Energieanlagen. Ein Teil der Bahnstrecke der Ukraine ist stromlos, es kommen Ersatzdiesellokomotiven zum Einsatz.

31.10.2022	Inspektoren der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) starten eine Mission zur Inspektion von zwei ukrainischen Atomanlagen. Dies geschieht vor dem Hintergrund der Anschuldigungen Russlands, die Ukraine entwickle eine »schmutzige Bombe«.
31.10.2022	Der tschechische Premierminister Petr Fiala besucht die Ukraine und trifft den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Ziel des Treffens sei es unter anderem, der Ukraine weiterhin Unterstützung zuzusichern. Beide unterzeichnen bei ihrem Treffen eine gemeinsame Erklärung über die euro-atlantische Perspektive der Ukraine.
31.10.2022	Russland erklärt, dass es keine Sicherheit von Schiffen auf dem »Getreidekorridor« garantieren würde, solange die Ukraine sich nicht verpflichte, diese Route nicht für militärische Zwecke zu nutzen.
31.10.2022	Nach einem russischen Raketenangriff auf die Energieversorgung der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw sind dort am Abend immer noch rund 250.000 Wohnungen ohne Strom. Der Bürgermeister der ukrainischen Hauptstadt Witalij Klytschko gibt an, dass es in 40 Prozent der Verbrauchsstellen auch kein Wasser gebe.
01.11.2022	Nach dem russischen Beschuss am Morgen des 31. Oktober hat die ukrainische Hauptstadt Kyjiw die Wasser- und Stromversorgung wieder vollständig hergestellt. Die Hauptstadt verhängt jedoch Notstromversorgungsbeschränkungen, da der Beschuss zu einem Defizit im Energiesystem führte. Daher sind einige Verbraucher:innen je nach Bedarf des Energiesystems vorübergehend ohne Strom.
01.11.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj informiert den Energiekommissar der Europäischen Union, Kadri Simson, darüber, dass Russland bereits rund 40 Prozent der gesamten Energieinfrastruktur der Ukraine schwer beschädigt habe, darunter Wärmekraftwerke, Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und Wasserkraftwerke. Die Versorgung mit Licht in Kyjiw und sieben Oblasten sei eingeschränkt. Eine Notabschaltung der Heizung in der Region Kyjiw wird nicht ausgeschlossen. Der Bürgermeister von Kyjiw, Witalij Klytschko, fügt hinzu, dass die lokalen Behörden in der Lage sein werden, im Falle von Notfällen in der Hauptstadt rund tausend mobile Heizstellen für die Bevölkerung einzurichten.
01.11.2022	Das Ministerkabinett entlässt Jurij Witrenko aus dem Amt des Vorstandsvorsitzenden von Naftohas. Witrenko war 1,5 Jahre im Amt.
01.11.2022	Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die so genannte Istanbul-Konvention, tritt in der Ukraine in Kraft. Das Dokument sieht eine Reihe von Maßnahmen vor, um die Opfer häuslicher Gewalt zu schützen und zu unterstützen und diesem Phänomen entgegenzuwirken. Die Ukraine gehörte zu den ersten Staaten, die das Dokument unterzeichneten (2011), ratifizierte das Dokument jedoch erst 2022.
01.11.2022	Die ukrainische Donauschiffahrtsgesellschaft (UDP) startet das Projekt Donau-Getreideroute für den Transport landwirtschaftlicher Erzeugnisse zum rumänischen Hafen Constanta. Die gesamte Logistikkette wird von einer ukrainischen Reederei abgewickelt und kontrolliert.
01.11.2022	Der ukrainische Sicherheitsdienst (SBU) beschuldigt russische Truppen im Krieg gegen die Ukraine verbotene Phosphorbomben auf die hart umkämpfte Stadt Bachmut in der Region Donezk abgeworfen zu haben.
02.11.2022	Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) nimmt nach eigenen Angaben am 7.11. ihre Untersuchungen in der Ukraine bezüglich der russischen Vorwürfe über »schmutzige Bomben« auf. Russland erhebt Anschuldigung, die Ukraine arbeite an einer sogenannten schmutzigen Bombe. Diese soll nach russischen Angaben in zwei ukrainischen Einrichtungen hergestellt werden.
02.11.2022	Die Ukraine hofft, dass Russland in den nächsten Tagen seine Beteiligung an der »Getreidevereinbarung« wieder aufnimmt, die den Transport ukrainischen Getreides über das Schwarze Meer ermöglicht. Das russische Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass man dazu bereit sei.
02.11.2022	Der spanische Außenminister Jose Manuel Albares trifft zu einem offiziellen Besuch in der Ukraine ein. Das Außenministerium der Ukraine berichtet, aus Spanien werde Militärhilfe in die Ukraine geschickt. Insbesondere geht es um eine Batterie von Aspide SAMs und Hawk Luftabwehrsysteme.
02.11.2022	In der Region Kyjiw kann es nun auch zur Abschaltung von Strom außerhalb der angegebenen Zeiten kommen. Die EU und andere internationale Partner stellen 25,5 Mio. Euro bereit, um den dringenden Energiebedarf der Ukraine zu decken. Aus Deutschland kommt Hilfe durch das Technische Hilfswerk (THW), welches der Ukraine 470 Stromgeneratoren unterschiedlicher Leistungsklassen im Gesamtwert von rund 19,5 Millionen Euro zur Verfügung stellt.
03.11.2022	Die Ukraine und Russland führen einen weiteren Gefangenenaustausch durch. 107 Soldaten können wieder in die Ukraine zurückkehren, darunter sechs Offiziere und 101 Gefreite und Unteroffiziere.
03.11.2022	Die Wohltätigkeitsstiftung des ukrainischen Schauspielers und Politikers Serhij Prytula hat innerhalb von einhalb Tagen 236 Millionen Hrywnja (ca. 6 Mio. Euro) für 60 britische Spartan-Kettenpanzer gesammelt. Ursprünglich war geplant, das Geld für den Kauf von 50 solcher Fahrzeuge zu sammeln.

03.11.2022	Die russische Fahne ist vom Gebäude der Regionalverwaltung in der von Russland besetzten Stadt Cherson verschwunden und die Kontrollpunkte der Besatzer in der Stadt wurden entfernt. Die örtlichen Behörden und Militärvertreter der Ukraine geben an, dass es sich um eine Irreführung handeln könnte.
03.11.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj gibt bekannt, die Ukraine werde nicht am G20-Gipfel in Indonesien teilnehmen, wenn der russische Präsident Wladimir Putin teilnehme.
03.11.2022	Das ukrainische Parlament verabschiedet den Staatshaushalt der Ukraine für 2023. Der Großteil der Ausgaben entfällt wegen des Krieges gegen Russland auf den Sicherheits- und Verteidigungssektor, während die Ausgaben für soziales und andere Posten gekürzt werden. Durch die hohen Militärausgaben wird mit einem monatlichen Haushaltsdefizit von umgerechnet etwa 2,5 Mrd. US-Dollar monatlich gerechnet.
04.11.2022	Das US-Verteidigungsministerium kündigt ein neues Militärhilfepaket im Wert von 400 Millionen US-Dollar für die Ukraine an. Das neue Paket umfasst Mittel für die Aufrüstung von Hawk-Luftabwehrraketen. Diese Mittel ergänzen die Hilfe Spaniens, das diese Luftabwehrsysteme kürzlich an die Ukraine geliefert hat. Die USA wollen auch die Aufrüstung von 45 T-72-Panzern aus tschechischen Beständen finanzieren. Weitere 45 solcher Panzer werden von den Niederlanden finanziert. Diese Ausrüstung soll dann in die Ukraine überführt werden. Die Ukraine soll die ersten Panzer bereits im Dezember erhalten, die restlichen 2023.
04.11.2022	Der vor wenigen Tagen zurückgetretene Minister für Gemeinde- und Gebietsentwicklung Oleksij Tschernyschow übernimmt die Leitung von Naftohas, dessen Leiter Jurij Witrenko am 1. November ebenfalls zurückgetreten war. Das größte staatliche Unternehmen des Landes ist durch Milliardenverluste und geringe Gasreserven in eine schwierige Lage geraten.
04.11.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erklärt, dass am Vortag etwa 4,5 Mio. Menschen vorübergehend vom Stromnetz getrennt worden seien. Der Präsident fordert die lokalen Behörden auf, dafür zu sorgen, dass nicht unnötig Strom verbraucht werde. Er appelliert auch an die Energieunternehmen, der Bevölkerung besser zu vermitteln, wann und warum es zu Stromausfällen kommt.
04.11.2022	Das Parlament der Ukraine verabschiedet ein Gesetz über die Zurückstellung von Wehrpflichtigen, die während der Mobilisierung nicht einberufen werden. Dies betrifft berufstätige in kriegsrelevanten Bereichen und Mitarbeiter in Unternehmen, Institutionen und Organisationen, die für das Funktionieren der Wirtschaft entscheidend sind.
05.11.2022	Laut ukrainischen Angaben haben die russischen Besatzungstruppen das Gebäude der Regionalverwaltung von Cherson verlassen.
05.11.2022	Siebzehn Länder der Europäischen Union entsenden Stromgeneratoren in die Ukraine, um die durch russischen Beschuss verursachten erheblichen Schäden an den Energieanlagen zu beheben.
06.11.2022	Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, teilt dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj mit, dass sie noch in dieser Woche ein Finanzhilfepaket in Höhe von 18 Mrd. Euro für die Ukraine vorschlagen werde. Ende Oktober hatten die Staats- und Regierungschef:innen der EU der Einrichtung des Finanzhilfepakets zugestimmt.
06.11.2022	Laut dem ukrainischen Generalstab beschossen die russischen Besatzungstruppen mindestens sieben Siedlungsgebiete in den Regionen Saporischschja, Donezk, Luhansk, Mykolajiw und Sumy. Laut Militärangaben flogen mehr als 200 Granaten und Minen allein in die Region Sumy.
06.11.2022	Die staatliche Atomaufsichtsbehörde der Ukraine weist die Betreibergesellschaft Enerhoatom an, den sicheren Betrieb der Kraftwerksblöcke des Kernkraftwerks Saporischschja dringend zu prüfen. Es bestehe die Gefahr, dass die externe Speisung des Kühlteichs ausbleibt.
06.11.2022	Die Behörden in Kyjiw erwägen die Evakuierung von rund drei Millionen Einwohner:innen im Falle eines vollständigen Stromausfalls. Das Stromnetz der ukrainischen Hauptstadt wurde durch wiederholte russische Raketenangriffe schwer beschädigt.
07.11.2022	Der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow gibt bekannt, dass ein Teil der erwarteten Luftverteidigungssysteme NASAMS und Aspide in der Ukraine eingetroffen sind.
07.11.2022	Aufgrund von Engpässen im Energiesystem der Ukraine gibt es in den Regionen Kyjiw, Tschernihiw, Tscherkassy, Schytomyr, Sumy, Charkiw und Poltawa weiterhin Stromabschaltungen. In Kyjiw beginnen diese um 07.00 Uhr.

07.11.2022	Eine Reihe strategisch wichtiger Unternehmen, die mit den Oligarchen Kostjantyn Schewaho, Ihor Kolomoj-skyj, Wjatscheslaw Boguslajew und Kostjantyn Hryhoryschyn verbunden sind, werden in staatliches Eigentum übergehen. Darunter befinden sich die Unternehmen Ukrnafta, Motor Sitsch und AvtoKrAZ. Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Oleksij Danylów, erklärt, dass die beschlag-nahmten Vermögenswerte den Status von militärischem Eigentum erhalten. Ihre Verwaltung wird dem ukrai-nischen Verteidigungsministerium übertragen. Nach Beendigung des Kriegsrechts können die Vermögens-werte an ihre Eigentümer zurückgegeben werden oder sie erhalten eine Entschädigung in Höhe ihres Wertes.
08.11.2022	Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, Italien sei bereit, der Ukraine Luftabwehrsysteme zu liefern, insbe-sondere die Mittelstreckenraketen SAMP/T und Aspide sowie tragbare Stinger-Raketen. Die italienische Regie-rung bereite bereits ein neues Militärhilfepaket für die Ukraine vor, das auch Luftabwehrsysteme umfassen soll.
08.11.2022	Der Pressesprecher des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj gibt an, dass Selenskyj am G20-Gipfel auf Bali in Indonesien teilnehmen werde. In welcher Form die Teilnahme stattfinden würde, sei noch unklar.
08.11.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj legt dem ukrainischen Parlament Gesetzesentwürfe zur Ver-längerung des Kriegsrechts in der Ukraine und der allgemeinen Mobilisierung um 90 Tage vor. Das Kriegs-recht und die Mobilisierung in der Ukraine wurden am 24. Februar verhängt und seither mehrmals verlän-gert. Das letzte Mal hat das ukrainische Parlament sie im August bis zum 21. November verlängert.
08.11.2022	Um 9:30 Uhr nimmt der ukrainische Stromnetzbetreiber Ukrenerho in der Stadt Kyjiw sowie den Regionen Kyjiw, Tschernihiw, Tscherkassy, Schytomyr, Sumy, Charkiw und Poltawa Notabschaltungen vor, obwohl diese nicht vorher angekündigt wurden. Die zusätzlichen Abschaltungen sind nötig, weil die kalte Witterung den Stromverbrauch erhöht hat, was zu Stromengpässen im Energiesystem führt.
08.11.2022	Die Nationalbank der Ukraine teilt mit, dass sich die internationalen Reserven der Ukraine nach vorläufigen Angaben auf 25,2 Mrd. US-Dollar belaufen. Im Oktober waren sie um 5,5 Prozent gestiegen. Der Anstieg der internationalen Reserven der Ukraine ist unter anderem auf stabile Einnahmen von internationalen Partnern zurückzuführen.
09.11.2022	Die Lage an der gesamten Front ist für das ukrainische Militär nach wie vor kritisch. Es werden immer wieder Gefechte gemeldet, vor allem in der Region Donezk. An der Südfront führten die russischen Truppen wäh-rend der Nacht vier Luftangriffe auf ukrainische Militärstellungen durch.
09.11.2022	Die Europäische Kommission legt einen Vorschlag zur Auszahlung des 18-Milliarden-Euro-Finanzierungspro-gramms der Europäischen Union vor und hofft auf eine Zustimmung des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates bis Ende des Jahres. Die Finanzhilfen sollen aus sehr günstigen Darlehen bestehen und die erste Auszahlung könnte bereits im Januar 2023 erfolgen, so der Vizepräsident der Europäischen Kommis-sion, Valdis Dombrovskis.
09.11.2022	Das Ministerkabinett der Ukraine hebt die Mehrwertsteuer und die Zölle auf für die Einfuhr von Waren und Geräten, die für die Heizperiode wichtig sind, einschließlich Generatoren. Die Steuerbefreiung soll dazu bei-tragen, Reparaturen zu beschleunigen, die Versorgung mit Strom und Wärme zu verbessern und die Preise für die entsprechenden Produkte zu senken.
10.11.2022	In russischen Medien wird angekündigt, dass Russland seine Truppen vom Westufer des Dnipro bei Cherson zurückziehen wolle. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ordnet an, dass der Vormarsch der ukrai-nischen Truppen vorsichtig erfolgen solle, da man vermintes Gebiet erwarte.
10.11.2022	Das Vereinigte Königreich übergibt der Ukraine 1.000 zusätzliche Boden-Luft-Raketen zur Luftverteidigung. Diese Waffen bestehen aus Raketen und deren Abschussvorrichtungen. Sie können zum Abschuss russischer Drohnen und Marschflugkörper eingesetzt werden. Auch die USA haben ein neues Militärhilfepaket für die Ukraine angekündigt. Es umfasst Raketen für Hawk-Flugabwehrsysteme sowie für Avenger-Flugabwehrsys-teme, die mit Stinger-Raketen ausgestattet sind.
10.11.2022	Satellitenbilder zeigen, dass Russland auf der Krim in der Nähe zum ukrainischen Festland sowie in der süd-lichen Region Cherson neue Schützengräben anlegt und alte in Stand setzt.
10.11.2022	Die norwegische Regierung gibt bekannt, sie werde rund 140 Mio. US-Dollar zur Unterstützung der Ukraine bereitstellen. Das Geld wird an einen internationalen Fonds überwiesen, der vom Vereinigten Königreich geleit-et wird. Auch die Niederlande wollen 100 Mio. Euro zur Finanzierung von militärischer Ausrüstung für die Ukraine beisteuern.
11.11.2022	Russische Truppen ziehen sich aus der ukrainischen Gebietshauptstadt Cherson auf die linke Seite des Dnepr zurück, berichten mehrere Medien. Beim Abzug sprengen die Besatzer die knapp 1,4 Kilometer lange Anto-niwkabrücke über den Dnepr im Ostteil der Stadt, um den ukrainischen Vormarsch zu stoppen.

11.11.2022	In der gesamten Ukraine kommt es nicht nur zu planmäßigen, sondern auch zu Notstromabschaltungen. Massive Raketenangriffe am Vortag und ein Kälteeinbruch haben die Situation im Energiesystem weiter verschärft.
11.11.2022	Die Ukraine will die weltweit erste maritime Spezialflotte mit 100 Seedrohnen aufbauen. Dafür werden die Ukrainer:innen zu spenden über die Plattform United24 aufgerufen.
11.11.2022	Die ukrainischen Streitkräfte haben die gesamte Region Mykolajiw befreit, mit Ausnahme eines kleinen Gebiets auf der Kinburn-Nehrung, das vorübergehend besetzt bleibt.
12.11.2022	Die ukrainische Armee befreit, unter großem Jubel und Erleichterung großer Teile der lokalen Bevölkerung, mehr als 60 Siedlungen in der Region Cherson, darunter auch die gleichnamige Gebietshauptstadt, teilt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj mit. Polizei und Sicherheitsdienst der Ukraine kehren zurück und nehmen ihre Arbeit wieder auf. Rund um die Stadt werden Kontrollpunkte eingerichtet, und die Ein- und Ausfahrt aus der Stadt wird bis zum Abschluss der Minenräumung eingeschränkt. Außerdem wird eine Ausgangssperre 17:00 abends bis 08:00 Uhr morgens verhängt. Die ukrainischen Behörden bitten Menschen, die die Stadt verlassen haben, vorerst nicht zurückzukehren, bis die Stabilisierungsmaßnahmen abgeschlossen sind.
12.11.2022	Russische Besatzungstruppen haben den Damm des Wasserkraftwerks Kachowka in der Region Cherson schwer beschädigt. Dies berichtet das US-Unternehmen Maxar Technologies, das neue Satellitenbilder veröffentlicht hat. Die Fotos zeigen, dass dort Teile des Damms und der Schleusen zerstört wurden.
12.11.2022	Am ersten Spendentag werden mehr als 120 Millionen Hrywnja für die Bildung einer speziellen maritimen Drohnenflotte gespendet. Ähnliche Drohnen wurden bereits Ende Oktober in der Bucht von Sewastopol verwendet und haben dort russische Schiffe getroffen. Es war der erste Seeangriff in der Geschichte, der ausschließlich von Drohnen durchgeführt wurde.
13.11.2022	Die Bewohner:innen der Stadt Cherson feiern ihre Befreiung durch die ukrainische Armee. Noch ist Cherson ohne Gas, Wasser und Licht. Die Gasversorgung wird bereits wiederhergestellt. Das ukrainische Militär meldet, dass bereits 179 Siedlungen am rechten Ufer des Dnjpr auf einer Fläche von 4.500 Quadratkilometern befreit worden seien. Die Behörden fordern die Bewohner:innen der befreiten Gebiete auf, sich in sichere Gegenden zu begeben, da die Gefahr des Beschusses groß ist, solange die russische Armee auf der linken Seite des Dnepr steht.
13.11.2022	Die ukrainische Armee meldet militärische Erfolge in der Region Luhansk. Die ukrainischen Streitkräfte haben die Kontrolle über das Dorf Makijiwka in der Region Luhansk wiedererlangt.
13.11.2022	Der ukrainische Stromnetzbetreiber Ukrenerho verhängt Notstromausfälle in der ukrainische Hauptstadt Kyjiw, den Regionen Kyjiw, Tscherkassy, Tschernihiw, Schytomyr, Charkiw, Poltawa und Sumy. In anderen Regionen seien keine Stromausfälle zu erwarten.
13.11.2022	Russische Truppen bewegen Kolonnen von der Stadt Tokmak zur Stadt Melitopol in der Region Saporischschja. Um die Stadt herum werden Befestigungen und Festungen gebaut und Zivilisten ist es verboten, sich dem Flugplatz zu nähern.
14.11.2022	In der Region Cherson gehen die Gefechte am linken Ufer des Dnepr weiter. Ebenfalls werden Gefechte in der Region Sumy, Charkiw und im Donbas gemeldet.
14.11.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj trifft in Cherson ein, das erst zwei Tage zuvor von der ukrainischen Armee befreit wurde. Er nimmt an der Zeremonie des Hissens der ukrainischen Flagge auf dem zentralen Platz der Stadt teil. Selenskyj überreicht Auszeichnungen an Verteidigungskräfte der Ukraine. Mehrere ukrainische Mobilfunkbetreiber nehmen den Betrieb im von russischen Truppen befreiten Cherson wieder auf.
14.11.2022	Die Tschechische Republik plant, im Rahmen des Projekts »Geschenk für Putin« rund 3,8 Millionen US-Dollar für 15 Viktor-Flugabwehrraketen aufzubringen. Diese sollen der Ukraine helfen, Kamikaze-Drohnen abzuschießen.
14.11.2022	Der kanadische Premierminister Justin Trudeau kündigt zusätzliche Militärhilfe für die Ukraine in Höhe von 500 Millionen US-Dollar an. Sein Land werde außerdem weitere Sanktionen gegen Russland verhängen, so Trudeau.
14.11.2022	Die UN-Vollversammlung verabschiedet mit 94 Ja-Stimmen eine Resolution über Reparationszahlungen Russlands an die Ukraine. 74 Länder enthalten sich. 14 Länder, darunter Russland, Belarus, China, Nordkorea und Syrien, stimmen dagegen. Die Ukraine wird, zusammen mit anderen Staaten, aufgefordert, Kriegsschäden zu dokumentieren und entsprechende Beweise zu sichern.
14.11.2022	Der Ombudsmann der Ukraine für Menschenrechte Dmytro Lubinez fordert den ukrainischen Verteidigungsminister Oleksij Resnikow auf, ausländischen und ukrainischen Journalist:innen die Akkreditierung für die Arbeit in den befreiten Gebieten der Region Cherson zu erteilen. Am 13. November hatte der Generalstab die Arbeitserlaubnis für eine Reihe von Journalist:innen in den befreiten Gebieten der Region Cherson aufgehoben. Der Generalstab begründete dies damit, dass einige Medienvertreter:innen »gegen die Regeln für die Arbeit im Bereich der militärischen Operationen« verstoßen hätten.

15.11.2022	Eine Rakete schlägt auf polnischem Gebiet in dem Dorf Przewodów in der Nähe der ukrainischen Grenze ein. Bei der Explosion kommen zwei Männer ums Leben. Laut NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg handele es sich wahrscheinlich um eine ukrainische Flugabwehrrakete, die ihr Ziel verfehlt hätte.
15.11.2022	Bei einem massiven russischen Raketenangriff auf die Ukraine werden mehrere Reaktorblöcke in den Kernkraftwerken Chmelnyzkyj und Riwne abgeschaltet. Das Kernkraftwerk Chmelnyzkyj verliert am Abend den Zugang zum Stromnetz. Der ukrainische Stromnetzbetreiber Ukrenerho bezeichnet die aktuelle Situation nach der neuesten Angriffswelle auf die Energieinfrastruktur als die schwierigste in der Geschichte.
15.11.2022	Mit Unterstützung Deutschlands und der EU wird in der Ukraine ein Klimabüro eingerichtet. Dieses soll die ukrainische Regierung, Städte und Regionen sowie Unternehmen und Betriebe bei der Umsetzung der Klimapolitik unterstützen.
15.11.2022	Russische Truppen starten einen massiven Raketenangriff mit mehr als 100 Raketen auf die Ukraine. Besonders trifft es die westukrainische Stadt Lwiw. 80 Prozent der Stadt sind ohne Strom. Wegen des Stromausfalls ist die Heizung vorübergehend außer Betrieb und es gibt kein Warmwasser. Straßenbahnen und Oberleitungsbusse verkehren nicht mehr.
15.11.2022	Die ukrainische Regierung stellt 100 Mio. Hrywnja (ca. 2,5 Mio Euro) für den vorrangigen Wiederaufbau des befreiten Gebiets der Region Cherson bereit. Die Mittel sollen für die dringendsten Bedürfnisse der Region verwendet werden.
15.11.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj nimmt per Video auf dem G20-Gipfel in Bali teil und schlägt 10 Schritte zum Frieden vor, darunter die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine.
16.11.2022	Der ukrainische Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat gibt bekannt, dass die Ukraine um sofortigen Zugang zum Ort der Explosion in Polen bittet und zu einer umfassenden Untersuchung des Vorfalls bereit ist.
16.11.2022	Das Kernkraftwerk Chmelnyzkyj nimmt die externe Stromversorgung über zwei Reservestromleitungen wieder auf.
16.11.2022	Das siebte Treffen der Kontaktgruppe für die Verteidigung der Ukraine im sogenannten Ramstein-Format findet online statt. Virtueller Gastgeber ist das Pentagon in Washington. Fast 50 Partnerländer der Ukraine beraten, wie das Land mit den benötigten Mitteln ausgestattet werden kann, um es gegen die russische Aggression zu schützen.
16.11.2022	In Warschau beginnt die erste Runde der Gespräche zwischen der Ukraine und Polen über die Einführung gemeinsamer Zoll- und Grenzkontrollen. Die Delegationen der Länder erörtern den Entwurf eines zwischenstaatlichen Abkommens über die gemeinsame Kontrolle von Personen, Fahrzeugen und Waren an gemeinsamen Kontrollpunkten.
16.11.2022	NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg äußert sich auf einer Pressekonferenz in Brüssel zu den Explosionen in Polen am Vortag. Die NATO werde weiterhin den Aufbau eines mehrstufigen Luftverteidigungssystems für die Ukraine unterstützen.
16.11.2022	Das ukrainische Parlament verlängert das Kriegsrecht und die allgemeine Mobilmachung in der Ukraine bis zum 19. Februar 2023.
16.11.2022	Die Staats- und Regierungschefs der G20 verabschieden zum Abschluss des Gipfeltreffens in Bali eine gemeinsame Erklärung, in der der Krieg Russlands gegen die Ukraine verurteilt wird.
17.11.2022	Das Bezirksgericht Den Haag verkündet das Urteil im Fall MH17. Malaysia Airlines Flug MH17 war im Juli 2014 auf dem Weg aus den Niederlanden nach Malaysia beim Überflug über die Ukraine abgeschossen worden. Das Gericht verurteilte zwei russische Staatsbürger, darunter den ehem. Geheimdienstoberst Igor Strelkow, und einen ukrainischen Staatsbürger in Abwesenheit zu lebenslanger Haft und fordert die Zahlung einer Entschädigung an die Angehörigen der Toten in Höhe von mehr als 16 Millionen Euro. Bei der Verlesung des Urteils im Fall MH17 räumt das Haager Bezirksgericht ein, dass Russland die selbsternannte »Donezker Volksrepublik« seit mindestens Mai 2014 kontrolliere. Das Gericht stellt außerdem fest, dass das Passagierflugzeug von einer Buk SAM aus dem russisch besetzten Gebiet Perwomajskoje abgeschossen worden war.
17.11.2022	Das schwedische Parlament verabschiedet sein bisher größtes Militärhilfepaket im Wert von 287 Millionen US-Dollar für die Ukraine in diesem Jahr. Das Paket umfasst Luftabwehrsysteme sowie Munition, gepanzerte Fahrzeuge und andere Ausrüstung. Auch Finnland kündigt ein neues Hilfspaket im Wert von mehr als 55 Millionen Euro an. Es handelt sich um das zehnte und größte Paket mit militärischer Ausrüstung aus Finnland.
17.11.2022	Am Morgen setzen die russischen Besatzungstruppen ihre Raketenangriffe auf ukrainisches Gebiet fort. Sie greifen vor allem Infrastruktureinrichtungen der ukrainischen Stadt Dnipro an. Insgesamt feuern russische Truppen mehr als 20 Raketen vom Schwarzen Meer, der Region Rostow und dem Kaspischen Meer auf die Ukraine ab.

17.11.2022	Die Schwarzmeer-Getreideinitiative, die zunächst bis zum 19. November angedacht war, wird um weitere 120 Tage verlängert. Die Vereinten Nationen und die Türkei sind weiterhin Garanten für die Umsetzung des Abkommens. Die Ukraine hat sich zudem an die Partner der Initiative gewandt und vorgeschlagen, die Initiative um mindestens ein weiteres Jahr zu verlängern und den Hafen von Mykolajiw anzuschließen – eine Antwort steht noch aus.
17.11.2022	Ukrainische Experten untersuchen die Umstände eines Raketenabsturzes in Polen, der sich am 15. November nahe der ukrainischen Grenze ereignete und bei dem zwei Menschen ums Leben kamen. Polen erklärt, es wolle die Ermittlungen gemeinsam mit der Ukraine durchführen.
18.11.2022	Der staatliche Rüstungskonzern Ukroboronprom berichtet, dass er mit mindestens sechs NATO-Mitgliedsstaaten schwere Waffen und militärische Ausrüstung produzieren und entwickeln werde. Der Konzern berichtet auch, dass die Produktion von Munition sowie von Minen bereits angelaufen ist. Die Munition wurde erfolgreich getestet und wird seit einigen Monaten hergestellt.
18.11.2022	Die ukrainische Eisenbahngesellschaft Ukrzaliznyzja lässt den erste Zug seit Beginn der russischen Invasion nach Cherson fahren. Er wird am 19. November gegen 09:00 Uhr in Cherson erwartet.
18.11.2022	Das ukrainische Ministerkabinett ernennt den ehemaligen ukrainischen Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, zum stellvertretenden Außenminister. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj entließ Melnyk am 9. Juli aus dem Amt des Botschafters in Berlin, welches dieser seit 2014 innehatte. Melnyk galt wegen seines nicht immer diplomatischen Tons in Deutschland als nicht unumstritten und war zuletzt wegen Aussagen über Stepan Bandera, die vor allem in Polen negativ aufgenommen wurden, in die Kritik geraten.
18.11.2022	Die ukrainische Wirtschaftsministerin Julija Swyrydenko gibt bekannt, dass die Ukraine im nächsten Jahr schätzungsweise 17 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau ihrer zerstörten Infrastruktur, einschließlich Straßen, Brücken und Energieanlagen, bereitstellen will.
19.11.2022	Der britische Premierminister Rishi Sunak reist nach Kyjiw und trifft sich mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Es ist der erste Besuch Sunaks in der Ukraine während seiner Amtszeit als britischer Premierminister. Sunak kündigt an, dass sein Land zusätzlich 120 Flugabwehrkanonen, Radarstationen sowie humanitäre Hilfe im Wert von 16 Millionen Pfund an die Ukraine übergeben werde.
19.11.2022	In der vergangenen Woche hat Deutschland weitere Hilfsgüter an die Ukraine geliefert, insbesondere Munition für Mars II MLRS, Fahrzeuge für den Grenzschutz, gepanzerte Fahrzeuge und Feldheizungen. Außerdem hat Deutschland etwa 2,5 Tausend Stromgeneratoren geliefert, die für die Beheizung von Krankenhäusern, sozialen Einrichtungen und Wasserversorgungsstationen eingesetzt werden sollen.
19.11.2022	Aus mehreren Regionen der Ukraine wird humanitäre Hilfe in die Region Cherson gebracht. Mobilfunkbetreiber in Cherson erhalten Starlink-Terminals und Generatoren, damit möglichst viele Menschen mit ihren Angehörigen kommunizieren können. Die Behörden versuchen, die Stromversorgung und die Kommunikation in der Region wiederherzustellen und haben 13 Zentren zur Verteilung humanitärer Hilfe eingerichtet. Die Behörden raten weiterhin dringend davon ab, in die stark vermintete Region zurückzukehren. Gleichzeitig beginnt die freiwillige Evakuierung aus den von den russischen Truppen befreiten Gebieten der Regionen Cherson und Mykolajiw. Der Staat will alle damit verbundenen Kosten übernehmen. Die Evakuierung aus den Regionen sei notwendig, weil es in einigen befreiten Siedlungen schwierig sein wird, den Winter zu überleben.
19.11.2022	Das Energieministerium versichert, dass die Situation der Stromversorgung in der Ukraine derzeit schwierig, aber beherrschbar sei. Die Ukrainer:innen werden aufgefordert, Strom zu sparen: Jede Familie wird gebeten, ihren Verbrauch freiwillig um etwa 25 Prozent zu reduzieren.
20.11.2022	Am Abend des 19. November und am Morgen des 20. November sind am von russischen Truppen besetzten AKW Saporischschja Explosionen zu hören. Mehr als ein Dutzend Explosionen werden registriert. Der Kernkraftwerksbetreiber Enerhoatom spricht von mindestens 12 Explosionen auf dem Gelände des Kraftwerks, es gäbe Schäden an der Infrastruktur.
20.11.2022	Im polnischen Dorf Przewodów ist die Untersuchung der Raketenexplosion, bei der zwei Menschen getötet wurden, abgeschlossen. Ukrainische Spezialisten haben an der Untersuchung des Vorfalls mitgewirkt. Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki erklärt, dass man nicht mit 100 prozentiger Sicherheit sagen könne, von wo aus die Rakete abgefeuert wurde. Jakub Kumoch, Leiter des Büros für internationale Politik im Büro des polnischen Präsidenten, erklärt, Polen betrachte die Explosion an der Grenze nicht als Angriff, sondern als Unfall.

20.11.2022	Zum ersten Mal trifft der neuseeländische Verteidigungsminister Peeni Henare in der Ukraine ein, um seinen ukrainischen Amtskollegen Oleksij Resnikow zu treffen. Während des Treffens erörtern die Minister die Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich und die Durchführung gemeinsamer Projekte zur Stärkung der Fähigkeiten der ukrainischen Streitkräfte. Die Minister erörtern auch die Unterstützung Neuseelands bei der Entminung ukrainischer Gebiete, in denen Militäroperationen stattgefunden haben.
21.11.2022	Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) bestätigt die Explosionen in der Nähe des besetzten Kernkraftwerks Saporischschja am 19. und 20. November. Es gab keine Todesopfer und die Strahlungswerte seien normal. Nach Angaben der Organisation wurden durch den wiederholten Beschuss des Werksgeländes auch Häuser, Anlagen und Geräte beschädigt. Rafael Grossi, der Generaldirektor der IAEA bezeichnete den Beschuss als einen der stärksten der letzten Monate.
21.11.2022	Die stellvertretende ukrainische Wirtschaftsministerin Tetjana Bereschna teilt mit, dass mindestens 5 Mio. Ukrainer:innen infolge des Krieges ihren Arbeitsplatz verloren haben. Etwa 7 Millionen Menschen haben das Land wegen der Kämpfe verlassen, und Hunderte von Arbeiter:innen wurden bei den Kämpfen getötet. Die andauernden Kämpfe finden in einem Gebiet statt, in dem früher 10 Millionen Menschen arbeiteten.
21.11.2022	Das ukrainische Verteidigungsministerium erteilt einigen Journalist:innen wieder die Akkreditierung, um in den von russischen Truppen befreiten Gebieten und in der Kriegszone zu arbeiten. Am 13. November hatte der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte die Arbeitserlaubnis für eine Reihe von Journalist:innen in den befreiten Gebieten der Region Cherson entzogen, da sie gegen Regeln verstoßen haben sollen.
21.11.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet ein Gesetz, das den Staat und die Banken daran hindert, Politiker:innen und hochrangige Beamte:innen nach deren Entlassung einer verstärkten Finanzkontrolle zu unterziehen. Dies widerspricht einer der sieben EU-Anforderungen, die der Ukraine für die europäische Integration auferlegt wurden. Die Geschäftsführerin des ukrainischen Antikorruptionszentrums, Darija Kalenjuk, erklärt, dass dieser Schritt eine Verzögerung der Verhandlungen mit der EU und der nachfolgenden Schritte in Richtung EU-Beitritt der Ukraine sein könnte.
22.11.2022	Das Vereinigte Königreich liefert der Ukraine Brimstone-2-Raketen zur Zerstörung gepanzerter Fahrzeuge in großer Entfernung. Sie verfügen über eine aktualisierte Software und können bis zu 60 Kilometer weit fliegen.
22.11.2022	Litauen gibt bekannt, es wird der Ukraine demnächst 155-mm-Munition und Winterausrüstung übergeben und sein Ausbildungsprogramm für das ukrainische Militär ausweiten.
22.11.2022	Die stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine, Iryna Wereschtschuk, fordert die Einwohner:innen von Cherson angesichts der Probleme mit der Infrastruktur auf, sich für die Winterzeit in sichere Regionen der Ukraine evakuieren zu lassen. Die Behörden versprechen kostenlosen Transport, Unterkunft, Lebensmittel und Medikamente. Die Empfehlung gilt insbesondere für besonders schutzbedürftige Personengruppen: Frauen mit Kindern, ältere Menschen, Kranke und Personen mit geringer Mobilität.
22.11.2022	Die Generalstaatsanwaltschaft verdächtigt den ehemaligen ukrainischen Bildungsminister Dmytro Tabatschnyk des Hochverrats. Ermittlungen zufolge half er Kollaborateuren in den besetzten Gebieten der Regionen Cherson und Saporischschja.
22.11.2022	Russland nimmt die befreite Region Cherson unter Beschuss. Bis zum 13. November hatte das ukrainische Militär 179 Siedlungen am rechten Ufer des Dnjepr auf einer Fläche von 4.500 Quadratkilometern wieder unter Kontrolle gebracht, darunter auch die gleichnamige Gebietshauptstadt Cherson. Das russische Militär hat sich auf die Linke Uferseite zurückgezogen, von wo aus es die Region angreift.
22.11.2022	Auf einer Regierungssitzung wird bekannt gegeben, dass das staatliche Energieunternehmen Ukrenerho infolge der russischen Raketenangriffe Verluste von mehr als 70 Mrd. Hrywnja (ca. 25,5 Mio Euro) erlitten hat. Rund 70 Reparaturteams mit mehr als 1.000 Spezialkräften seien an der Wiederherstellung der beschädigten Stromnetze beteiligt.
23.11.2022	Der ukrainische Kernkraftbetreiber Enerhoatom meldet, dass in den Kernkraftwerken Riwne, Südukraine und Chmelnyzkyj aufgrund eines Frequenzabfalls im ukrainischen Stromnetz ein Notschutz ausgelöst wurde. Infolgedessen wurden alle Triebwerke automatisch abgeschaltet. Eine Änderung der Strahlung in der Umgebung sei nicht zu verzeichnen. Sobald sich das Stromnetz wieder normalisiert habe, werde die Stromerzeugung aus den Kraftwerken wieder aufgenommen werden.
23.11.2022	Ukrainische Abgeordnete der Fraktion Europäische Solidarität legen dem ukrainischen Parlament einen Gesetzentwurf vor, der die Tätigkeit der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) auf dem Territorium der Ukraine verbietet. Der Gesetzentwurf sieht ein vollständiges Verbot aller religiösen Organisationen und Einrichtungen vor, die der ROK angehören oder in irgendeiner Form die Unterordnung unter sie in kanonischen, organisatorischen und anderen Fragen anerkennen. Dazu zählt auch die Ukrainisch Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats, die in der Ukraine viele Glaubensanhänger:innen hat.

23.11.2022	Laut dem Bürgermeister von Kyjiw, Witalij Klytschko, müssen sich die Bewohner:innen der Hauptstadt auf den »schlimmsten Winter seit dem Zweiten Weltkrieg« einstellen. Im schlimmsten Fall könnten die örtlichen Behörden einen Teil der Bevölkerung evakuieren.
23.11.2022	Präsident Wolodymyr Selenskyj verspricht in der gesamten Ukraine die weitere Einrichtung sogenannter Punkte der Unverwundbarkeit für den Fall längerer Strom- und Heizungsausfälle. Bis zum 22. November wurden bereits mehr als 4.000 solcher Stellen eingerichtet. Diese Punkte werden rund um die Uhr mit kostenlosem Strom, Mobiltelefon- und Internetzugang, Wärme, Wasser und Erster Hilfe versorgt.
24.11.2022	Nach dem 5. gezielten russischen Großangriff auf die kritische Infrastruktur der Ukraine am 23. November sind noch immer viele ukrainische Haushalte ohne Strom. Der staatliche Netzbetreiber Ukrenerho berichtet, dass landesweit erst 50 Prozent der Haushalte wieder mit Strom versorgt werden können. Das größte Stahlwerk des Landes, ArcelorMittal Krywyj Rih, muss seinen Betrieb aufgrund des Strommangels einstellen. Durch die Angriffe des Vortages wurden fast alle Wärme- und Wasserkraftwerke sowie zahlreiche Verteilungsstationen in der Ukraine beschädigt.
24.11.2022	In der befreiten Oblast Cherson werden neun Folterkammern entdeckt, berichtet Generalstaatsanwalt Andrij Kostin. Außerdem wurden die Leichen von 432 Zivilpersonen gefunden, die während der russischen Besatzung der Oblast getötet wurden, so Kostin. Seit Beginn der Invasion wurden in der Ukraine insgesamt mehr als 40.000 Kriegsverbrechen der russischen Armee registriert. Die Generalstaatsanwaltschaft ermittelt in mehreren Tausend Fällen.
25.11.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj berichtet, dass weiterhin 6 Mio. Menschen in der Ukraine keine oder nur kaum Stromversorgung haben. Laut staatlichem Netzbetreiber Ukrenerho gebe es weiterhin ein Stromdefizit von 30 Prozent. Zwischen dem 10. Oktober und dem 23. November griff Russland die Ukraine mit fast 600 Raketen an, so Innenminister Denys Monastyrskyj, davon viele gezielt auf die energetische Infrastruktur. Bei den Angriffen kamen insgesamt 77 Menschen ums Leben, berichtet die UN.
25.11.2022	In einem Interview mit der Financial Times teilt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj mit, dass Friedenspläne, die eine Reintegration der Krim nicht enthalten, »reine Zeitverschwendung« seien.
25.11.2022	Das Magazin Forbes schätzt, dass Russland bereits ein Viertel des jährlichen Staatshaushalts, rund 82 Mrd. US-Dollar, für den Krieg gegen die Ukraine ausgegeben hat.
25.11.2022	EU-Kommissionspräsidenten Ursula von der Leyen gibt bekannt, dass die EU der Ukraine angesichts der russischen Angriffe auf die energetische Infrastruktur 200 Transformatoren und 40 große Generatoren zur Verfügung stellen werde. Auch Südkorea kündigt an, eine nicht näher bezifferte Zahl von Starkstrom-Generatoren bereitzustellen.
26.11.2022	In der Ukraine wird der Holodomor-Gedenktag begangen. Dieser erinnert an die von Stalin herbeigeführte Hungersnot 1932–33, die etwa vier Millionen Ukrainer:innen das Leben gekostet hat. Präsident Wolodymyr Selenskyj sagt bei einer offiziellen Gedenkzeremonie, dass die Ukraine aktuell alles dafür tue, um einen weiteren Genozid durch Russland zu verhindern. Die Ukraine sieht den Holodomor als Genozid an und setzt sich international dafür ein, dass er auch in anderen Staaten als Völkermord anerkannt wird.
26.11.2022	In Kyjiw sind weiterhin mehr als 100.000 Menschen ohne Strom. Das kürzlich befreite Cherson konnte wieder an die ukrainische Stromversorgung angeschlossen werden. Zunächst sollen Einrichtungen der kritischen Infrastruktur wie Krankenhäuser wieder mit Strom versorgt werden, anschließend Privathaushalte.
26.11.2022	Der belgische Premierminister Alexander De Croo und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnen eine gemeinsame Erklärung, in der Belgien die ukrainischen Bemühungen um eine EU- und NATO-Mitgliedschaft unterstützt. »Dieses Dokument bestätigt die Unterstützung Belgiens für unseren Weg zur Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union und der NATO«, so Selenskyj.
27.11.2022	Nach Angaben des ukrainischen Generalstabs führt Russland seine wichtigsten Offensivoperationen in Richtung Bachmut und Awdijiwka im östlichen Gebiet Donezk durch. Laut dem amerikanischen Think Tank Institute for the Study of War (ISW) haben sich die russischen Angriffe aufgrund von Regen und Schlamm verlangsamt, werden sich aber in der kommenden Woche, wenn es kälter werden soll und der Boden gefriert, wahrscheinlich wieder verstärken.
27.11.2022	Das Stromdefizit in der Ukraine nach dem jüngsten russischen Angriff vom 23.11 liegt inzwischen bei 20, teilt der staatliche ukrainische Netzbetreiber Ukrenerho mit. In Kyjiw seien Strom, Wasser, Heizung und Mobilfunk fast vollständig wiederhergestellt, teilt die Stadtverwaltung mit.
27.11.2022	Laut dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen haben sich in Europa mehr als 4,7 Mio. Flüchtlinge aus der Ukraine für einen temporären Schutzstatus registrieren lassen. Polen, Deutschland und die Tschechische Republik liegen dabei an der Spitze. Seit Ausbruch der russischen Invasion wurden in Europa rund 7,8 Millionen ukrainische Flüchtlinge registriert, von denen viele bereits in die Ukraine zurückgekehrt sind.

28.11.2022	Der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow teilt mit, dass Russland in den letzten neun Monaten mehr als 16.000 Raketenangriffe auf die Ukraine durchgeführt hat, bei denen zu 97 Prozent zivile Ziele getroffen wurden. Allein im Laufe des vergangenen Tages griffen die russischen Streitkräfte neun ukrainische Regionen an: Donezk, Luhansk, Charkiw, Cherson, Saporischschja, Tschernihiw, Sumy, Mykolajiw und Dnipropetrowsk.
28.11.2022	Der öffentlich-rechtliche Sender Suspilne berichtet, dass eine DNA-Untersuchung bestätigt hat, dass der bekannte ukrainische Kinderbuchautor Wolodymyr Wakulenko während der Besetzung der Stadt Isjum in der Region Charkiw getötet wurde. Wakulenko war im April in der Nähe der Stadt verschwunden.
29.11.2022	Beim Treffen der NATO-Außenminister:innen in Bukarest wird der Ukraine zugesagt, die Unterstützung für das angegriffene Land zu verstärken. Das Bündnis werde der Ukraine bei der Wiederherstellung ihrer Energieinfrastruktur und beim Schutz der Zivilbevölkerung vor russischen Raketenangriffen helfen, heißt es in einem offiziellen Statement.
29.11.2022	Die Slowakei übergibt der Ukraine 30 Schützenpanzer vom Typ BMP-1. Im Gegenzug erhält die Slowakei 15 Leopard 2 Panzer von Deutschland.
30.11.2022	Das US-Verteidigungsministerium beauftragt den amerikanischen Waffenhersteller Raytheon mit der Lieferung von 6 NASAMS-Luftabwehrsystemen für die Ukraine im Wert von 1,2 Milliarden US-Dollar. Die Ukraine hat Anfang November erstmals zwei NASAMS-Luftabwehrsysteme erhalten, die bereits eingesetzt werden, um das Land vor russischen Raketenangriffen zu schützen.
30.11.2022	Gemeinsam mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag plant die EU einen Sondergerichtshof zur Verfolgung von Kriegsverbrechen einzurichten, die während der russischen Invasion in der Ukraine begangen wurden, teilt die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, mit.
30.11.2022	Der Deutsche Bundestag erkennt den Holodomor, die von den sowjetischen Behörden angeordnete Hungersnot in der Ukraine 1932–1933, der bis zu vier Millionen Menschen zum Opfer fielen, als Völkermord an der ukrainischen Bevölkerung an. »Aus heutiger Sicht ist die historische und politische Einordnung als Völkermord offensichtlich«, heißt es in dem Antrag »Holodomor in der Ukraine: Erinnern – Gedenken – Mahnen«. Der Antrag wurde von der Regierungskoalition SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP sowie der CDU/CSU eingebracht und mit der Mehrheit der Antragsteller bei Enthaltung der AfD und Die Linke angenommen.
01.12.2022	Bei einem Gefangenenaustausch kehren 50 ukrainische Soldaten aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück: Im Gegenzug werden 50 russische Soldaten ausgetauscht.
01.12.2022	Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz bekräftigen US-Präsident Joe Biden und sein französischer Amtskollege Emmanuel Macron, dass der Westen die Ukraine nicht zu inakzeptablen Kompromissen mit Russland drängen werde, da dies nicht zu einem nachhaltigen Frieden führen würde. Beide Staatschefs versichern der Ukraine ihre Unterstützung, auch mit weiteren Waffenlieferungen.
01.12.2022	Deutschland liefert der Ukraine weitere militärische Güter, darunter mehrere Brückenlegepanzer und Dutzende gepanzerte Fahrzeuge für den Grenzschutz.
01.12.2022	Die ukrainischen Behörden überlegen, die Aktivitäten der Ukrainisch Orthodoxen Kirche – Moskauer Patriarchat (UOK) in der Ukraine angesichts der russischen Invasion zu verbieten. Laut Präsident Wolodymyr Selenskyj hat der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt. Am 27. Mai 2022 beschloss ein Konzil zwar die »vollständige Trennung« der UOK vom Moskauer Patriarchat; kirchenrechtlich ist diese Erklärung jedoch vage. Aufgrund von Kollaborationsvorwürfen kam es in den letzten Wochen zu landesweiten Durchsuchungen in Einrichtungen der UOK. Der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) hat dabei u. a. Broschüren gefunden, in denen das Recht der Ukraine auf Unabhängigkeit geleugnet wird und in denen es heißt, dass Russland, die Ukraine und Weißrussland unteilbar seien.
02.12.2022	Außenminister Dmytro Kuleba teilt mit, dass in den vergangenen Tagen insgesamt 12 diplomatische Auslandsvertretungen der Ukraine entweder Briefbomben oder blutverschmierte Pakete erhalten habe. »Diese Kampagne zielt darauf ab, Angst zu schüren und ukrainische Diplomaten einzuschüchtern«, so Kuleba.
02.12.2022	Laut dem Generalstab der Ukraine ist die Anzahl der getöteten russischen Soldaten auf mehr als 90.000 gestiegen. Seit Beginn der russischen Invasion am 24. Februar seien schätzungsweise 90.090 russische Soldaten in der Ukraine gefallen, so der tägliche Bericht des Generalstabs. Außerdem habe Russland 2.916 Panzer verloren, 5.883 gepanzerte Kampffahrzeuge, 1.905 Artilleriesysteme und Tausende weiterer Fahrzeuge.
02.12.2022	DER SPIEGEL berichtet, dass Deutschland der Ukraine sieben weitere Gepard-Flugabwehrkanonenpanzer übergeben werde. Aus Spanien erhält die Ukraine laut Verteidigungsminister Oleksij Resnikow zwei weitere HAWK-Flugabwehrraketensysteme.
02.12.2022	Die Ukraine erhält von den USA eine Tranche von 1,5 Mrd. US-Dollar Budgethilfe, die Teil eines Gesamtpakets von 4,5 Mrd. US-Dollar sind, das die USA der Ukraine im November zugesagt haben.

03.12.2022	Der ukrainische Chefunterhändler und Vorsitzende der Regierungsfraktion »Diener des Volkes«, Davyd Arachamija, schreibt im Messenger-Dienst Telegram, bevor die Ukraine Friedensverhandlungen mit Russland aufnimmt, die russischen Truppen sich aus der Ukraine zurückziehen müssen. Kyjiw sei bereit, Russland Sicherheitsgarantien zu geben, wenn es seine Truppen aus der Ukraine abziehe, Reparationen zahle und alle Kriegsverbrecher vor Gericht stelle. Damit reagiert Arachamija auf einen Vorstoß des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der zuvor mitteilte, dass man Russland Sicherheitsgarantien geben müsse, damit es den Krieg gegen die Ukraine beende.
04.12.2022	Laut Berechnungen der Kyiv School of Economics (KSE) hat Russland in der Ukraine landwirtschaftliche Erzeugnisse im Wert von 1,9 Milliarden US-Dollar gestohlen und zerstört. Geschätzte 2,8 Millionen Tonnen Getreide und 1,2 Millionen Tonnen Ölsaaten wurden nach Angaben der KSE durch Russlands Krieg gegen die Ukraine zerstört oder gestohlen.
04.12.2022	Die Strom- und Wasserversorgung im kürzlich befreiten Cherson ist weitgehend wiederhergestellt. Laut dem Gouverneur der Region, Jaroslaw Januschewytsch, werden 85 Prozent der Haushalte bereits wieder mit Strom versorgt. Die Wasserversorgung für 70 Prozent der Haushalte werde wiederhergestellt, sobald die Pumpstation ihren Betrieb wieder aufnimmt.
04.12.2022	Seit Beginn der russischen Invasion wurden mindestens 9.400 Zivilist:innen getötet, teilt der erste stellvertretende Innenminister Jewhen Jenin mit. Darunter seien 451 Kinder. Weitere 6.800 Zivilist:innen wurden verwundet. Die tatsächliche Opferzahl wird wesentlich höher geschätzt, kann ohne Zugang zu den von Russland besetzten Gebieten jedoch nicht genau erhoben werden. Alleine in der weitgehend zerstörten Großstadt Mariupol soll es Zehntausende Opfer gegeben haben, schätzen ukrainische Behörden.
04.12.2022	Das ukrainische Militär schätzt, dass um Bachmut, wo aktuell die schwersten Gefechte stattfinden, täglich 50–100 russische Soldaten sterben. Ebenso viele würden verletzt, teilt ein Sprecher der ukrainischen Armee mit.
04.12.2022	Laut dem Innenministerium der Ukraine haben am 3. und 4. Dezember neun Frachtschiffe mit insgesamt 336.000 Tonnen Getreide an Bord den Hafen von Odesa verlassen. Ziel seien Staaten in Afrika, die im Zuge des »Grain from Ukraine«-Programms mit Getreide aus der Ukraine versorgt werden.
05.12.2022	Beim inzwischen achten russischen Raketengroßangriff auf die energetische Infrastruktur der Ukraine werden 60 der 70 russischen Raketen von der ukrainischen Armee abgewehrt. Dennoch kommt es in mehreren ukrainischen Regionen zu erneuten Ausfällen der Strom- und Wasserversorgung, darunter Kyjiw, Schytomyr, Sumy, Odesa, Mykolajiw und Kriwij Rih. Das Energiedefizit beträgt laut Premierminister Denys Schmyhal 19 Prozent. Selbst in der benachbarten Republik Moldau kommt es zu Problemen mit der Energieversorgung.
05.12.2022	In Russland kommt es auf den Luftwaffenstützpunkten in der Nähe der Städte Rjasan und Engels zu Explosionen. In Engels zerstört eine Drohne zwei TU-95 Langstreckenbomber, in Rjasan kommen mehrere Soldaten ums Leben. Die Ukraine äußert sich nicht zu den Angriffen. An beiden Standorten sind strategische Bomber stationiert, mit denen Russland die Ukraine angreift.
05.12.2022	Die ukrainische Umweltaufsichtsbehörde schätzt die durch die russische Invasion verursachten Umweltschäden auf mehr als 12 Milliarden US-Dollar. Mehr als 291 Millionen Quadratmeter Land wurden verseucht und über 8 Milliarden Quadratmeter verunreinigt, berichtet die Behörde. Das gefährde sowohl die nationale sowie die internationale Lebensmittelversorgung, da die Ukraine zu den weltweit wichtigsten Exporteuren für Agrarerzeugnisse zählt.
06.12.2022	60 ukrainische Soldaten kehren im Rahmen eines Gefangenenaustauschs mit Russland in die Ukraine zurück, so der Leiter des Präsidialamtes, Andrij Jermak. Unter den Heimkehrern befänden sich auch Soldaten, die in der Hafenstadt Mariupol gekämpft hatten. Einige seien im besetzten Oleniwka im Gebiet Donezk gefangen gehalten worden, wo am 29. Juli durch eine Explosion mehr als 50 ukrainische Kriegsgefangene getötet wurden.
07.12.2022	Präsident Wolodymyr Selenskyj teilt mit, dass die Ukraine seit dem 24. Februar 1.888 Siedlungen von den russischen Besatzern befreit habe. Fast ebenso viele Städte und Dörfer stünden allerdings weiterhin unter russischer Besatzung, so Selenskyj.
07.12.2022	Der Direktor des ukrainischen Öl- und Gasmonopolisten Naftohas, Oleksij Tschernyschow, erklärt, dass durch die jüngsten russischen Angriffe 350 Erdgasanlagen im Land beschädigt worden seien. Dadurch sei dem Unternehmen ein Schaden von Gasproduktionskapazitäten in Höhe von rund 700 Mio. US-Dollar entstanden.
07.12.2022	Die EU unterbreitet Vorschläge für das neunte Sanktionspaket gegen Russland. »Russland bringt weiterhin Tod und Verwüstung in die Ukraine. Es nimmt gezielt Zivilisten und zivile Infrastruktur ins Visier und versucht, das Land zu Beginn des Winters lahmzulegen. Wir stehen an der Seite der Ukraine und lassen Russland für seine Grausamkeiten bezahlen«, teilt die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen in einer Erklärung mit.

07.12.2022	Seit der russischen Invasion der Ukraine haben 1,3 Millionen Menschen auf der Welt begonnen, ukrainisch zu lernen, teilt das amerikanische Technologieunternehmen Duolingo mit, das eine populäre Sprachlernanwendung anbietet. In Deutschland sei die Zahl der Ukrainisch-Lernenden um das Sechzehnfache gestiegen, so Duolingo.
08.12.2022	Das Oberste Anti-Korruptionsgericht der Ukraine erlässt einen Haftbefehl gegen Kyrjlo Schewtschenko, den ehemaligen Vorsitzenden der ukrainischen Zentralbank, berichtet die NGO Anti-Corruption Action Center. Schewtschenko, der sich zu einer medizinischen Behandlung in Österreich befindet, wird verdächtigt, umgerechnet ca. 5,5 Millionen US-Dollar von der ukrainischen Ukrgasbank veruntreut zu haben.
08.12.2022	Im Laufe des vergangenen Tages wurden bei russischen Angriffen auf Donezk, Cherson, Saporischschja, Charkiw, Dnipropetrowsk, Luhansk, Sumy und Mykolajiw 15 Menschen getötet und 17 verletzt, teilt das Online-medium Kyiv Independent mit.
09.12.2022	Präsident Wolodymyr Selenskyj berichtet, dass in der Region um die Städte Bachmut, Soledar und Kreminna aktuell die schwersten Kämpfe stattfänden. »Die Besatzer haben Bachmut, eine weitere Stadt im Donbas, die die russische Armee in Ruinen verwandelt hat, praktisch zerstört«, so Selenskyj.
09.12.2022	UN-Menschenrechtskommissar Volker Turk spricht von einem »Menschenrechtsnotstand« in der Ukraine. Etwa 17,7 Millionen Ukrainer:innen benötigen humanitäre Hilfe, weil Russland einen totalen Krieg gegen das Land führt. 9,3 Millionen Menschen sind auf Nahrungsmittel und Hilfe für den Lebensunterhalt angewiesen, so Turk gegenüber der CNN.
09.12.2022	Russland hat seit Beginn der Invasion mehr als 13.000 ukrainische Kinder illegal nach Russland deportiert, berichtet Daria Herasymtschuk, die Beraterin des ukrainischen Präsidenten für Kinderrechte und Rehabilitation.
09.12.2022	Die deutsche Bundesregierung kündigt weitere militärische Unterstützung für die Ukraine an, darunter 18 Panzerhaubitzen des Typs RCH-155 und 80 Kleintransporter. Da die RCH-155 Panzerhaubitzen erst produziert werden müssen, werden sie womöglich erst in einigen Jahren an die Ukraine ausgeliefert werden können.
09.12.2022	Die G7 fordern, dass bei der Auswahl der ukrainischen Verfassungsrichter:innen unabhängige Expert:innen eine entscheidende Rolle spielen sollen. Die G7-Staaten reagieren damit auf einen Gesetzentwurf über die Auswahl der ukrainischen Verfassungsrichter:innen, der nächste Woche in der Werchowna Rada beraten werden soll.
10.12.2022	Nach einem weiteren russischen Angriff mit 15 Drohnen auf die Südukraine sind in der Region Odesa mehr als 1,5 Mio. Menschen ohne Strom, teilt Präsident Wolodymyr Selenskyj mit. Zwar konnten zehn Drohnen abgeschossen werden, die anderen fünf trafen jedoch die Energieversorgung. Die Reparatur könne laut dem ukrainischen Energiekonzern DTEK mehrere Monate dauern. Seit dem 10. Oktober hat Russland mehr als 1.000 Raketen und Drohnen auf die ukrainische Energieinfrastruktur abgefeuert, so der Leiter des staatlichen ukrainischen Netzbetreibers Ukrenerho, Wolodymyr Kudryzkyj.
10.12.2022	Seit Beginn der russischen Invasion am 24. Februar hat die Polizei knapp 47.000 russische Kriegsverbrechen registriert, teilt der Leiter der Nationalen Polizei Ihor Klymenko mit. Diese Zahl schließt Kriegsverbrechen wie Folter, Vergewaltigung und Mord an Zivilist:innen durch russische Truppen mit ein, so Klymenko.
10.12.2022	Trotz einer Blockade durch Ungarn beschließt der EU-Rat Makrofinanzhilfen für die Ukraine in Höhe von 18 Milliarden Euro. Die Regierungschefs der EU haben eine grundsätzliche Einigung über ein Hilfspaket erzielt, mit dem die Ukraine 2023 unterstützt werden soll. Der Vorschlag wird dem Europäischen Parlament nächste Woche zur Abstimmung vorgelegt.
11.12.2022	Die Ukraine hat seit Beginn der russischen Invasion auf einer Fläche von 76.432 Hektar mehr als 300.000 Sprengsätze entschärft, teilt der ukrainische Katastrophenschutz mit.
11.12.2022	Der staatliche Netzbetreiber Ukrenerho erhält 400 Mio. Euro für den Wiederaufbau der von Russland gezielt zerstörten Energieinfrastruktur. 300 Mio. Euro stammen von der EBRD, 72 Mio. Euro von den Niederlanden und 32,5 Mio. von der deutschen KfW-Bank, wie ein Sprecher von Ukrenerho mitteilt. Zwei Tage zuvor gab Norwegen bekannt, 90 Mio. US-Dollar dafür bereitzustellen. Laut Premierminister Denys Schmyhal sind alle Wärme- und Wasserkraftwerke des Landes beschädigt sowie 40 Prozent des ukrainischen Hochspannungsnetzes, das den Strom von den Kraftwerken zu den Verbraucher:innen transportiert. Schmyhal schätzt, dass insgesamt etwa 1 Mrd. US-Dollar für die Instandsetzung der Energieinfrastruktur benötigt werden.
11.12.2022	Das russische Militär greift sieben Regionen der Ukraine an. Mindestens zwei Zivilist:innen kommen dabei ums Leben und acht werden verletzt, berichten die örtlichen Gouverneure. Die schwersten Gefechte gibt es weiterhin um die Stadt Bachmut.

12.12.2022	Der Justizausschuss der Werchowna Rada empfiehlt, dass umstrittene Kyjiwer Bezirksverwaltungsgericht aufzulösen. Das Gericht zählt aufgrund zahlreicher Korruptionsskandale in der Vergangenheit zu den berüchtigsten im Land. Dem Vorsitzenden Richter, Pawlo Wowk, sowie weiteren Richtern des Gerichts werden Behinderung der Justiz, Organisierte Kriminalität und Amtsmissbrauch vorgeworfen. Wenige Tage zuvor hatte das US-Außenministerium angekündigt, Sanktionen gegen Richter Pawlo Wowk zu verhängen.
12.12.2022	Der EU-Rat hebt die Obergrenze der Europäischen Friedensfazilität (EFF) um 2 Mrd. Euro auf bis zu 5,5 Mrd. Euro an. »Mit dem heutigen Beschluss wird sichergestellt, dass wir über ausreichende Mittel verfügen, um den Streitkräften unserer Partner weiterhin konkrete militärische Unterstützung zu leisten«, teilt Josep Borell, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, mit. Mit der EFF leistet die EU militärische Unterstützung für die Ukraine sowie andere Partnerländer.
12.12.2022	Laut neuen Umfrageergebnissen der Rating-Gruppe bedeutet für 85 Prozent der Ukrainer:innen ein Sieg im Krieg mit Russland, dass alle Gebiete der Ukraine befreit werden, einschließlich der Krim und des Donbas. Lediglich 9 Prozent meinen, dass für einen Sieg die Befreiung derjenigen Gebiete reiche, die Russland seit Beginn der Invasion am 24. Februar erobert hat. Nur 5 Prozent unterstützen eine Fortführung der Kämpfe auf russischem Territorium.
12.12.2022	Die Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass sie bisher 154 Fälle sexueller Gewalt durch russische Soldaten seit dem 24. Februar registriert habe. »In den befreiten Gebieten werden neue Fälle von sexueller Gewalt im Zusammenhang mit dem Krieg aufgedeckt. Gemeinsame mobile Gruppen von Staatsanwält:innen, internationalen Expert:innen und Psycholog:innen sind dort tätig«, so die Generalstaatsanwaltschaft.
13.12.2022	Nachdem die Werchowna Rada ein Gesetz zur Auflösung des umstrittenen Kyjiwer Bezirksverwaltungsgerichts verabschiedet, unterzeichnet Präsident Wolodymyr Selenskyj es noch am selben Tag, wodurch das Gesetz rechtskräftig wird. Selenskyj hatte den Gesetzesentwurf bereits im April 2021 ins Parlament eingebracht, allerdings wurde die Verabschiedung von Abgeordneten seiner eigenen Partei »Diener des Volkes« blockiert. Erst im Rahmen der vor wenigen Tagen angekündigten US-Sanktionen gegen den Vorsitzenden des Gerichts, Pawlo Wowk, kam wieder Bewegung in das Gesetzgebungsverfahren.
13.12.2022	In Paris findet die Konferenz »In Solidarität mit dem ukrainischen Volk« statt. Die mehr als 70 teilnehmenden Staaten und internationalen Organisationen beschließen, dem angegriffenen Land mehr als 1 Mrd. US-Dollar an Hilfgeldern zur Verfügung zu stellen, um durch den Winter zu kommen. Das Geld soll vorrangig in die Wiederherstellung des Energiesektors gehen sowie in Nahrungsmittelsicherheit, Wasserversorgung und den Gesundheitssektor.
13.12.2022	Die Werchowna Rada verabschiedet ein Gesetz zum Schutz ethnischer Minderheiten. Die Verabschiedung des Gesetzes ist eine der Bedingungen für den geplanten EU-Beitritt des Landes. Parlamentssprecher Ruslan Stefanchuk erklärt, dass der Gesetzesentwurf die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit ethnischer Minderheiten schützt sowie ihre Gedanken-, Rede-, Gewissens- und Religionsfreiheit.
14.12.2022	Fast 8 Millionen Menschen, das entspricht etwa 20 Prozent der ukrainischen Bevölkerung aus der Vorkriegszeit, haben seit dem 24. Februar das Land verlassen, teilt der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für Menschenrechte, Dmytro Lubinez, mit. Weitere 4,9 Millionen Menschen sind als Binnenflüchtlinge innerhalb des Landes umgezogen. Ungefähr ein Drittel der Binnenvertriebenen sind Rentner:innen oder Menschen mit Behinderungen, so Lubinez.
14.12.2022	Die Luftverteidigungskräfte haben alle 13 Shahed-136 Drohnen, mit denen Russland die Hauptstadt Kyjiw angegriffen hat, abgeschossen, berichtet Präsident Wolodymyr Selenskyj.
14.12.2022	Dmytro Lubinez, Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses der Werchowna Rada, teilt mit, dass im befreiten Cherson eine Folterkammer, die speziell für Kinder ausgelegt war, entdeckt wurde. Nach Aussagen der lokalen Bevölkerung und anderer Folteropfer wurden dort ukrainische Kinder von russischen Sicherheitsdiensten festgehalten und physisch und psychologisch gefoltert. »Ich dachte, dass es nach Butscha und Irpin nicht mehr schlimmer werden könnte, aber den Tiefpunkt haben wir in Cherson erreicht«, so Lubinez.
14.12.2022	Das EU-Parlament billigt Makrofinanzhilfen für die Ukraine im Wert von 18 Milliarden Euro. Nachdem Ungarn den ursprünglichen Vorschlag zunächst blockiert hatte, billigten die Abgeordneten eine Änderung der Verordnung, die es ermöglicht, der Ukraine im kommenden Jahr 18 Mrd. Euro Budgethilfen zur Verfügung zu stellen. Das Darlehen ist an Reformen geknüpft und dient der Finanzierung grundlegender öffentlicher Dienstleistungen, der Aufrechterhaltung der makroökonomischen Stabilität und dem Wiederaufbau der Infrastruktur.

15.12.2022	Die Ukraine bereite eine neue große Militäroperation vor, die aber »noch nicht sichtbar« sei, teilt der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte Walerij Saluschnyj dem britischen Economist in einem Interview mit. Was Russland anbelangt, so habe Saluschnyj »keine Zweifel daran, dass sie Kyjiw erneut angreifen werden«. Russland trainiere aktuelle bis zu 200.000 Wehrpflichtige, um im Frühjahr 2023 eine neue Offensive zu starten, so Saluschnyj.
15.12.2022	Der US-Senat verabschiedet den Verteidigungsetat für 2023, in dem 800 Millionen US-Dollar für die Ukraine vorgesehen sind. Mit 858 Mrd. US-Dollar ist der Verteidigungsetat der höchste alle Zeiten.
15.12.2022	Das Europäische Parlament (EP) stuft den Holodomor als »Völkermord am ukrainischen Volk« ein. Das EP »verurteilt diese Taten, die den Tod von Millionen von Ukrainern zur Folge hatten, aufs Schärfste und fordert alle Länder und Organisationen, die dies noch nicht getan haben, auf, diesem Beispiel zu folgen und es als Völkermord anzuerkennen«, heißt es in der entsprechenden Resolution.
16.12.2022	Am Morgen erfolgt ein erneuter groß angelegter Raketenangriff auf die Ukraine. 60 der 76 russischen Raketen werden von der Ukraine abgeschossen. Russland versucht mit den Großangriffen die Energieinfrastruktur der Ukraine zu zerstören. Aus Kyjiw und anderen Städten werden Explosionen und Opfer gemeldet.
16.12.2022	Der staatliche Netzbetreiber Ukrenerho teilt mit, dass sich die Energiesicherheit aufgrund des neuerlichen Angriffs auf die Energieinfrastruktur »signifikant« verschlechtert habe und es in allen Regionen Ausfälle bei der Energieversorgung gäbe. Laut Präsident Wolodymyr Selenskyj habe Russland noch genügend Raketen für mehrere Angriffe.
16.12.2022	Als Reaktion auf den erneuten Raketenbeschuss auf die ukrainische Energieinfrastruktur teil Josep Borell, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, mit, dass die EU die Unterstützung für die Ukraine verstärken werde. Die USA kündigen an, dass die Ukraine im nächsten militärischen Hilfspaket weitere Luftverteidigungssysteme erhalten werde. Ob dies das Patriot-Luftverteidigungssystem beinhaltet, lässt John Kirby, Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats, offen. Die Ukraine fordert seit Längerem die Lieferung dieser Systeme, die als effektives Mittel gegen Raketenangriffe gelten.
17.12.2022	Das Ministerkabinett gibt bekannt, dass etwa 10.000 neue »Unbesiegbarkheitszentren« eröffnet werden sollen. Seit Beginn der gezielten massiven russischen Angriffe auf die Infrastruktur vor etwa zwei Monaten wurden landesweit bereits ca. 5.000 solcher Zentren geöffnet. Sie bieten der notleidenden Bevölkerung die Möglichkeit, sich aufzuwärmen, Mobiltelefone aufzuladen sowie medizinische und psychologische Versorgung an.
17.12.2022	Deutschland werde der Ukraine nicht als einziges Land Kampfpanzer westlicher Bauart liefern, teilt Bundeskanzler Olaf Scholz der Süddeutschen Zeitung mit. Die Ukraine fordert seit Langem westliche Kampfpanzer. Bisher haben die westlichen Verbündeten jedoch nur alte sowjetische Panzer geliefert und keine modernen Panzer wie z. B. den Leopard 2 Panzer aus deutscher Produktion.
18.12.2022	Präsident Wolodymyr Selenskyj berichtet, dass die Stromversorgung für 9 Mio. Menschen in der Ukraine wiederhergestellt sei. Bereits am Vortrag wurden 6 Mio. Menschen wieder mit Strom versorgt. Der Bürgermeister von Kyjiw, Witalij Klytschko, teilt mit, dass die Wärmeversorgung in der gesamten Hauptstadt wieder funktioniere. Nach dem letzten massiven Beschuss der energetischen Infrastruktur am 16. Dezember, bei dem alleine 40 russische Raketen auf Kyjiw abgeschossen wurden, kam es in vielen Regionen des Landes zu erneuten Stromausfällen. Aufgrund der fortwährenden russischen Raketenangriffe fordert Selenskyj von den Partnern der Ukraine weitere Luftabwehrsysteme.
19.12.2022	Russland greift die Ukraine erneut mit Dutzenden iranischen Kamikaze-Drohnen an. 30 der 35 Drohnen können abgeschossen werden, in einigen Regionen wie Kyjiw und Dnipropetrowsk werden Wohnhäuser und Infrastruktureinrichtungen getroffen. Es ist der bisher größte Drohnenangriff Russlands auf die Ukraine.
19.12.2022	Großbritannien stellt der Ukraine weitere militärische Unterstützung im Wert von mehr als 300 Mio. US-Dollar zur Verfügung. Die Hilfen beinhalten vor allem Hunderttausende Schuss Artilleriemunition, die auf beiden Seiten der Front allmählich knapper werde.
19.12.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj berichtet, dass Bachmut weiterhin die Stadt sei, wo es die schwersten Gefechte entlang der 1.300 Kilometer langen Frontlinie gäbe. Seit Mai versuchten reguläre russische Truppen sowie Söldner der »Wagner«-Privatarmee die Stadt einzunehmen, jedoch ohne Erfolg. Bachmut gilt beiden Seiten als strategisch wichtiger Knotenpunkt, weshalb Russland seit Monaten hohe Verluste in Kauf nimmt, um die stark befestigte Stadt einzunehmen.
20.12.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj reist am 300. Tag der russischen Invasion unangekündigt direkt an die Front nach Bachmut, wo weiterhin die schwersten Kämpfe stattfinden. Er verleiht zahlreiche Orden an Soldaten und dankt den »Helden von Bachmut« für ihren heroischen Kampf, der auch mit großen Verlusten verbunden ist.

20.12.2022	Die Weltbank kündigt ein Hilfspaket für die Ukraine im Umfang von 610 Mio. US-Dollar an. Damit sollen Ausgaben im Bereich Soziales und Familien sowie für die Bezahlung der Angestellten im öffentlichen Dienst gedeckt werden. Ebenfalls über die Weltbank erhält die Ukraine weitere 2 Mrd. US-Dollar von den USA. Das Geld ist vorgesehen für Rentenzahlungen, kostenlose medizinische Versorgung sowie für die Gehälter der Rettungskräfte, so das Finanzministerium der Ukraine. Es handele sich dabei um die zweite Tranche eines Gesamtpakets von 4,5 Mrd. US-Dollar. Mit insgesamt 12 Mrd. US-Dollar in 2022 sind die USA der größte Geber direkter Haushaltshilfen für die Ukraine.
21.12.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj tritt seine erste Auslandsreise seit der russischen Invasion am 24. Februar an und fliegt nach Washington. Unter anderem trifft er US-Präsident Joe Biden und spricht vor dem US-Kongress. »Es ist eine Ehre, an Ihrer Seite zu stehen«, so Biden, der gegenüber Selenskyj bekräftigte, die USA werden »alles in ihrer Macht Stehende« tun, um die Ukraine zu stärken. Bei seiner von vielen als historisch beschriebenen Rede im Kongress erhielt Selenskyj minutenlange Standing Ovationen. Vor den Kongressmitgliedern sagte Selenskyj: »Ihr Geld ist keine Wohltätigkeit, sondern eine Investition in die globale Sicherheit«. Die USA sind, gemessen an den Ausgaben, der wichtigste Verbündete der Ukraine, sowohl was militärische als auch finanzielle Hilfe angeht. Im neuen US-Haushalt für 2023 sollen knapp 45 Mrd. US-Dollar für die Ukraine bereitgestellt werden.
21.12.2022	Die USA stellen der Ukraine weitere Militärhilfen in Höhe von 1,85 Milliarden US-Dollar zur Verfügung, berichtet US-Außenminister Anthony Blinken. Darunter sei erstmals die Lieferung einer Patriot-Raketenbatterie sowie präzisionsgelenkter Bomben für Kampffjets. Damit soll die Ukraine die russischen Raketenangriffe abwehren können.
22.12.2022	Die Nachrichtenagentur AP schätzt, dass seit März im besetzten Mariupol mindestens 10.300 neue Gräber ausgehoben wurden. Die Gesamtfläche der neuen Gräber beträgt nach Auswertung von Videoaufnahmen mehr als 51.500 Quadratmeter, so AP. Im befreiten Cherson finden die ukrainischen Behörden ein neues Massengrab mit den Überresten von 36 weiteren Zivilist:innen.
22.12.2022	Laut dem ukrainischen Generalstab übersteigt die Opferzahl russischer Soldaten inzwischen 100.000 Tote: Seit Beginn der russischen Invasion am 24. Februar sind schätzungsweise 100.400 russische Soldaten in der Ukraine gestorben. Russland verlor außerdem 3.003 Panzer, 5.981 gepanzerte Kampffahrzeuge, 4.615 Fahrzeuge, 1.978 Artilleriesysteme, 413 Mehrfachraketenwerfer, 212 Luftabwehrsysteme, 283 Flugzeuge, 267 Hubschrauber, 1.693 Drohnen und 16 Boote.
22.12.2022	Der US-Senat verabschiedet den US-Haushalt für 2023, in dem mehr als 40 Mrd. US-Dollar Hilfen für die Ukraine vorgesehen sind.
22.12.2022	Der US-Senat beschließt einen Antrag zur Übertragung beschlagnahmter Vermögenswerte russischer Oligarchen an die Ukraine. »Dieser Änderungsantrag werde es dem Justizministerium ermöglichen, Erlöse aus beschlagnahmten Vermögenswerten von Oligarchen oder anderen sanktionierten Einrichtungen an die Ukraine zu überweisen«, so Senator Lindsey Graham. Die Verbündeten der Ukraine planen, eingefrorene russische Vermögenswerte für den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden.
22.12.2022	Die G7-Staaten sagen der Ukraine bis zu 32 Milliarden US-Dollar an finanzieller Unterstützung für 2023 zu, heißt es in einer Erklärung der deutschen Bundesregierung, die 2022 den G7 Vorsitz innehat.
23.12.2022	Die Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass in den befreiten Gebieten insgesamt 54 russische Folterkammern entdeckt wurden und mehr als 5.000 Fälle von Folter untersucht werden. Außerdem laufen 855 strafrechtliche Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen gegen Kinder, darunter 10 Fälle sexueller Gewalt.
23.12.2022	Die Niederlande stellen der Ukraine im kommenden Jahr Hilfen im Wert von 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung. »Solange Russland seinen Krieg gegen die Ukraine fortsetzt, werden die Niederlande die Ukraine unterstützen«, kommentiert Ministerpräsident Mark Rutte die angekündigten Hilfen.
23.12.2022	Die Europäische Kommission erwartet, dass die Ukraine die Empfehlungen der Venedig-Kommission zum Gesetz über das Verfassungsgericht »in vollem Umfang berücksichtigen werde«, so Ana Pisonero, Sprecherin der EU-Kommission. Die Reform des Verfassungsgerichts ist eine der sieben Empfehlungen der EU zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Das Gesetz wurde am 13. Dezember von der Werchowna Rada verabschiedet und am 20. Dezember von Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet, ohne jedoch, dass die Empfehlungen der Venedig-Kommission berücksichtigt wurden. Die EU-Kommission werde den Prozess daher weiter aufmerksam verfolgen, so Pisonero.
24.12.2022	Die russische Armee führt die Angriffe gegen die Ukraine auch an Heiligabend fort. In Cherson, das seit der Befreiung Mitte November massiv von russischen Truppen beschossen wird, wird u. a. ein Krankenhaus angegriffen. Insgesamt sterben allein bei den Angriffen auf die Oblast Cherson 16 Menschen.

25.12.2022	Am ersten Weihnachtsfeiertag, der in diesem Jahr auch vermehrt von vielen Ukrainer:innen gefeiert wird als Abgrenzung von Russland, wo Anfang Januar das orthodoxe Weihnachtsfest gefeiert wird, werden insgesamt 65 Ortschaften in der Ukraine von den russischen Truppen angegriffen.
25.12.2022	Premier Denys Schmyhal teilt mit, dass die Ukraine insgesamt 1,5 Mrd. US-Dollar an Hilfen zur Reparatur und Instandsetzung der Energieinfrastruktur erhalten habe, die seit Oktober gezielt unter russischem Beschuss steht.
25.12.2022	In der russischen Stadt Engels kommt es auf einem Stützpunkt der russischen Luftstreitkräfte erneut zu Explosionen. Bereits am 5. Dezember kam es zu einem Drohnen-Angriff auf den Stützpunkt, der sich mehrere hundert Kilometer entfernt von der ukrainisch-russischen Grenze befindet. Russland hat hier u. a. seine TU-95 Langstreckenbomber stationiert, mit denen es die Ukraine mit Marschflugkörpern angreift. Es wird vermutet, dass die Ukraine hinter den Angriffen steht; eine offizielle Erklärung aus Kyjiw gibt es jedoch nicht.
26.12.2022	In seiner allabendlichen Videobotschaft bezeichnet Präsident Wolodymyr Selenskyj die aktuelle Lage im Donbas als »schwierig und schmerzhaft. Die Besatzer setzen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ein – und das sind beträchtliche Mittel –, um wenigstens einige Geländefortschritte zu erzielen«. Im hart umkämpften Bachmut seien inzwischen 60 Prozent der Infrastruktur beschädigt oder zerstört, so der Gouverneur der Oblast Donezk, Pawlo Kyrlyenko.
26.12.2022	Nach Angaben von Außenminister Dmytro Kuleba strebt die Ukraine bis Ende Februar 2023 einen Friedensgipfel unter Beteiligung der Vereinten Nationen an. Am 12. Dezember erklärte Präsident Wolodymyr Selenskyj, die Ukraine wolle 2023 einen Gipfel zur Umsetzung der »Ukrainischen Friedensformel« einberufen. Diese besteht aus 10 Punkten und sieht unter anderem die Wiederherstellung der territorialen Integrität und den Abzug der russischen Truppen vor.
27.12.2022	Der russische Einmarsch hat das Nettovermögen der 20 reichsten Ukrainer in knapp einem Jahr fast halbiert: Seit Februar 2022 sank ihr Vermögen um 20 Mrd. US-Dollar auf insgesamt 22,5 Mrd. US-Dollar, schätzt das Magazin Forbes Ukraine. Alleine das Vermögen des reichsten Ukrainers Rinat Achmetow, dem u. a. das zerstörte Asowstal-Werk im besetzten Mariupol gehört, sank um 9,3 Mrd. US-Dollar auf aktuell 4,4 Mrd. US-Dollar.
27.12.2022	Russland hat seit dem 24. Februar mehr als 700 Einrichtungen der kritischen Infrastruktur in der Ukraine beschädigt, teilt der Erste Stellvertretende Innenminister Jewhen Jenin mit. Dazu gehören Gaspipelines, elektrische Umspannwerke und Brücken. Insgesamt seien durch die russischen Angriffe mehr als 35.000 Objekte in der Ukraine zerstört worden, so Jenin.
28.12.2022	Bei der traditionellen Ansprache des Präsidenten in der letzten Parlamentssitzung des Jahres, die wegen eines Luftalarms mit 90-minütiger Verspätung beginnt, gibt Wolodymyr Selenskyj als wichtigstes Ziel des kommenden Jahres die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine aus. In seiner Rede beschwört er die »Einheit« des Landes, die »auf dem Weg zum Sieg, von dem alle Generationen geträumt haben« entscheidend sei. Auch dankt er den Verbündeten für die kontinuierliche Unterstützung seines Landes, insbesondere den USA, die am meisten finanzielle und militärische Hilfe leisten.
28.12.2022	Kreml-Sprecher Dmitri Peskow teilt der Nachrichtenagentur RBC mit, dass Russland einem Friedensplan nur zustimmen werde, wenn die Ukraine der russischen Annexion der Regionen Saporischschja, Donezk, Luhansk und Cherson zustimmt. Die Ukraine hingegen lehnt die völkerrechtswidrige Annexion der Gebiete und deren Anerkennung strikt ab und sieht die Wiederherstellung der territorialen Integrität als zentrales Element sämtlicher Friedenspläne an, wie der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj am selben Tag mitteilt.
28.12.2022	Das ukrainische Militär hat seit September 850 russische Raketen und Drohnen abgeschossen, berichtet Juri Ihnat, Sprecher der ukrainischen Luftwaffe. Die russischen Luftangriffe zielen vorrangig auf die Zerstörung der energetischen Infrastruktur der Ukraine.
29.12.2022	Russland startet am frühen Morgen erneut einen landesweiten Raketengroßangriff auf die ukrainische Energieinfrastruktur. Von den 69 Raketen kann die ukrainische Armee 54 abwehren. Etwa ein Dutzend Objekte der kritischen Infrastruktur werden getroffen. Es gibt mehrere Tote und Verletzte. In 40 Prozent der Haushalte der ukrainischen Hauptstadt fällt der Strom aus, berichtet der Kyjiwer Bürgermeister Witalij Klytschko. Im westukrainischen Lwiw seien gar 90 Prozent der Stadt ohne Strom, so Bürgermeister Andrij Sadowyj. Besonders kritisch sei laut Energieminister Herman Haluschtschenko die Lage in der Region Odesa.
29.12.2022	Großbritannien wird die Ukraine im kommenden Jahr mit 2,8 Milliarden US-Dollar unterstützen, teilt der britische Verteidigungsminister Ben Wallace mit: »Im nächsten Jahr werden wir weitere 2,3 Milliarden Pfund bereitstellen, um sicherzustellen, dass die Ukraine über die benötigten Waffensysteme verfügt.«
29.12.2022	Laut Bloomberg erwägen die USA, der Ukraine Bradley-Schützenpanzer zu liefern. Wann genau die Schützenpanzer zur Verfügung gestellt und ausgeliefert werden sollen, ist aktuell noch unklar, so Bloomberg unter Berufung auf Regierungskreise. Es wäre die erste Lieferung Panzer westlicher Bauart an die Ukraine.

29.12.2022	Ein französisches Gericht nimmt den ukrainischen Oligarchen Kostjantyn Schewaho vorläufig unter Arrest, bis über seinen Auslieferungsantrag an die Ukraine entschieden wird. 2019 wurde in der Ukraine ein Haftbefehl gegen Schewaho erlassen, weil er von der Finance & Credit Bank, deren Eigentümer er war, 113 Millionen US-Dollar veruntreut haben soll. Das aktuelle Vermögen von Schewaho wird auf 1,4 Mrd. US-Dollar geschätzt.
29.12.2022	Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet ein Mediengesetz, das laut offiziellen Angaben dazu dient, die ukrainischen Rechtsvorschriften mit dem EU-Recht in Einklang zu bringen und die russische Propaganda zu bekämpfen. Ukrainische Journalistengruppen kritisieren das Gesetz, da es die Befugnisse der Medienaufsichtsbehörde, die von der Regierung kontrolliert wird, drastisch ausweitet und ihr ermöglicht, Nachrichtenseiten, die nicht offiziell als Medien registriert sind, ohne Gerichtsbeschluss zu schließen, was einer Einschränkung der Pressefreiheit gleichkommt.
30.12.2022	Die gesamte Dauer des Luftalarms in der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw summiert sich seit dem Beginn der russischen Invasion inzwischen auf fast 700 Stunden. Das bedeutet, dass sich die Stadt etwa einen Monat lang im Zustand des Luftangriffsalarms befunden hat, in dem die Menschen dazu aufgefordert sind, Schutz in Luftschutzbunkern zu suchen.
30.12.2022	Trotz der »schwierigsten Aussaat in der Geschichte des Landes« gelang es den ukrainischen Landwirten, in diesem Jahr 60 Millionen Tonnen Getreide zu ernten und damit die Nahrungsmittelvorräte für das nächste Jahr zu sichern, teilt Premierminister Denys Schmyhal auf einer Kabinettsitzung mit. Dank des Schwarzmeer-Getreideabkommens, das es der Ukraine ermöglicht, Getreide über das zuvor blockierte Schwarze Meer zu exportieren, konnten zudem seit August 15 Millionen Tonnen Lebensmittel exportiert werden.
31.12.2022	Am letzten Tag des Jahres greift Russland erneut mehrere Regionen der Ukraine mit etwa 20 Raketen an. Es gibt mindestens einen Toten und mehr als 30 Verletzte, darunter in Kyjiw, Mykolajiw, Saporischschja und anderen Städten.
31.12.2022	Präsident Wolodymyr Selenskyj hält eine Neujahrsansprache, die viele Menschen in der Ukraine bewegt. Er spricht von 2022 als dem »Jahr der Ukraine« und resümiert die entscheidenden Ereignisse des Kriegsjahres. Dabei hebt er die enormen Leistungen, den gesellschaftlichen und militärischen Widerstand sowie die ungebrochene Einheit der Ukrainer:innen hervor: »Wir sind bereit, [für die ukrainische Freiheit] zu kämpfen. Darum ist jeder von uns hier. Ich bin hier. Wir sind hier. Ihr seid hier. Alle sind hier. Wir alle – sind die Ukraine.« Russland gegenüber sagt er, die Welt werde den »russischen Terror niemals vergeben«.
01.01.2023	In der Neujahrsnacht werden 45 russische Drohnen abgeschossen, darunter alle 32, die mit denen Kyjiw angegriffen wurde, teilt die Kyjiwer Stadtverwaltung mit. Aus mehreren Landesteilen werden Verletzte gemeldet, darunter mehrere Kinder. In Kyjiw und anderen Städten kommt es weiterhin zu Stromausfällen aufgrund der gezielten russischen Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur.
01.01.2023	Im besetzten Makijiwka kommt es in der Neujahrsnacht zu einer großen Explosion einer russischen Militärbasis. Laut ukrainischen Angaben wurden durch einen gezielten Raketenangriff mehr als 400 russische Soldaten getötet und mehr als 300 verletzt. Russland spricht offiziell von 63 getöteten Soldaten. Populäre russische Militärblogger bezweifeln hingegen die offiziellen Zahlen und sprechen wie die Ukraine von Hunderten Opfern.
02.01.2023	Im Jahr 2022 kehrten fast 1.600 ukrainische Kriegsgefangene aus russischer Gefangenschaft zurück, darunter 132 Zivilist:innen, teilt das Ministerium für die Reintegration der temporär besetzten Gebiete mit. Rund 3.400 ukrainische Soldat:innen befinden sich weiterhin in russischer Gefangenschaft.
02.01.2023	Nach einem Telefonat mit Präsident Wolodymyr Selenskyj teilt EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen mit, dass die EU bereits mit Januar mit der Auszahlung der ersten Tranche der für 2023 vorgesehen 18 Mrd. Euro Makrofinanzhilfen beginnt. Die Hilfen waren nach zähem Ringen der EU-Staaten Mitte Dezember beschlossen worden und sollen den ukrainischen Haushalt angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage entlasten.
03.01.2023	Die Ukraine hat 40 Prozent der seit dem 24. Februar 2022 von Russland besetzten Gebiete befreit, berichtet der ukrainische Oberbefehlshaber Walerij Saluschnyj. Er fordert von den westlichen Verbündeten der Ukraine weitere Waffen, um die gesamte Ukraine befreien zu können. Vor einigen Wochen teilte er in einem Interview mit: »Ich brauche 300 Panzer, 600–700 Schützenpanzer, 500 Haubitzen«, um den Krieg zu gewinnen.
03.01.2023	Die Ukraine setzt die Auktionen auf der zentralen staatlichen Beschaffungsplattform ProZorro aufgrund von Stromausfällen vorläufig aus. Das Wirtschaftsministerium begründet den Schritt damit, dass die ständigen Angriffe Russlands auf die ukrainische Energieinfrastruktur zu regelmäßigen Stromausfällen führen, die häufig den Zugang zum Internet beeinträchtigen und damit den Wettbewerb verzerren. NGOs wie Transparency International kritisieren den Schritt, da er das Korruptionsrisiko erhöhe.

04.01.2023	In einem Telefonat mit Präsident Wolodymyr Selenskyj sagt Frankreichs Präsident Emmanuel Macron der Ukraine die Lieferung von »leichten Panzern« des Typs AMX-10 RC zu, lässt aber Lieferdatum und Anzahl vorerst offen. Der AMX-10 RC ist ein Spähpanzer mit Allradantrieb. Selenskyj bedankt sich bei seinem französischen Amtskollegen mit den Worten: »Frankreich hebt die Verteidigungsunterstützung für die Ukraine auf ein neues Level und ich danke Präsident Macron für diese Führungsrolle. Das sendet ein klares Signal an alle unsere Verbündeten. Es gibt keinen rationalen Grund, warum die Ukraine bislang nicht mit Panzern aus dem Westen beliefert wurde«. Es ist die erste Zusage westlicher Schützenpanzer an die Ukraine.
04.01.2023	Nachdem die französische Zusage von Schützenpanzern an die Ukraine publik wird, bestätigt US-Präsident Joe Biden gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, dass die USA der Ukraine im Zuge der militärischen Unterstützung Schützenpanzer vom Typ Bradley bereitstellen werden.
05.01.2023	Der russische Präsident Wladimir Putin ordnet seinen Verteidigungsminister Sergei Schoigu an, von 12:00 Mittags am 6. Januar bis Mitternacht am 7. Januar eine 36-stündige Feuerpause einzuhalten, damit die orthodoxen Gläubigen entlang der 1.500 Kilometer langen Front die Feiertage begehen können. Die Ukraine kritisiert den Schritt, da Russland an bisherigen Feiertagen wie Ostern oder Neujahr keine Feuerpause abhielt und wenn es wollte, den Krieg sofort gänzlich beenden könnte. Stattdessen wolle Putin seiner Armee eine Verschnaufpause verschaffen, heißt es aus Kyjiw.
05.01.2023	Nach den Ankündigungen aus Paris und Washington über die Lieferung von Schützenpanzern an die Ukraine gibt auch Deutschland bekannt, bis zu 40 Schützenpanzer vom Typ Marder an die Ukraine zu liefern. Darüber hinaus wird auch ein Patriot-Flugabwehrraketensystem aus Deutschland gestellt, teilt Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht mit. Die Lieferung solle noch im ersten Quartal erfolgen und sei eng mit Frankreich und der USA abgestimmt, so die Ministerin. Die Ukraine hatte seit Langem die Lieferung westlicher Panzer gefordert, doch erst mit der französischen Zusage am Vortag haben sich die westlichen Partner der Ukraine dazu entschlossen.
05.01.2023	Laut dem Kulturministerium der Ukraine wurden seit dem 24. Februar mehr als 1.100 Kulturstätten in der Ukraine beschädigt, ein Drittel davon sei vollständig zerstört. Die massivsten Zerstörungen gebe es in den Regionen Donezk, Kyjiw, Charkiw und Luhansk. Das tatsächliche Ausmaß sei noch höher, da diese Zählung die von Russland besetzten Gebiete sowie solche, in denen aktuell Kampfhandlungen stattfinden, nicht mit einschließt.
05.01.2023	Das ukrainische Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank 2022 um 30,4 Prozent, teilt das Wirtschaftsministerium mit. »Dies ist objektiv das schlechteste Ergebnis seit der Unabhängigkeit (1991), aber besser als die meisten Expert:innen zu Beginn der russischen Invasion vorausgesagt hatten, als mit 40–50 Prozent gerechnet wurde«, so das Ministerium.
05.01.2023	Die Ukraine überträgt die Kontrolle über Teile des Kyjiwer Höhlenklosters, dem wichtigsten orthodoxen Kloster in der Ukraine, das von der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche – Moskauer Patriarchat (UOK) genutzt wird, an den Staat. Die UOK war in den letzten Monaten wegen ihrer Verbindungen zu Russland ins Visier von Ermittlungen und verstärkt in die Kritik geraten. Bei landesweiten Razzien, die auch im Kyjiwer Höhlenkloster stattfanden, wurden unter anderem russische Pässe bei Geistlichen sichergestellt sowie anti-ukrainische Propaganda und gestohlene Ikonen. Obwohl die UOK im Mai ihre Trennung von der Russischen Orthodoxen Kirche erklärte und Russlands Krieg in der Ukraine verurteilt hat, ist sie kirchenrechtlich weiterhin dem Moskau Patriarchat untergeordnet. Die unter staatliche Kontrolle gestellten Teile des Höhlenklosters sollen an die von Moskau unabhängige, mit der UOK konkurrierende Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU) übergeben werden.
05.01.2023	Die USA geben nach einem Telefonat zwischen Präsident Joe Biden und Bundeskanzler Olaf Scholz die Details über die am Vortag bereits angekündigten Militärhilfen für die Ukraine bekannt: Demnach werden die USA der Ukraine 50 Bradley-Schützenpanzer, 100 gepanzerte Truppentransporter M113, 18 Haubitzen M109 sowie Dutzende weitere Fahrzeuge und Munition liefern. Mit einem Gesamtwert von 2,8 Mrd. US-Dollar ist es das finanziell bislang größte militärische Hilfspaket der USA an die Ukraine.
06.01.2023	Präsident Wolodymyr Selenskyj gratuliert den orthodoxen Gläubigen zum Weihnachtsfest und erklärt, die Ukrainer:innen sind »im Glauben an den gemeinsamen Sieg geeint«, auch, wenn sie gezwungen seien »einige unserer Traditionen zu brechen«. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine haben viele Ukrainer:innen in diesem Jahr in Abgrenzung zu Russland Heiligabend und Weihnachten am 24. und 25. Dezember gefeiert, anstatt wie bei den orthodoxen Kirchen üblich am 6. und 7. Januar.
06.01.2023	Der ukrainische Generalstab meldet, dass Russland mehr als 110.000 Soldaten in der Ukraine verloren hat. In den vergangenen Tagen sind die russischen Verluste mit durchschnittlich mehr als 700 getöteten Soldaten pro Tag besonders hoch.

07.01.2023	Erstmals hält die Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU) einen Weihnachtsgottesdienst im wichtigsten orthodoxen Kloster der Ukraine, dem Kyjiwer Höhlenkloster, ab. Das Kloster unterstand bisher der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche – Moskauer Patriarchat (UOK). Teile des Klosters wurden zu Jahresbeginn im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine jedoch an die OKU übertragen.
07.01.2023	Trotz der von Russland angekündigten Waffenruhe über das orthodoxe Weihnachtsfest finden laut Einschätzungen des britischen Verteidigungsministeriums weiterhin Gefechte »auf einem üblichen Niveau« statt. Mindestens drei Menschen sterben durch russische Angriffe und 14 werden verletzt. Vor allem um Bachmut, Soledar und um Kreminna gibt es schwere Kämpfe.
08.01.2023	Präsident Wolodymyr Selenskyj berichtet, dass Bachmut und Soledar weiterhin unter ukrainischer Kontrolle sind und mehr Einheiten und Ausrüstung zur Verteidigung der strategisch wichtigen Städte geschickt werden sollen. Die Region sei derzeit »eine der blutigsten Schauplätze des Krieges«, so Selenskyj, da Russland mit allen Mitteln versuche, Soledar und von dort aus Bachmut einzunehmen. Russische Militärblogger berichten, dass Soldaten der russischen Wagner-Privatarmee bereits Teile von Soledar erobert haben sollen.
08.01.2023	Der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck erklärt in einem Interview mit der ARD, dass es »nicht auszuschließen ist«, dass Deutschland Leopard 2 Panzer an die Ukraine liefert. Bisher schlossen Bundeskanzler Olaf Scholz und die Bundesregierung die Lieferung von schweren Kampfpanzern an die Ukraine aus. Der deutsche Hersteller des Leopard 2, der Waffenkonzern Krauss-Maffei Wegmann (KMW) hat bereits vor Monaten zugesagt, der Ukraine bis zu 100 Leopard 2 Panzer liefern zu können.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Almuth Müller, Dr. Martin-Paul Buchholz, Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Taras Gagalyuk (verantwortlich), Dr. Eduard Klein
 Chronik: Almuth Müller, Dr. Martin-Paul Buchholz, Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.